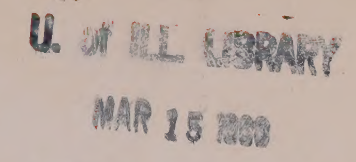
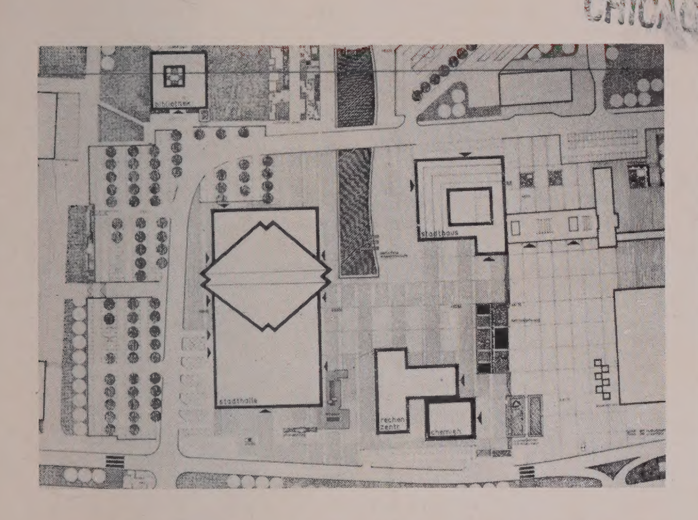
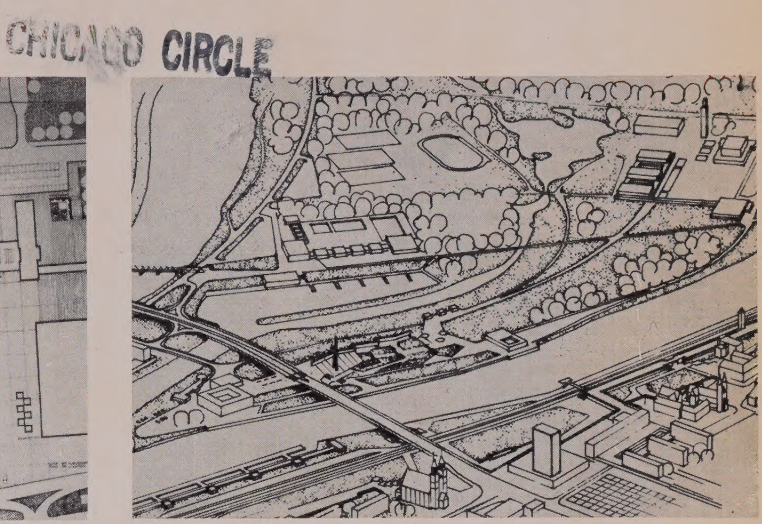
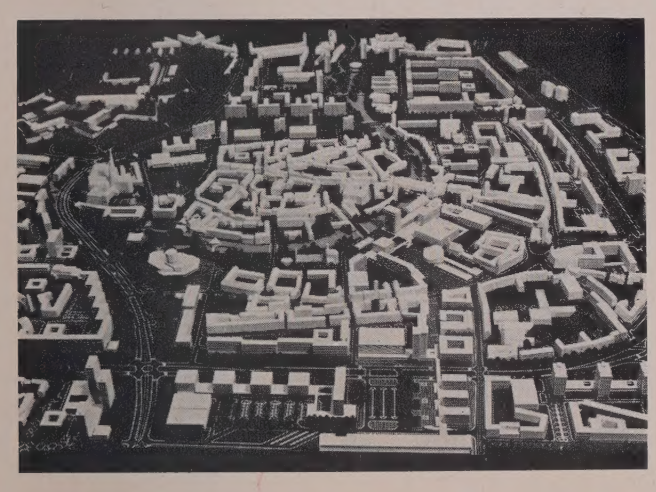
1 deutsche architektur

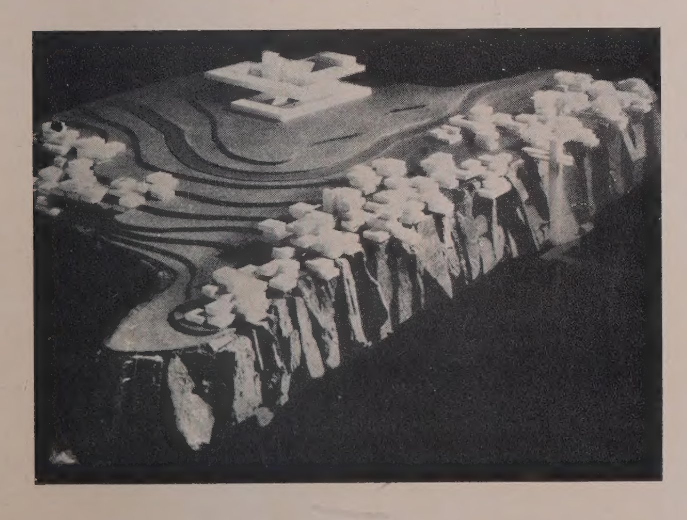


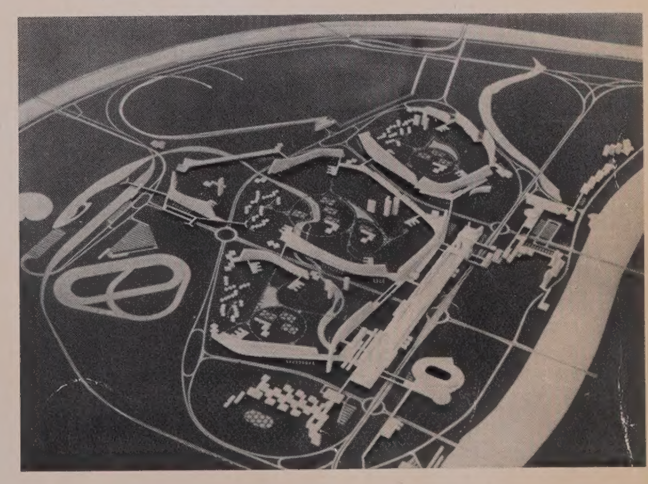












rlin
nuar
8

Städtebauwettbewerbe 1967: Halle-Neustadt, Erfurt, Magdeburg, Prenzlau, Bratislava ▪ UIA-Studentenwettbewerb

eis 5,– Mark

Mit einem Schreiben Walter Ulbrichts an den Präsidenten des BDA

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Inlandspreis 5,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 – Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shetetnore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:

Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen,
108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167

Vertriebskennzeichen: A 21518 E

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „Deutsche Architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31

Lizenznummer: 1145 des Pressamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 3/1/1968 bis 3/20/1968

Satz und Druck

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung,
102 Berlin, Rosenthaler Straße 28–31,
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen in den Bezirken der DDR

Gültige Preisliste Nr. 3

Aus dem vorigen Heft:

Warenhäuser
Komische Oper Berlin
VEB Maschinelles Rechnen Leipzig
Brunnen am Strausberger Platz Berlin

Im nächsten Heft:

Prognose im Industriebau
Industriebauten
Bauten in Ungarn
Architekturdiskussion

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 27. Oktober 1967
Illusdruckteil: 3. November 1967

Titelbild:

Erste Preise aus den Wettbewerben Halle-Neustadt, Erfurt, Magdeburg, Prenzlau, Bratislava und UIA-Studentenwettbewerb

Fotonachweis:

Herbert Lachmann, Leipzig (1); Martin Skoyan, Leipzig (19); Hans Höhns, Erfurt (1); Helmut Trauzettel, Dresden (22); Hans Gericke, Berlin (12); VEB Hochbauprojektierung Rostock (1)

1 deutsche architektur

XVII. Jahrgang
Berlin
Januar 1968

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller



Restaurant in Alma-Ata. Architekten: O. Schorin, A. Petrow, A. Petrowa, E. Serbo

Sowjetische Architekturausstellung

Anläßlich des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde in der Deutschen Bauausstellung in Berlin die Ausstellung „50 Jahre sowjetische Architektur" durch den Präsidenten des BDA, Prof. Edmund Collein, feierlich eröffnet. Die Ausstellung gibt einen Überblick über das Schaffen der sowjetischen Architekten und Städtebauer von den Jahren nach der Oktoberrevolution bis in die Gegenwart. Sie macht den Weg vom Bau der ersten Industrieanlagen und Arbeiterklubs zu den großen Leistungen beim Aufbau moderner Sozialistischer Städte deutlich. Das Material für diese Ausstellung hatte der sowjetische Architektenverband dem Bund Deutscher Architekten im Rahmen der freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Verbände übergeben.

Zitiertes:

„... Ich glaube, man muß erlebt haben, wie dort, wo einst die kahle Steppe das Landschaftsbild beherrschte, wo Kirgisen auf improvisierten Märkten ihre spärlichen Waren verkauften und wo ich in stundenlangen Wanderungen an arbeitsfreien Tagen die Gegend durchstreifte und Fundstücke von Eisenerz auflas, die abgebrochenen Teilen eines gußeisernen Ofens glichen, eine blühende Stadt aus dem Boden gestampft worden war ... Angesichts solcher Taten ist kleinliche Kritik nicht am Platze. Sie verstummt gegenüber dem Werk, das hier von Menschenhand entstanden ist und Sieg über die Natur bedeutet, eine Schöpfung, die dazu noch die kluge Voraussicht der sowjetischen Industriepolitik beweist."

(Ernst May über den Aufbau von Magnitogorsk)

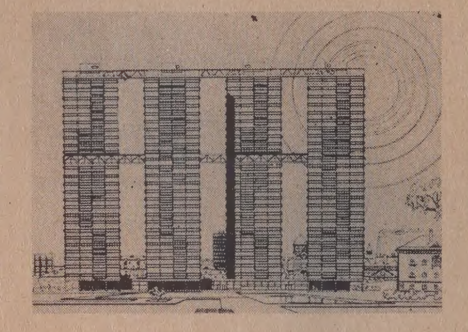
---

5. Bundesvorstandssitzung

Am 18. und 19. 10. 1967 fand in Halle-Neustadt die 5. Sitzung des Bundesvorstandes des BDA unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des BDA, Dipl.-Ing. Gericke, statt. Hauptthemen der Beratungen waren die Rekonstruktion der Altstadt von Halle, über die der Stadtarchitekt, Dr. Riehl, sprach, und die Entwicklung sozialistischer Umweltbedingungen beim Aufbau von Halle-Neustadt. Besonders über die letztgenannten Probleme, über die Prof. Dr.-Ing. e. h. Richard Paulick, der Chefarchitekt von Halle-Neustadt, sprach, entwickelte sich eine interessante Diskussion. Dabei ging es hauptsächlich um die Frage der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Wohnumwelt, eine Frage, die heute weder theoretisch noch praktisch befriedigend gelöst ist, aber entscheidend ist für die richtige Gestaltung unserer Städte.

Der Bundesvorstand beriet ferner über künftige Statutenänderungen und die Arbeitsweise der zentralen Fachgruppen und Kommissionen. Der neue Vorsitzende der Fachgruppe „Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung", Dr. Lichey, wurde in den Vorstand kooptiert und in das Präsidium gewählt. Zum Abschluß der Vorstandssitzung wurde an folgende Kollegen die Schinkel-Medaille verliehen:

Architekt BDA Heinz Auspurg
Dr.-Ing. habil. Anita Bach
Dipl.-Ing. Jochen Beige
Architekt BDA Robert Brosche
Architekt BDA Georg Erzgräber
Architekt BDA Frieder Gebhardt
Dr.-Ing. Bernhard Geyer
Architekt BDA Gunter Gisder
Architekt BDA Manfred Grafe
Dipl.-Ing. Martin Grebin
Dipl.-Ing. Mady Grotewohl
Dipl.-Ing. Reinherz Harnisch
Dipl.-Ing. Siegfried Hein
Dipl.-Ing. Bernd Kluge
Dr.-Ing. Dieter Karch
Dr. Gerhard Krenz
Dipl.-Ing. Georg Labeau
Dr.-Ing. Karl-Heinz Lander
Dr.-Ing. Rudolf Lasch
Dipl.-Ing. Rolf Meißner
Dipl.-Ing. Walter Nitsch
Architekt BDA Arnold Peetz
Architekt BDA Max Rauh
Architekt BDA Oskar Ritzau
Architekt BDA Rolf Rühle
Dipl.-Ing. Gisela Schilke
Architekt BDA Moritz Schunk
Architekt Peter Schuster
Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Dipl.-Ing. Karl-Heinz Ullrich
Architekt BDA Herbert Wagner
Architekt BDA Eberhard Wehner
Dr.-Ing. Gerd Zimmermann

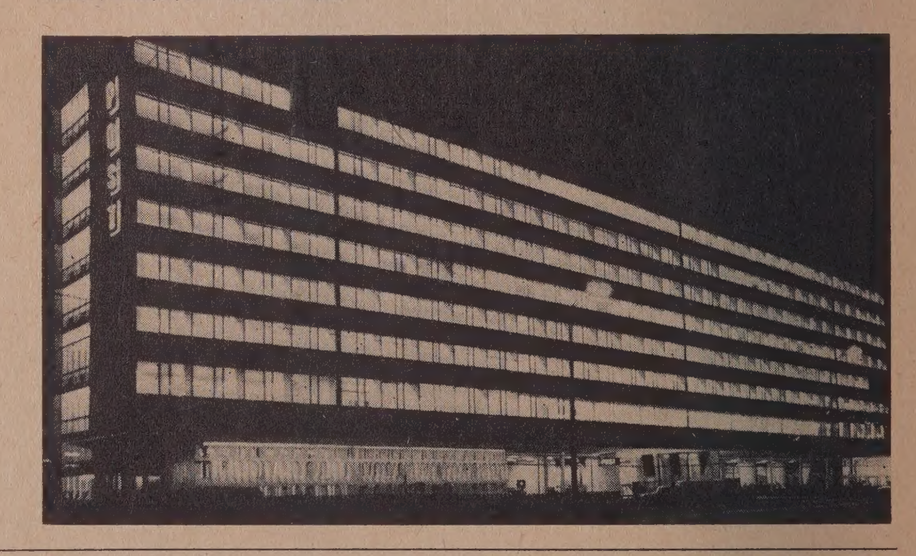


Sowjetisches Wettbewerbsprojekt für eine Großwohneinheit. Architekt: D. Radynin

Viele Verlage geben Fachzeitschriften für Studenten verbilligt heraus.
Die Deutsche Architektur ist eine der teuersten Zeitschriften. Wäre es nicht möglich, auch die Dtsch. Architektur für Studenten für einen Vorzugspreis abzugeben.
Eingegangen:
Studenten der H. f. A. Weimar

Diese Karte erreichte uns ohne Absender. Unsere Antwort: Wir sind gern bereit, gemeinsam mit Vertretern der Architekturstudenten in Weimar und Dresden einen Weg zu finden, der diesem Wunsch entspricht. Wir erwarten Ihren Besuch. red.

Bei Licht besehen: Das neue Hauptpostamt in Karl-Marx-Stadt
Entwurf: Architekt BDA Hermann Lucke



Wettbewerbschancen

Das erste Heft des neuen Jahrganges beginnen wir mit einer Rückblende auf das Wettbewerbsjahr 1967. Wenn man im Hinblick auf die abgeschlossenen Wettbewerbe auch nicht von einem Rekordjahr sprechen kann, so ist doch nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität ein Fortschritt spürbar. Die fünf in der „Deutschen Architektur" (Hefte 5/1967 und 1/1968) veröffentlichten Wettbewerbe geben bereits einen repräsentativen Querschnitt für diese Einschätzung. Offensichtlich ist zum Beispiel, daß im vergangenen Jahr Fortschritte in der Qualität der Ausschreibungen sichtbar geworden sind.

Besonders wenn man an die immer wiederholte Forderung nach mehr Wettbewerben denkt, stimmt es bedenklich, daß die Beteiligung an den Wettbewerben nicht den Erwartungen entsprach. Was sind die Ursachen? Zeitmangel? Desinteresse? Sicher gibt es verschiedene Gründe. Zwei Gründe werden häufig genannt: Der einzelne Architekt oder kleine Kollektive, die außerhalb ihrer täglichen Arbeit an Wettbewerbsentwürfen arbeiten, hätten gegenüber den „Profis" (damit sind große Kollektive aus Instituten, Hochschulen und staatlichen Einrichtungen gemeint) keine Chancen. Es seien zuwenig (oder zu häufig dieselben) Architekten in den Preisgerichten. Stimmt das?

Wir haben dazu die sechs wichtigsten Wettbewerbe einmal analysiert. In diesen Wettbewerben fungierten insgesamt 90 Preisrichter. Die Mehrzahl davon, nämlich 51, waren Architekten. Von den 51 Architekten waren 7 zwei- oder dreimal in Preisgerichten tätig. Also das obengenannte Argument ist doch wohl nur sehr begrenzt richtig. Tatsache ist aber, daß nur sehr selten junge begabte Kollegen in Preisgerichte berufen wurden.

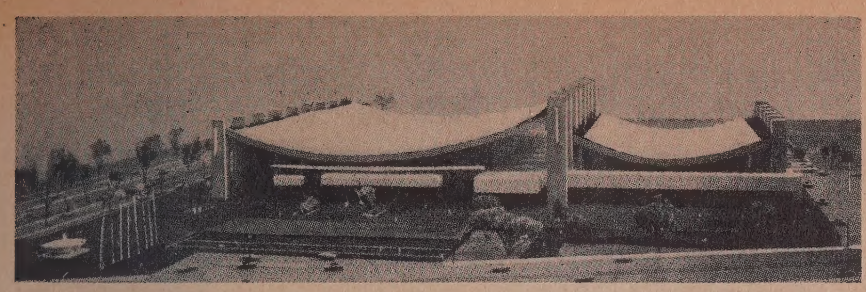
Wie ist es mit den Chancen? Von fünf ersten Preisen, die zur Vergabe kamen, wurden drei an kleinere Kollektive verliehen. Von insgesamt 32 Preisen und Ankäufen fielen 20 an kleinere Gruppen oder einzelne Architekten. Chancen sind also für jeden gegeben.

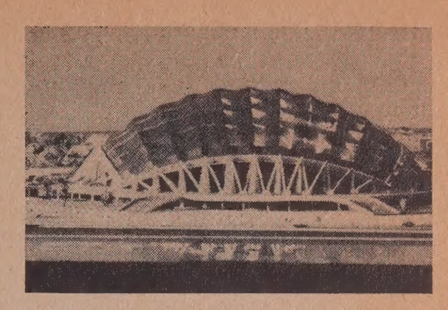
Lohnen sich Wettbewerbe für die Auslober? Es ist schwer zu sagen, was städtebauliche Ideen wert sind, leichter, was sie kosten. 1967 kostete ein Wettbewerbsentwurf dem Auslober im Durchschnitt 2500 M an Preisen (beim Wettbewerb in Prenzlau nur 1200 M). Billiger kann eine Stadt wohl kaum zu Alternativen und Ideen für ihre Zukunft kommen.

Allerdings sind diese Ausgaben erst dann effektiv, wenn die Ideen der Preisträger auch realisiert werden und nicht am Tage nach der Preisverleihung in die Archive wandern. Mir scheint, daß der an sich richtige Gedanke, viele Ideen zu einer guten Lösung zu vereinen, im Städtebau manchmal in Verkennung der Spezifik künstlerischer Ideen mißdeutet wird. Man glaubt – vulgär ausgedrückt –, drei Entwürfe, in einen Topf geworfen, ergeben eine neue Idee. Tatsächlich werden jedoch bei diesem in der Kochkunst weitverbreiteten Verfahren echte Ideen verwässert, und was übrigbleibt, ist Mittelmäßigkeit.

Man muß auch einmal kritisch die Frage aufwerfen, warum neue Ideen bei den Preisrichtern manchmal nicht hoch im Kurs stehen.

Natürlich stehen die Preisgerichte stets vor einer schwierigen und nicht immer dankbaren Aufgabe. Wir wissen alle, daß es für viele Fragen noch keine echten Bewertungsmaßstäbe gibt. Dennoch sollte es für alle künftigen Wettbewerbe einen wichtigen Maßstab geben: neuen Ideen die Chance der Realisierung zu geben. Dr. Krenz





Mexico-City

Neue Schwimm- und Sporthalle
Architekten: Recamier, Morrison, Bringas, Garces

Sportpalast
Architekten: Candela, Peyri und Tamborrell

Interfarbe '68

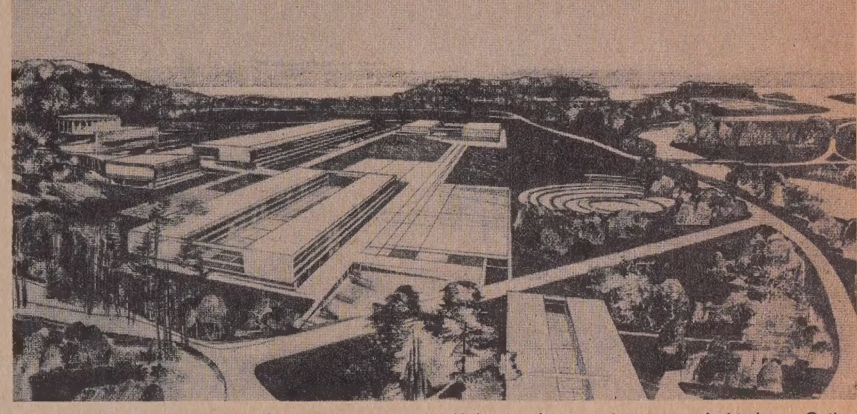
Der Industriezweigvorstand Lacke und Farben im Fachverband „Chemische Technik" der Kammer der Technik und die VVB Lacke und Farben führen in der Zeit vom 21. bis 23. Mai 1968 die internationale Farbentagung „Interfarbe '68" im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden durch. Die Thematik umfaßt unter anderem Fragen der Farbenphysiologie und der Farbenanwendung auf den verschiedensten Gebieten.
Weitere Informationen erteilt der Industriezweigvorstand Lacke und Farben der KDT, 117 Berlin, Ottmar-Geschke-Straße 2 bis 22.

Stadt im Meer

Die Idee des japanischen Architekten Professor Kikutaka, schwimmende Wohninseln auf dem Meer zu errichten, soll, wie jetzt bekannt wurde, in nächster Zukunft durch den Bau einer Testinsel praktisch erprobt werden. Kikutakas Idee soll einen Ausweg aus der durch starken Bevölkerungszuwachs und Bodenspekulation verursachten Baulandverknappung in Japan darstellen.
Nach den Plänen Kikutakas bildet eine kreisrunde stählerne Platte von einigen hundert Metern Durchmesser den schwimmenden Boden der Stadt. Die Platte ist mit einer hohen Bordwand umgeben, die die Stadt vor dem Eindringen des Wassers bei Sturm schützen soll. In die Platte sind Stahlzylinder eingebettet, die rund 30 m in die Meerestiefe ragen. In diesen Zylindern sind die Wohnungen ringförmig angeordnet. Klimaanlagen sollen normale Wohnbedingungen sichern. Auf der Oberfläche der Platte sollen Läden, Restaurants, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen untergebracht werden. Der Energiebedarf der schwimmenden Stadt soll durch eine eigene Anlage, die die Wellenbewegung des Wassers als Energiequelle nutzt, gedeckt werden.
Sollte sich das Versuchsprojekt, an dem gegenwärtig in staatlichem Auftrag eine Gruppe von Architekten und Ingenieuren unter Leitung von Professor Kikutaka arbeitet, bewähren, so ist denkbar, daß Japan in absehbarer Zeit die erste schwimmende Stadt auf dem Meer baut.

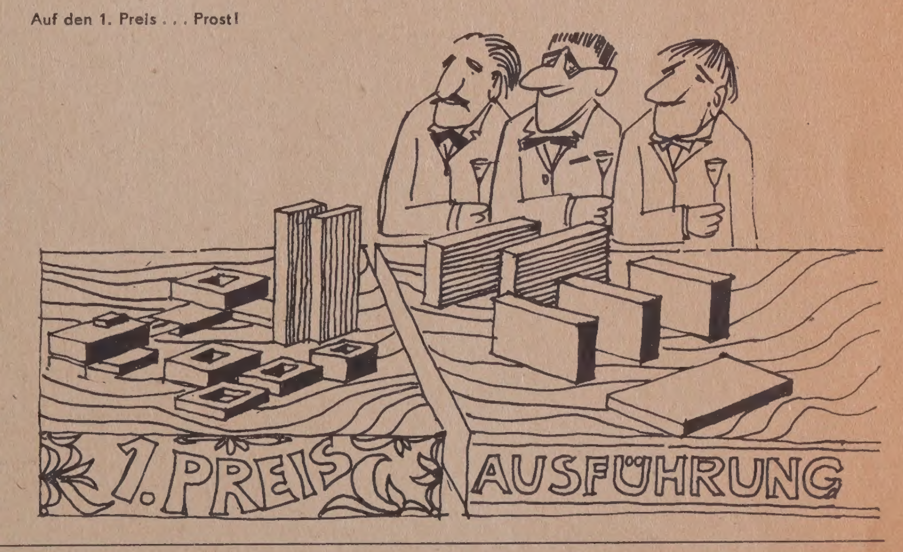
Ehrungen

Anläßlich des 18. Jahrestages der Gründung der DDR wurde an Prof. Dipl.-Ing. Fritz Schaarschmidt, Direktor des Instituts für Industriebau und Entwerfen an der Technischen Universität Dresden, und Dipl.-Ing. Günter Queck, Chefingenieur für Statik im VE BMK Ingenieurhochbau Berlin, der Ehrentitel „Verdienter Techniker" verliehen.



„Das nördliche Artek" wird ein Erholungsgebiet in der Nähe von Leningrad genannt. Architekten: Gaikowitsch, Sementowskaja und Buldakow

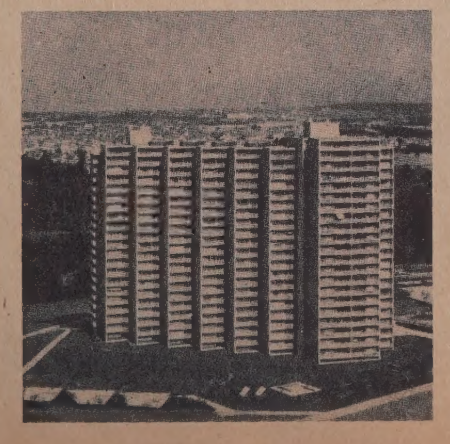
Auf den 1. Preis . . . Prost!



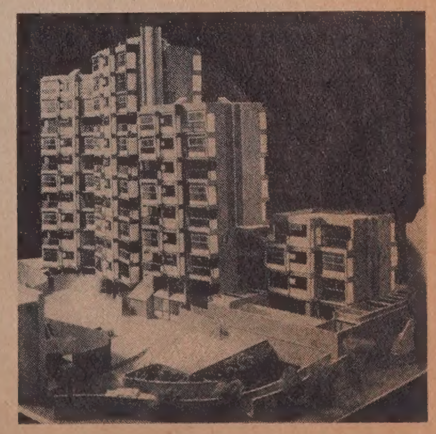
Wohnhochhaus in Warschau
Architekt: Aleksander Markiewicz



Wohnhochhaus in Stuttgart-Fasanenhof
Architekten: Prof. Tiedje und Lehmbrock



Projekt für eine Wohngruppe in London
Architekt: E. Hollamby



Zentraler Platz Halle-Neustadt

Aus der Ausschreibung

Der Bau der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt ist das größte geschlossene städtebauliche Vorhaben der Deutschen Demokratischen Republik. Der Bau der Stadt ist beispielgebend für die Verwirklichung der Grundsätze des sozialistischen Städtebaus und beweist deren zutiefst humanistischen Inhalt. Er soll richtungweisend für die Anwendung der modernsten Bautechnik und hochentwickelter Produktionstechnologien beim Bau großer Komplexe sein.

Hauptachse der Stadt ist die Magistrale als innerstädtische Hauptverkehrsader, welche die direkte Verlängerung der Fernverkehrsstraße 80 innerhalb der Stadt Halle darstellt und eine optische Verbindung zum alten Stadtkern von Halle mit seiner markanten Silhouette bildet.

Das Achsenkreuz Magistrale–Schnellbahn gliedert die Wohnkomplexe. Im südwestlichen Teil liegt der Wohnkomplex I, mit dessen Bau bereits 1964 begonnen wurde, im Südosten liegt der Wohnkomplex II, dessen Größe von dem Bestreben, das bis in die alte Ortslage Passendorf zur Verfügung stehende Gelände auszunutzen, bestimmt wurde. Im nordöstlichen Teil des Achsenkreuzes liegt der Wohnkomplex III, der den größten Teil des ehemaligen Flugplatzgeländes einnimmt, und nördlich des Zentrums der Wohnkomplex IV, dessen Gestaltung Gegenstand eines 1966 ausgeschriebenen öffentlichen Wettbewerbes war. Die Trennungslinie beider Wohnkomplexe tangiert den Ostrand des Stadtzentrums.

Im Zentrum der Stadt konzentriert sich das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben der Bevölkerung. Hier sind die wichtigsten Einrichtungen für die Versorgung, die Freizeitgestaltung und die Bildung angeordnet. Durch eine starke Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen und die unmittelbare Nachbarschaft von Wohnbebauung hoher Dichte soll erreicht werden, daß die Vielfalt großzügig und abwechslungsreich gestalteter Räume ständig vom pulsierenden Leben erfüllt ist.

Die zentralen Bauten der Stadt entwickeln sich nördlich der Magistrale, die als innerstädtische Hauptverkehrsader sämtliche Wohnkomplexe erschließt und den Anforderungen des wachsenden Verkehrs gerecht wird. Parallel zur Magistrale verläuft eine Fußgängerachse, welche die Hauptfußgängerwege der Wohnkomplexe aufnimmt. Im Knickpunkt der Magistrale und zugleich an etwa deren höchster Stelle liegt der zentrale Platz mit dem Hochhaus der Chemie.

Unter dem zentralen Platz befindet sich der Bahnhof der Schnellbahn nach Buna mit Ausgängen zum zentralen Platz und den Wohnkomplexen.

Nach Norden schließt sich an das Zentrum in dem ansteigenden Gelände um einen Bruchsee herum der Stadtpark an. Auf dem höchsten Punkt des Territoriums, dem Steilufer des Sees, wird ein Café errichtet, von dem aus man eine gute Aussicht hat und das Zentrum sowie die gesamte Stadt überblickt.

Die Fußgängermagistrale, an der im Norden fünf Scheiben mit je 18 Geschossen angeordnet sind, wurde unter dem Gesichtspunkt gestaltet, daß vielfältige kleinere Räume, von Bauten unterschiedlicher Funktion begrenzt, von regem Leben erfüllt werden können. Läden und Dienstleistungseinrichtungen wechseln mit kleineren Restaurants, Schaufensterzonen mit ruhigen Sitzplätzen.

Die Fußgängerebene wird durch eine nicht befahrbare konstruktive Plattform gebildet, unter der sich Anlieferzonen und Parkplätze befinden. Diese Ebene erstreckt sich bis zur vierten Hochhausscheibe auf der Höhe des zentralen Platzes und führt dann über eine Freitreppe zu dem östlichen Zentrumsplatz hinab.

Das Wettbewerbsgebiet wird begrenzt durch das Bildungszentrum im Westen, die Bebauung der Magistrale mit 10geschossigen Wohngebäuden im Süden, durch das Warenhaus und das 17geschossige Ledigenwohnheim im Osten. Im Norden bilden etwa die Punkthochhäuser die Begrenzung.

Der Wettbewerb dient zur Erlangung von Entwürfen für die städtebauliche, funktionelle und gestalterische Lösung des Bereiches um den zentralen Platz einschließlich der Umgebung des Bruchsees sowie von Vorschlägen für die Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst in das Ensemble.

Der zentrale Platz, an dem sich die wichtigsten Einrichtungen der Kultur und der Verwaltung konzentrieren, soll den gestalterischen, funktionellen und künstlerischen Höhepunkt der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt bilden.

In das Ensemble des zentralen Platzes sind die Stadthalle mit Restaurants, das Gebäude des Rates der Stadt und der gesellschaftlichen Organisationen mit Sparkasse und Banken, die Stadtbibliothek sowie ein Erweiterungsbau für das Rechenzentrum der chemischen Industrie städtebaulich einzuordnen.

Das Hochhaus der Chemie als Höhendominante, das Warenhaus, das Bahnhofsempfangsgebäude und das Ledigenheim sind standort- und baukörpermäßig festgelegt. Das Café am See ist an dem ausgewiesenen Standort zu gestalten.

Für den Komplex der Stadthalle, für das Gebäude des Rates der Stadt, die Stadtbibliothek und das Rechenzentrum sind hochbauliche Lösungen, für das Hochhaus der Chemie und das Warenhaus sind Vorschläge für die Fassadengestaltung zu entwickeln.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Wettbewerbes sind eine der Bedeutung des zentralen Platzes entsprechende Gestaltung der Platzfläche, die Ausstattung des Platzes mit Objekten der Kleinarchitektur, seine Beleuchtung sowie die Entwicklung von Vorschlägen für Werke der bildenden Kunst als selbständige Bestandteile des Ensembles und als Elemente der Architektur der Einzelgebäude.

Das Gelände um den Bruchsee ist als intensiv gestalteter Erholungspark zu entwickeln. Im Zusammenhang damit sind Vorschläge für die Einbeziehung der Wasserfläche in den zentralen Bereich zu unterbreiten.

Aus dem Programm

Komplex der Stadthalle

- Großer Saal mit Nutzung für Konzerte und große Estradenveranstaltungen, für Konferenzen und Tagungen, für Tanzveranstaltungen, für Bälle und andere gesellige Großveranstaltungen, für Sportveranstaltungen und den notwendigen Übungsbetrieb. Eine spätere Ausbaumöglichkeit für Eissportveranstaltungen war vorzusehen. Platzkapazität: 1500 feste Plätze, 500 transportable Plätze auf der Bühne und 1500 transportable Plätze auf der Saalfläche. Stauraum für Stühle und Tische im Keller
- Kleiner Saal (350 bis 450 Plätze) mit Nebenräumen für Mehrzwecknutzung (z. B. Klavier- und Liederabende, Kleinvarieté, Kabarett, kleinere Fachkongresse, Arbeitstagungen)
- Klub- und Festräume (insgesamt 675 m²)
- Das Foyer muß für Sonderausstellungen genutzt werden können
- Gaststätte, die als Betriebsrestaurant für 3000 Essenteilnehmer dient und, außerhalb dieser Zeit mit 600 Plätzen als Speiserestaurant genutzt wird
- Tanzbar mit 160 Plätzen
- Konzertcafé mit 180 Plätzen
- Büfett für Pausenversorgung mit 32 lfm Entnahmereihe

Gebäude des Rates der Stadt und der gesellschaftlichen Organe mit Sparkasse, Banken und dem Rechenzentrum der chemischen Industrie

- Stadtverwaltung mit Plätzen für 124 Arbeitskräfte
- Gesellschaftliche Organe mit Plätzen für 146 Arbeitskräfte und mit einer Anzahl von Nebenräumen
- Banken und Sparkasse mit Plätzen für 85 Arbeitskräfte und mit Nebenräumen
- Deutsche Versicherungsanstalt mit Plätzen für 40 Arbeitskräfte und mit Nebenräumen
- Rechenzentrum der chemischen Industrie (407 m²) mit direkter Verbindung zum Hochhaus der Chemie

Bibliothek

70 000 Bände für Erwachsene, 7000 Bände für Kinder, Leseraum (insgesamt 1570 m²)

Terrassencafé

200 ständig genutzte Plätze (450 m²), 300 Außenplätze mit Tanzfläche (690 m²)

Räume für alle Bereiche der Stadtverwaltung, der gesellschaftlichen Organe und Dienststellen

- Plenarsaal (350 Plätze)
- Ratssitzungssaal (50 Plätze)
- Vier Beratungszimmer (20 bis 35 Plätze)
- Festraum (40 Plätze)
- Sozialräume für 370 Arbeitskräfte
- Zwei Wohnungen
- Nebenräume verschiedenster Art

Parkflächen

600 bis 650 Stellplätze im Wettbewerbsgebiet ohne Parkflächen am Bahnhof, dabei teilweise Überlagerung der Nutzungszeiten der Stellplätze an den einzelnen Objekten

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Dipl.-Ök. Heinz Gossing
Mitglied des Rates des Bezirkes Halle
Leiter des Hauptplanträgers „Stadtzentrum"

Dipl.-Gesellschaftsw. Walter Silberborth,
Vorsitzender der „Staatlichen Leitungsgruppe Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt"
des Rates des Bezirkes

Prof. Dr.-Ing. e. h. Richard Paulick,
Ordentliches Mitglied der DBA,
Chefarchitekt für den Aufbau
von Halle-Neustadt

Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier,
Direktor des VEB Halle-Projekt

Oberingenieur Becker,
Leiter der Bautechnischen Abteilung
des VEB Chemische Werke Buna

Dr.-Ing. Joachim Bach,
Stellvertreter des Chefarchitekten
für den Aufbau
von Halle-Neustadt

Herr Georg Altkuckatz,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates
des Bezirkes Halle
und Leiter der Abteilung Handel und Versorgung
in Vertretung
des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes

Dr.-Ing. Klaus Wever
Stellvertreter des Direktors des Instituts
für Technologie kultureller Einrichtungen

Gartenarchitekt BDA Walter Funke,
Gartenbaudirektor von Potsdam

Tabellarischer Vergleich der Wettbewerbsentwürfe

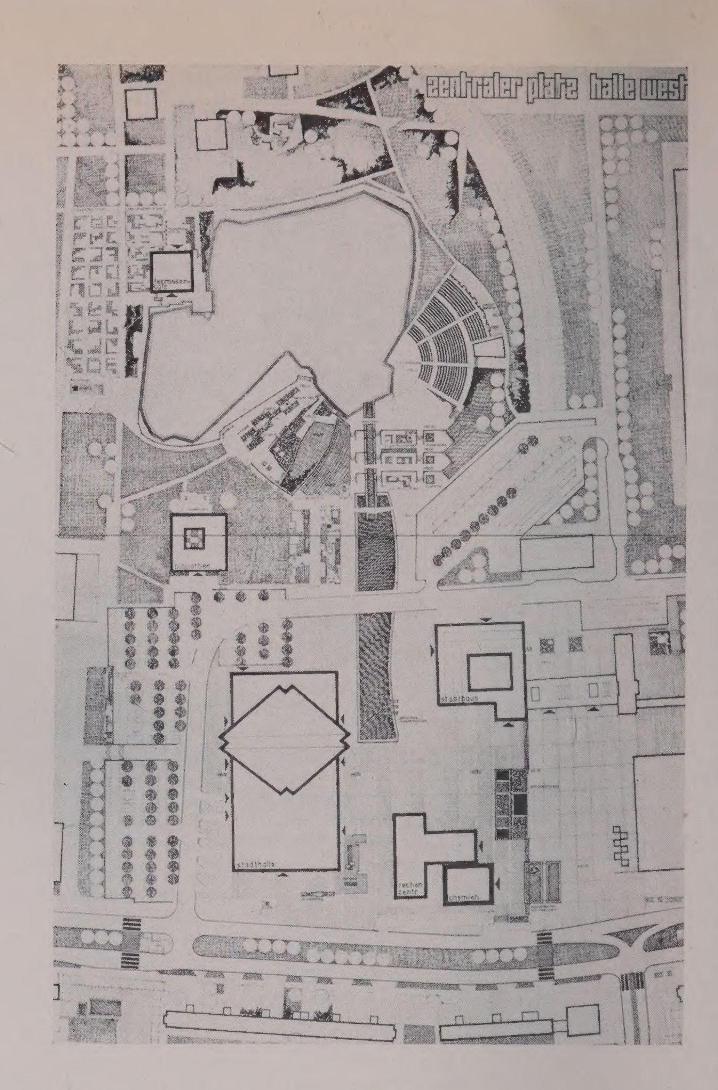
(nach Angaben der Vorprüfung)

Zu diesem Wettbewerb wurden neun Arbeiten eingereicht, wovon zwei nicht dem Grad eines aussagekräftigen Entwurfes entsprechen.

Schematischer Lageplan	Kollektiv	Stadthalle und Gastronomie Umbauter Raum	 Bruttogeschoßfläche / Kapazitätseinheit	Rat der Stadt und Rechenzentrum Umbauter Raum	 Bruttogeschoßfläche / Kapazitätseinheit	Bibliothek Umbauter Raum	Konstruktion
	Dipl.-Ing. Thilo Hänsel Dipl.-Ing. Wolfdieter Hünig Dipl.-Ing. Eberhard Seeling Dipl.-Ing. Ulf Zimmermann Technische Universität Dresden	130 683 m^3	4,45 m^2/Pl.	69 390 m^3	31,2 m^2/AK	7 980 m^3	Stadthalle: Zwei gekreuzte Stahlrahmen mit vier Eckstützen Dach in Stahlträgerrostkonstruktion Übrige Gebäude: Stahlbetonskelettbauweise (Universalgeschoßbauweise)
	Dipl.-Ing. Peter Baumbach Dipl.-Ing. Wolfdieter Hünig Dipl.-Ing. Robert Waterstraat VE Wohnungsbaukombinat Rostock	94 000 m^3	4,45 m^2/Pl.	57 272 m^3	28,0 m^2/AK	7 410 m^3	Stadthalle: Vorgefertigte Stahlbetonstützen und -binder Längsaussteifung durch monolithische Stahlbetonwände Übrige Gebäude: Stahlbetonskelettbauweise
	Dipl.-Ing. Dietrich Frank Garten-Arch. Friedrich Gloger Dipl.-Arch. Stefka Kraneis Dipl.-Ing. Hartmut Leonhard Dipl.-Ing. Peter Morgner Dipl.-Ing. Rüdiger Reinel Dipl.-Ing. Hans-Christian Riecken Dipl.-Ing. Horst Weber Dipl.-Arch. Peter Weeck VEB Halle-Projekt	110 800 m^3	2,89 m^2/Pl.	73 974 m^3	37,8 m^2/AK	9 820 m^3	Stadthalle: Sechseckiger monolithischer Stahlbetonringbalken, der auf zwölf Pilonen aufliegt Dachausbildung als Stabwerk Übrige Gebäudeteile: Stahlbetonskelettbauweise 2 Mp
	Dipl.-Arch. Bernd Czysch, Halle Dipl.-Arch. Bernd Meyer, Halle	104 990 m^3	4,09 m^2/Pl.	52 074 m^3	36,0 m^2/AK	7 950 m^3	Stadthalle: Spannbetonkonstruktion Übrige Gebäude: Stahlbetonskelettbauweise
	Student Horst Brühmann Student Uwe Graul Hochschule für Industrielle Formgestaltung Halle Burg Giebichenstein	116 850 m^3	4,07 m^2/Pl.	67 878 m^3	32,2 m^2/AK	19 020 m^3	Stadthalle: Monolithische Stahlbetonkonstruktion Übrige Gebäude: Stahlbetonskelettbauweise
	cand. ing. Herbert Essmann cand. ing. Dietrich Gregori cand. ing. Jürgen Lecour Diplomarbeit am Lehrstuhl für Elementares Gestalten und Entwerfen, Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel, Technische Universität Dresden	157 856 m^3	6,67 m^2/Pl.	41 341 m^3	23,3 m^2/AK	12 649 m^3	Stadthalle: Räumliches Tragwerk aus Stahl auf monolithischen Stahlbetonstützen Übrige Gebäude: Anlehnung an die Entwicklung „Leichter Geschoßbau" des VEB Cottbus-Projekt
	Kollektiv Dipl.-Ing. Otto Göpel Strehla	130 000 m^3	—	93 934 m^3	40,7 m^2/AK	9 466 m^3	Stadthalle: Monolithischer Stahlbeton Übrige Gebäude: Stahlbetonskelettbauweise

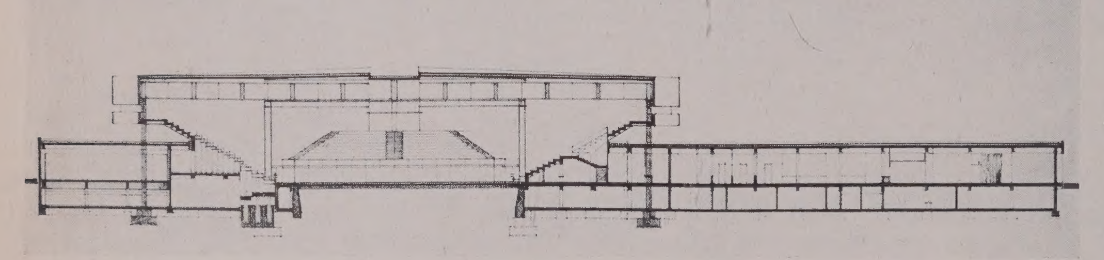
1. Preis

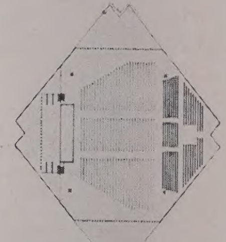
Dipl.-Ing. Thilo Hänsel
Dipl.-Ing. Wolfdieter Hünig
Dipl.-Ing. Eberhard Seeling
Dipl.-Ing. Ulf Zimmermann
Technische Universität Dresden



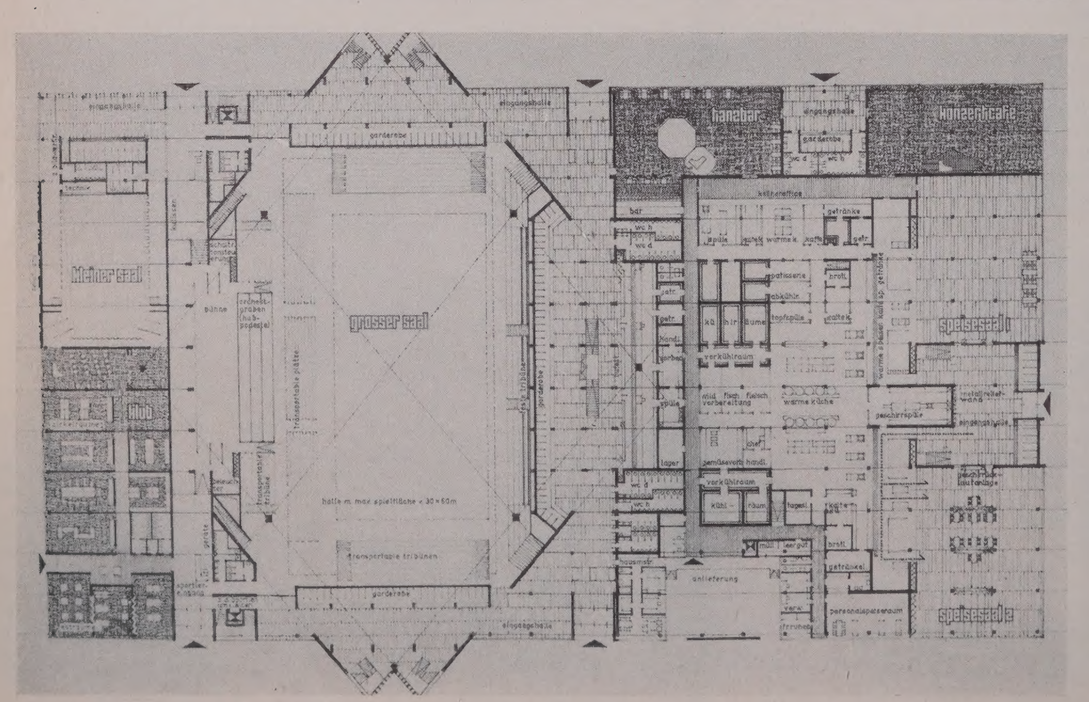
Begründung des Preisgerichtes

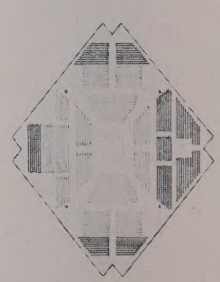
Die Arbeit zeigt zweifellos die klarste städtebauliche Konzeption. Hervorzuheben ist die sorgfältige Grüngestaltung. Die räumlichen Beziehungen zum Stadtpark und zum Bildungszentrum sind richtig gelöst. Die funktionelle Position der einzelnen Gebäude am zentralen Platz entspricht deren gesellschaftlicher Bedeutung. Es ist zu bemängeln, daß die Gliederung der Platzfläche selbst zu gleichwertig ist und keine funktionelle Orientierung bei Massenversammlungen anbietet. Die Abtreppung des Stadthauses ist baukörperlich nicht gelöst. Bei der Gestaltung der Stadthalle besteht ein Widerspruch zwischen Form und Konstruktion. Die funktionelle Lösung des Hallenraumes ist günstig. Die Führung der Verkehrswege sowie die Lage der Zugänge sind zu bemängeln.



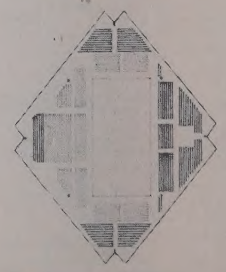


Theater, Kongreß

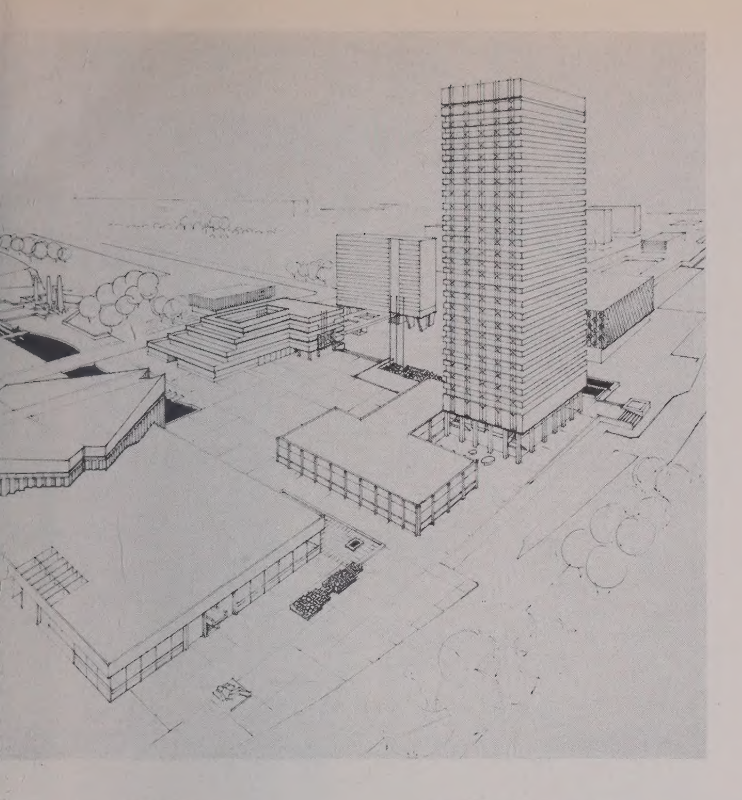




Sportveranstaltungen: Boxen, Ringen
Kulturveranstaltungen



Sportveranstaltungen: Hallenhandball, Tennis
Basketball, Geräteturnen



Lageplan 1 : 2500

Stadthalle

Schnitt 1 : 1000

Erdgeschoß 1 : 1000

Nutzungsvarianten

Vogelschau: Blick von Südwesten

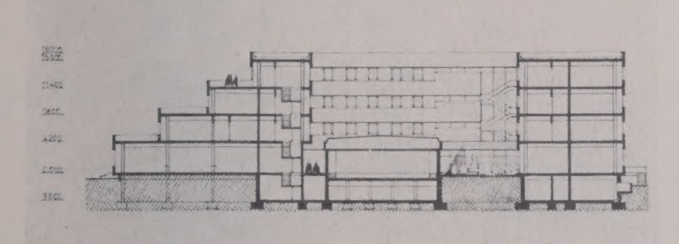
Stadthaus

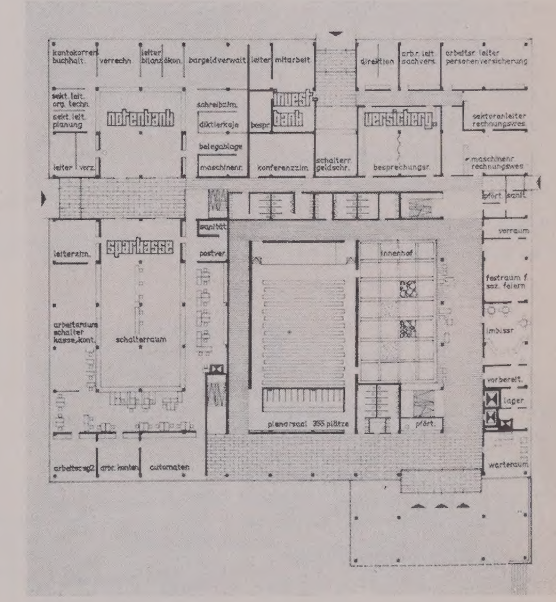
2. Obergeschoß 1 : 1000

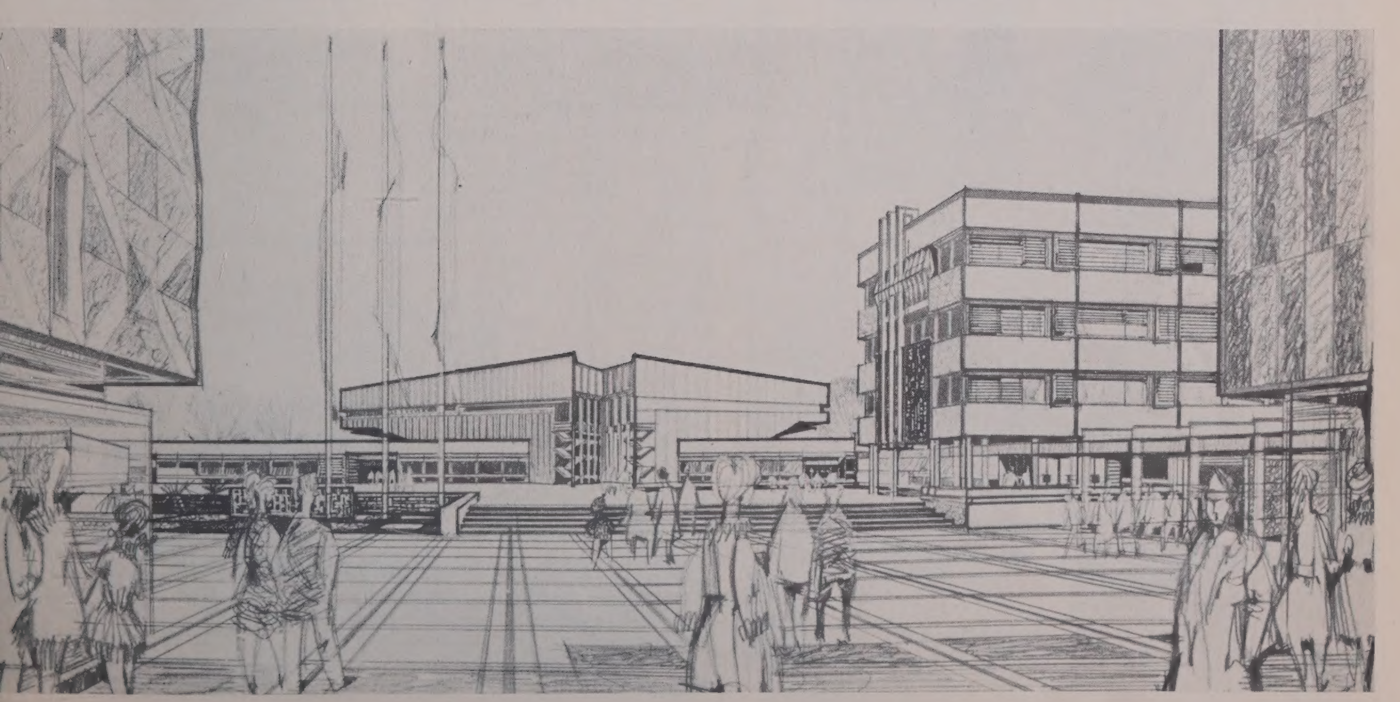
Erdgeschoß 1 : 1000

Schnitt 1 : 1000

Blick aus der Fußgängermagistrale

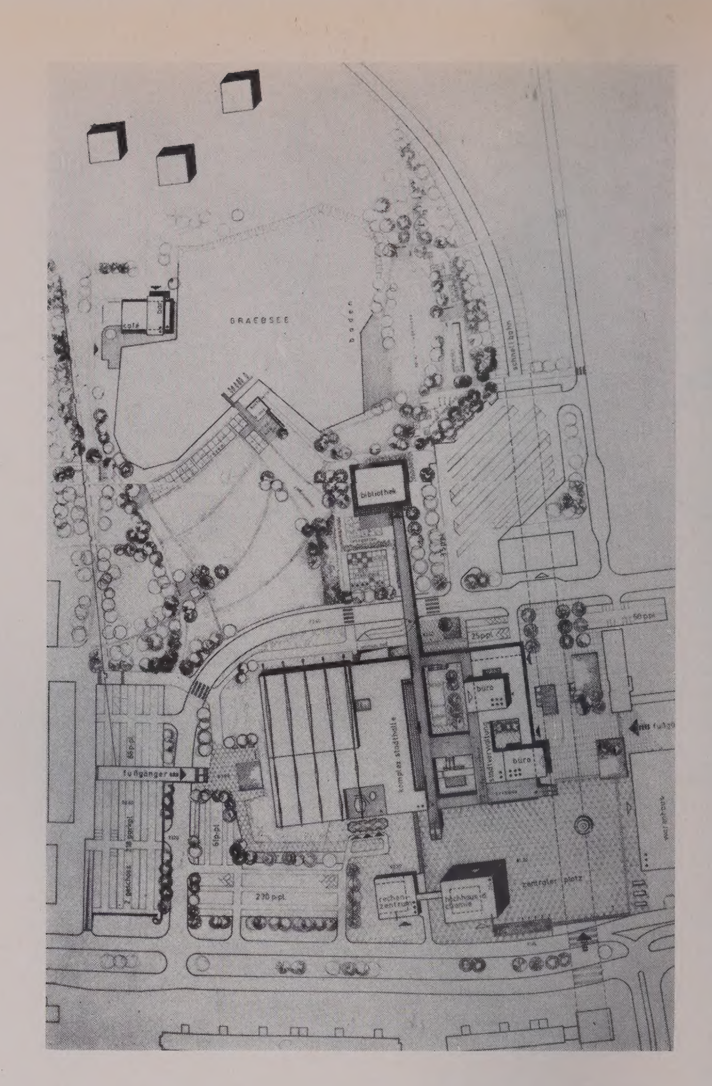






2. Preis

Dipl.-Ing. Peter Baumbach
Dipl.-Ing. Ute Baumbach
Dipl.-Ing. Robert Waterstraat
Wohnungsbaukombinat Rostock



Begründung des Preisgerichtes

Die Arbeit stellt in gewisser Hinsicht eine „Antilösung" dar. Der zentrale Platz wird nahezu aufgehoben und steht als Platzraum in keiner Beziehung mehr zu den angrenzenden städtebaulichen Räumen. Die Arbeit zeigt ein sehr interessantes Ensemble mit feinfühlig gestalteten städtebaulichen Räumen und vielen architektonischen Ideen. Die städtebauliche Lösung insgesamt steht jedoch im Widerspruch zur gegebenen Situation. Die funktionelle Lösung für die Stadthalle ist sehr interessant, wird jedoch unter den vorliegenden Bedingungen für technisch nicht ausführbar gehalten. Die einzelnen Gebäude sind gut durchgearbeitet und weisen mehr günstige Kennziffern als die anderen Arbeiten auf.

Lageplan 1 : 2500

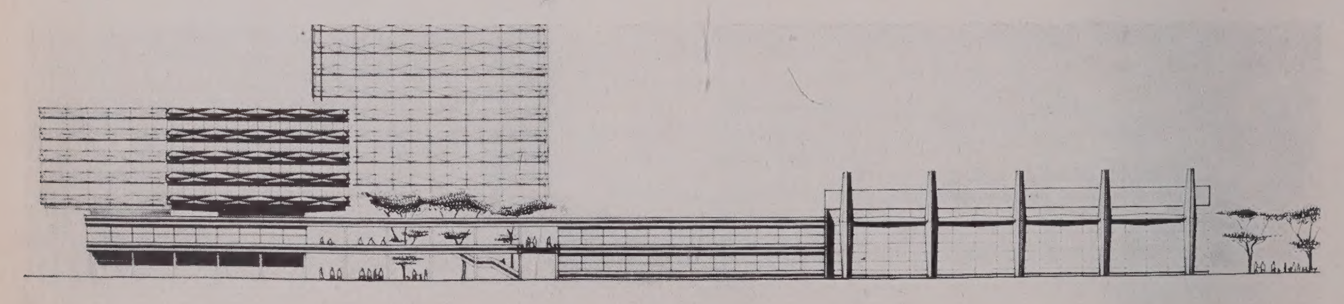
Ansicht von Norden

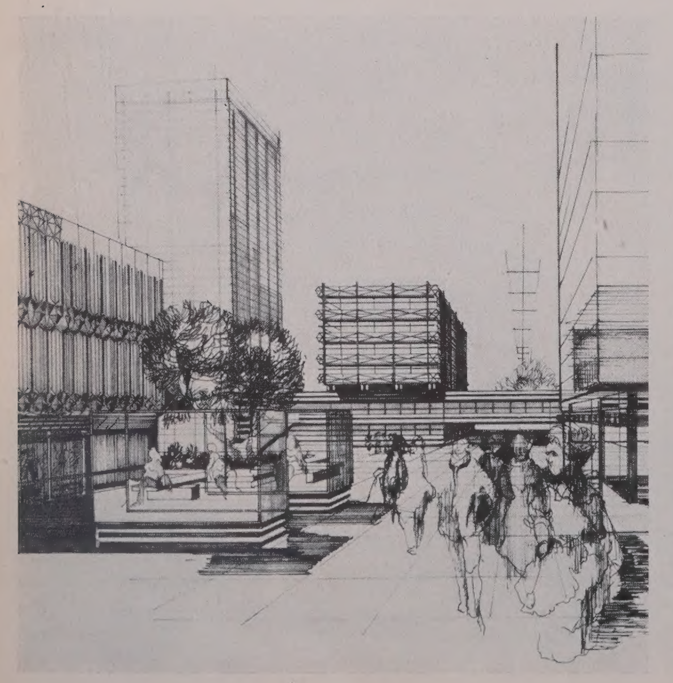
Blick aus der Fußgängermagistrale

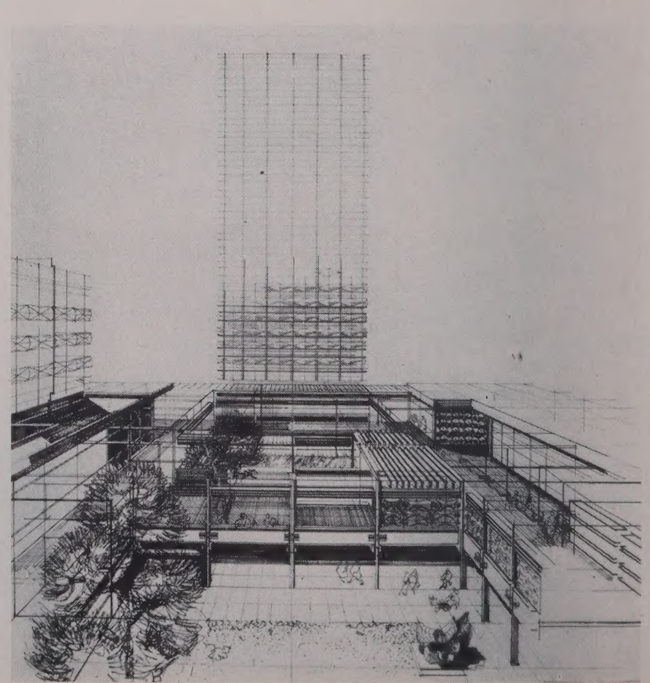
Einblick in den Innenhof

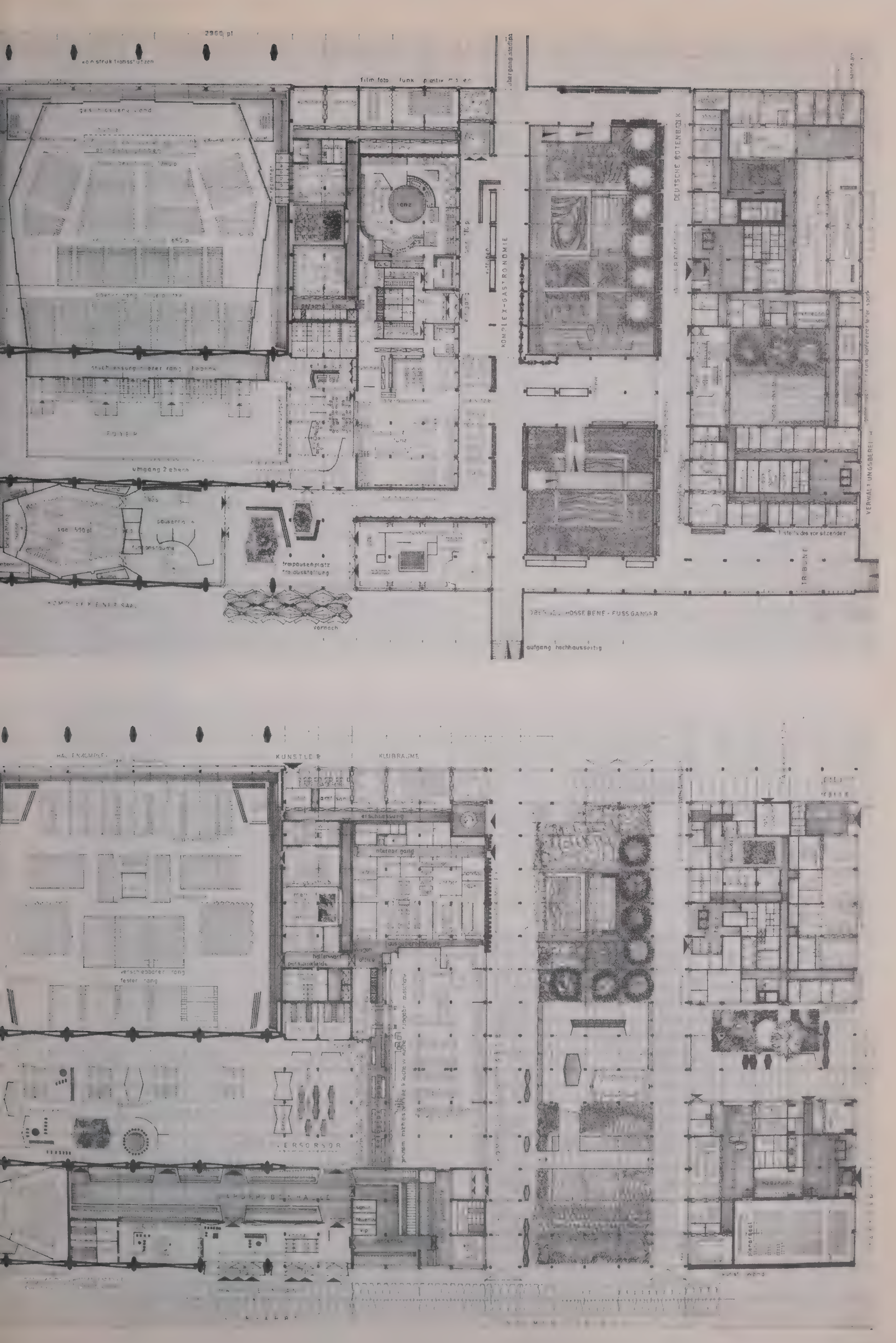
Obergeschoß 1 : 1000

Erdgeschoß 1 : 1000



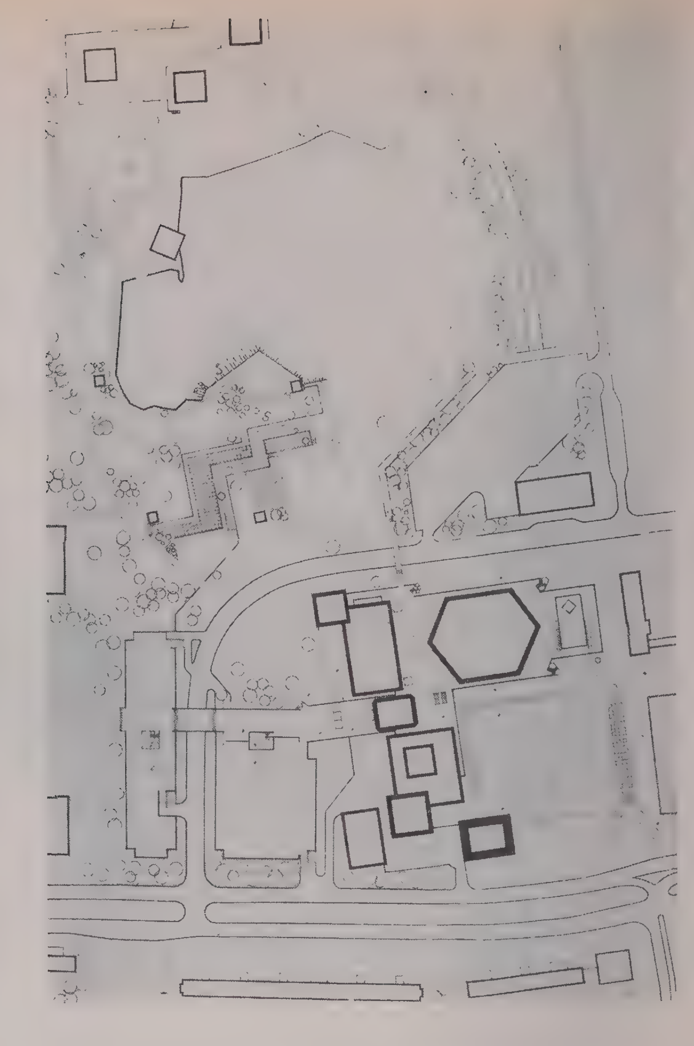






3. Preis

Dipl.-Ing. Dietrich Frank
Garten-Arch. Friedrich Gloger
Dipl.-Arch. Stefka Kraneis
Dipl.-Ing. Hartmut Leonard
Dipl.-Ing. Peter Morgner
Dipl.-Ing. Rüdiger Reinel
Dipl.-Ing. Hans-Christian Riecken
Dipl.-Ing. Horst Weber
Dipl.-Arch. Peter Weeck
VEB Halle-Projekt



Begründung des Preisgerichtes

Die Arbeit zeigt eine klare städtebauliche Lösung des zentralen Platzes. Der Vorschlag, auf der Nordseite eine Terrasse anzuordnen und dorthin die Restaurants zu orientieren, ist gut. Die Beziehung zum Stadtpark wird dadurch jedoch nicht gelöst. Es wird anerkannt, daß eine Vielzahl von Ideen in der Arbeit zum Ausdruck kommt, es ist jedoch nicht gelungen, eine Vielzahl von Motiven zu einer Einheit zu bringen. Die Baukörper des Hochhauses, des Plenarsaales und der Stadthalle sind nicht aufeinander abgestimmt. Die Arbeit zeigt eine gute Lösung für die Verbindung zum Bildungszentrum.

Lageplan 1 : 2500

Schnitt durch Stadthalle und Plenarsaal

Erdgeschoß 1 : 1000

Prämie

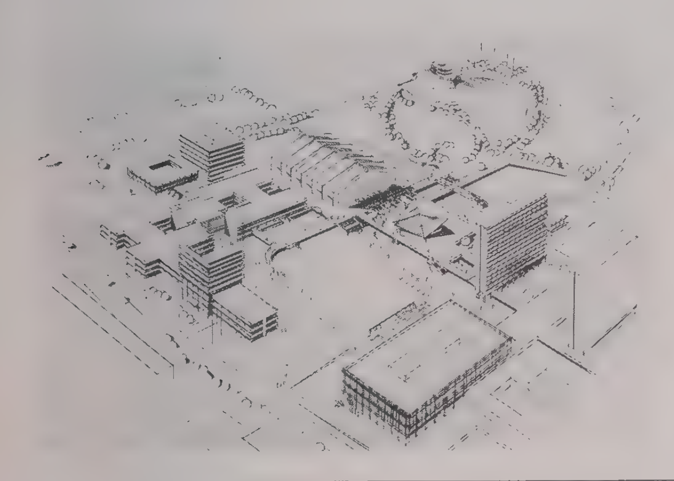
Dipl.-Arch. Bernd Czysch, Halle
Dipl.-Arch. Bernd Meyer, Halle

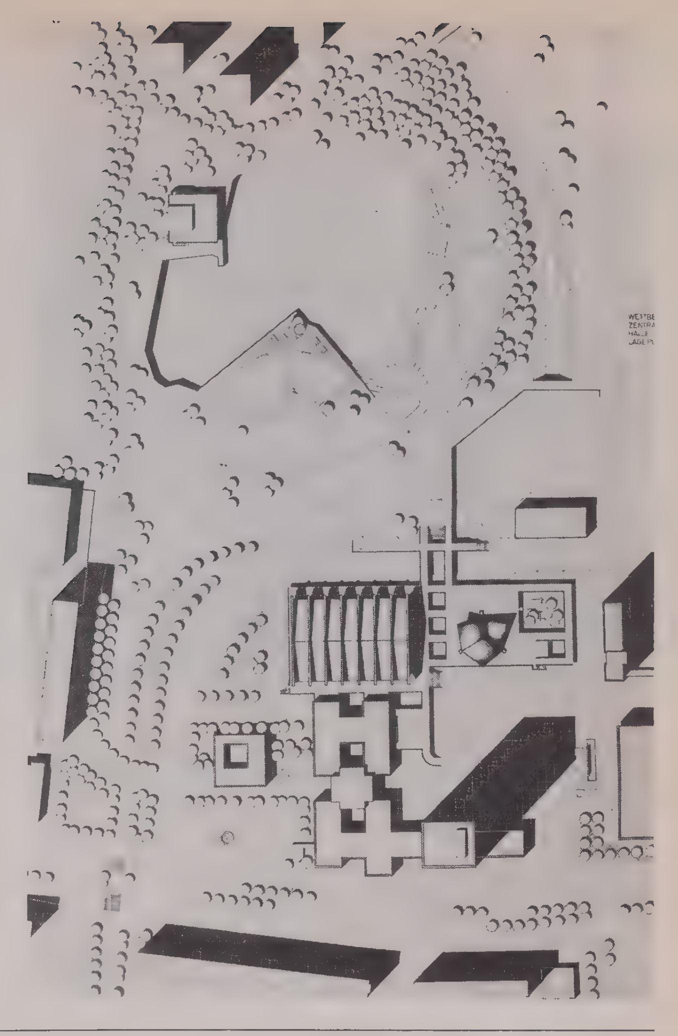
Begründung des Preisgerichtes

Die Arbeit zeigt einen klaren städtebaulichen Platzraum und einen interessanten Vorschlag für die Verbindung zum Stadtpark. Die Verbindung zum Bildungszentrum ist jedoch völlig unterdrückt. Eine Terrasse auf der Nordseite ist überdimensioniert und konkurriert mit der Fläche des Platzes selbst. Der Vorschlag für das Rechenzentrum als dem Chemiehochhaus vorgelagerten Flachbau kann nicht akzeptiert werden. Die als Unterbau des kleinen Saales und damit als nördliche Platzwand angeordneten Baumassen sind künstlich aufgetrieben und entsprechen nicht den räumlichen Forderungen.

Lageplan 1 : 2500

Vogelschau: Blick von Südosten

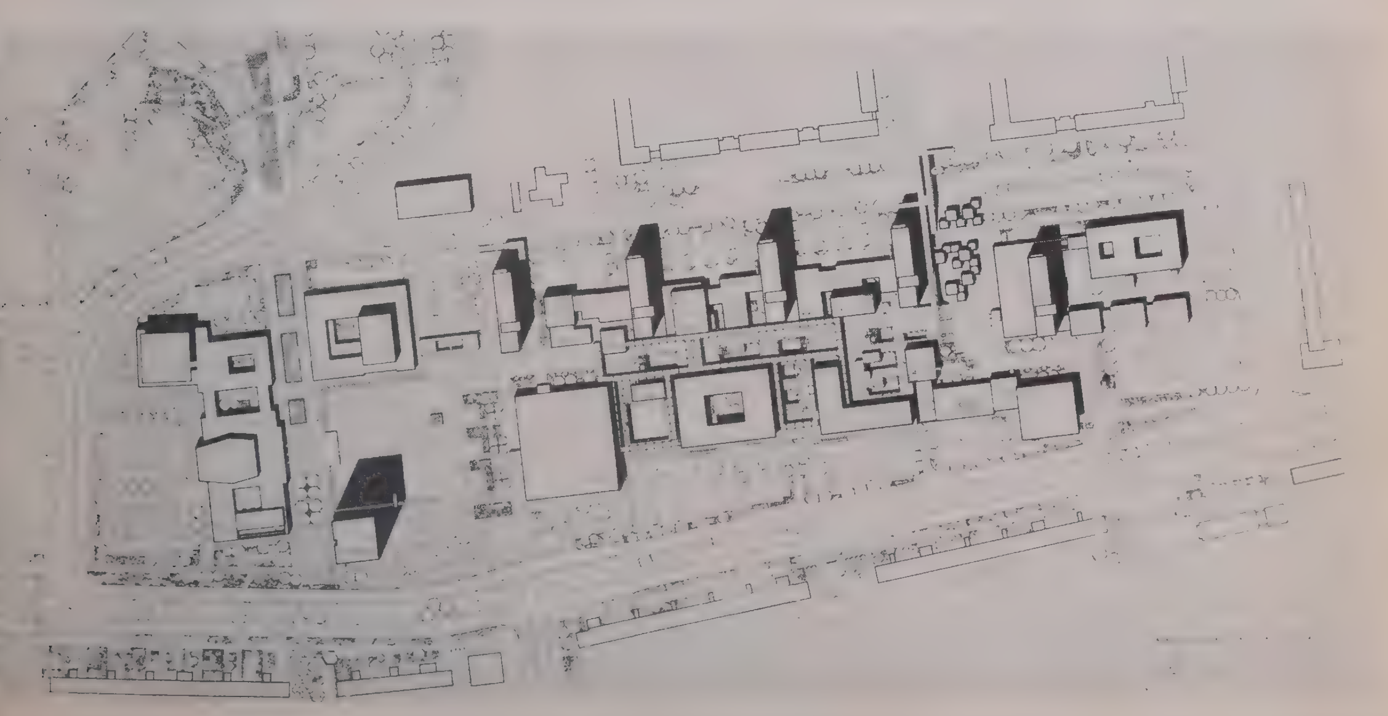




Die endgültige Entwurfslösung für den zentralen Bereich

Dr.-Ing. Joachim Bach
Stellvertreter des Chefarchitekten

Veränderungen am Programm nach Abschluß des Wettbewerbes und die gegenüber den Preisträgerarbeiten von der Jury erhobenen Einwände machten eine weitere Bearbeitung des Bebauungsplanes erforderlich.
Die wesentlichste und vor allem begrüßenswerte Änderung war die Reduzierung des Programms der Stadthalle. Gegen die ausgeschriebene extreme Mehrzweckfunktion gab es von vornherein viele Bedenken. Sie wäre funktionell wie finanziell kaum zu bewältigen gewesen.
Die zweite Änderung betraf den Wegfall des Rechenzentrums am Chemiehochhaus. In allen Wettbewerbsarbeiten zeigten sich die Schwierigkeiten, die mit diesem Gebäude und den an den Standort geknüpften Forderungen erwuchsen. Jetzt wird an einem anderen Standort eine kombinierte Großrechenanlage für mehrere Betriebe errichtet. Schließlich ergab sich als zusätzliche Forderung der Bau eines Ausstellungszentrums.
Grundlage des jetzigen Entwurfs bildeten die eindeutigen Empfehlungen der Jury zum Standort der einzelnen Gebäude am zentralen Platz sowie das Bestreben, eine ökonomisch vertretbare Lösung zu finden. Beibehalten wurde der von den zweiten Preisträgern entwickelte Grundgedanke der vertieften Hauptfläche des Platzes. Dadurch entsteht ein forumartiger Fest- und Versammlungsplatz, und die verhältnismäßig flachen Bauten werden – ihrer Bedeutung entsprechend – exponiert. Eine neue Lösung mußte für die räumlich-funktionellen Beziehungen zum Park einerseits und nach Westen, zum Bildungszentrum, andererseits gefunden werden.
Mit dem vorliegenden Entwurf, der die Grundlage für die Technisch-Ökonomische Zielstellung der 2. Ausbaustufe bildet, sind die Ordnungsprinzipien des zentralen Bereiches festgelegt worden.





Umgestaltung Innenstadt Erfurt

Einschätzung der Ergebnisse des Wettbewerbes

Dipl.-Ing. Walter Nitsch
Stadtarchitekt von Erfurt

Der Wettbewerb brachte die angestrebte grundsätzliche Klärung der Möglichkeiten und Grenzbedingungen zur Umgestaltung der Innenstadt sowohl in bezug auf die städtebaulich-strukturelle, funktionelle und stadtgestalterische Neuordnung als auch in bezug auf die zweckmäßigste Entwicklung der Verkehrsführung in der Zukunft. Er ergab die prinzipielle Bestätigung, daß die vom Auslober vorgegebene Begrenzung des denkmalgeschützten Bereiches sowie der künftigen Grobfunktionsgliederung richtig war. Die zum Abriß und Wiederaufbau bestimmten Gebiete wurden von allen am Wettbewerb teilnehmenden Kollektiven bestätigt; eine Rekonstruktion dieser Gebiete scheidet wegen der ökonomisch und bauwirtschaftlich unvertretbar hohen Anforderungen aus. Damit wird die zwischen dem Stadtbauamt Erfurt und dem Institut für Denkmalpflege getroffene Übereinstimmung bei der Weiterbearbeitung zu folgenden Einschränkungen führen:

- Die zum Abriß bestimmten Gebiete unterliegen bis zur baulichen Inanspruchnahme dem grundsätzlichen Baustopp.
- Die der Einschränkung unterzogene Zone des denkmalgeschützten Bereiches wird funktionell und baulich aufgewertet. In dieser Zone werden künftig in verstärktem Maße Kapazitäten und Mittel zur Werterhaltung und Instandsetzung konzentriert eingesetzt mit dem Ziel, den Funktionswert zu erhöhen und diese Substanz in die künftige Stadtgestalt gleichberechtigt einzubeziehen.

Nur dadurch wird dem Versuch, das alte Zentrum als Denkmal zu isolieren, wirksam zu begegnen sein.

In diesem Gebiet der aktiven Rekonstruktion befindet sich der Großteil der wertvollen historischen Substanz. Eine Intensivierung der Nutzung, die Auskernung und Sanierung der Binnenhöfe und besonders die gestalterische Behandlung der Nahtstellen zwischen alt und neu sind Zielstellungen für die weitere städtebauliche Bearbeitung und der wesentliche Beitrag zur Vermeidung von sozialpolitischen und städtebaulich-gestalterischen und funktionellen Dissonanzen. Die Schließung von Lücken durch phantasievolle maßstäbliche Neubebauung ist folgerichtiger Bestandteil dieser Konzeption.

Damit verbleibt der einzigartige historische Erfurter Stadtkern wertvoller und lebensfähiger Bestandteil des zu entwickelnden Zentrums der Großstadt.

Für die Ausarbeitung der Gesamtkonzeption des Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanes ergab der Wettbewerb die entscheidende, im Variantenvergleich und in Grundsatzberatungen erhärtete Aussage über die Vorzugslösung der künftigen Entwicklung im Innenstadtbereich. Die im Prinzip vorhandenen Vorstellungen der planenden Organe der Stadt Erfurt wurden wesentlich erweitert und qualifiziert. Besonders die sich aus der neuen Verkehrsführung ergebende funktionelle und gestalterische Gliederung im Zuge der westlichen Domumgehung des inneren Erschließungsringes wird Bestandteil der Bebauungs- und Verkehrskonzeption. Als weitere wichtige Anregung wird die stärkere Differenzierung der Funktionsgliederung im Verein mit den künftigen Fußgänger- und Erlebniszonen angesehen. Das betrifft insbesondere die Bereiche zwischen Hauptbahnhof – Anger – Gerabogen bis zum Petersberg, der als Naherholungszentrum in günstiger Beziehung zur Stadt ausgebaut wird. Daneben gewinnen die Erholungs- und Erlebnisräume entlang der Gera im Innenstadtbereich an besonderem Wert.

Die Ergebnisse des Wettbewerbes in bezug auf die Verkehrserschließung – die Aussagen zur Abdeckung des ruhenden Verkehrs sowie zur künftigen Führung des Massenverkehrs und die Einordnung der Verlagerung des Hauptbahnhofes – haben grundlegende Bedeutung.

Für die unmittelbar in Angriff zu nehmenden Realisierungsetappen der Umgestaltung, besonders für die Etappe der Bebauung am südlichen Juri-Gagarin-Ring und zwischen Löberstraße und Bahnhofstraße, bildet die vom 1. Preisträger vorgeschlagene Lösung die weitere Bearbeitungsgrundlage. Durch die in der Zwischenzeit vorgenommene Zusammenfassung des Wettbewerbsergebnisses ergibt sich ein neuer Etappenablauf. Dieser Ablauf sichert, daß in gegenseitiger günstiger Stimulierung der Baumaßnahmen des Hochbaus, vorerst des vielgeschossigen Wohnungsbaus, im Stadtzentrum mit dem Verkehrsbau und in der Phase unmittelbar nach 1970 mit dem Bau des Warenhauses, des Verwaltungskomplexes und des Theaters in dem für die Gestaltung und Erscheinungsform entscheidenden und zusammenhängenden Bereich südlich des Gerabogens bis heran an die Einrichtungen und Anlagen der Deutschen Reichsbahn die wesentlichsten Umgestaltungsmaßnahmen eingeleitet werden. Die im nördlichen Innenstadtbereich geplante Wohnbebauung bedarf noch einer vertiefenden städtebaulichen Bearbeitung mit dem Ziel, entsprechend den erhöhten Anforderungen der innerstädtischen Lagebedingungen differenzierte Wohnformen zu entwickeln.

Mit besonderem Interesse verfolgen unsere Werktätigen die für die künftige Entwicklung der Stadt entscheidenden Planungsvorgänge. Während der Vorbereitung des VII. Parteitages erhielten unsere Bürger erstmalig Gelegenheit, sich in einer Ausstellung über den Stand der Ausarbeitung der Generalbebauungsplanung und der Generalverkehrsplanung und insbesondere über die umfassenden Planungsabsichten der Innenstadtumgestaltung zu informieren. Diese Ausstellung wurde von mehr als 50 000 Personen besichtigt. Dieses rege Interesse an der politischen, ökonomischen und städtebaulichen Entwicklung ist Ausdruck der Verbundenheit unserer Werktätigen mit ihrer Bezirkshauptstadt und ihrer Bereitschaft, bei der Umgestaltung der Stadt mitzuwirken.

Das Wettbewerbsergebnis wurde in einer mehrwöchigen repräsentativen Ausstellung im Rahmen des Pressefestes auf der iga der Öffentlichkeit unterbreitet und von Mitarbeitern des Stadtbauamtes erläutert. Allein in den Tagen des Pressefestes wurden 30 000 Besucher gezählt.

Unser besonderes Anliegen bestand darin, mit weiten Kreisen der Werktätigen über die Probleme der Umgestaltung ins Gespräch zu kommen. Wir legten Wert darauf, an Hand der gesamten Skala der Lösungsmöglichkeiten von ihnen Hinweise und Vorschläge zu erhalten, um sie bei der weiteren Ausarbeitung der bestätigungsreifen Konzeption bis zum Jahresende – ausgehend von den bisher gewonnenen Erkenntnissen, dem Ergebnis des Wettbewerbsausscheids und den Empfehlungen des Preisgerichts – berücksichtigen zu können.

Es ist vorgesehen und erforderlich, mit den Preisträgern bei der weiteren Ausarbeitung der Konzeption in engem Kontakt zu verbleiben.

Der Rat der Stadt Erfurt ist allen Kollektiven, die sich mit großem Interesse und mit einer hohen Qualität der vorgelegten Entwürfe an diesem Ausscheid beteiligt haben, zu besonderem Dank verpflichtet.

Aus der Ausschreibung

Die Aufgabe umfaßt die gesamte Planung für den Innenstadtbereich unter besonderer Berücksichtigung der Funktions- und Kompositionsordnung.

Durch die Umgestaltung der Innenstadt sind Struktur und Erscheinungsform neu zu gliedern. Die neuen Bereiche sind so zu gestalten, daß sie den Ausdruckswillen unserer Gesellschaftsordnung verkörpern und mit den typisch landschaftlichen und baulichen Gegebenheiten eine harmonische Einheit bilden.

Die einzelnen Funktionen, wie das Wohnen, Arbeiten, Erholen, der Verkehr und die zentralen Versorgungseinrichtungen, sind unter Beachtung der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse neu zu ordnen, um eine maximale Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse beim umfassenden Aufbau des Sozialismus zu gewährleisten. Außerdem muß die städtebauliche Gestaltung der Innenstadt getragen sein von der gesellschaftlichen und kulturpolitischen Verpflichtung, die stadtbaukünstlerisch wertvolle Stadtkernanlage mit den geplanten Neubaumaßnahmen zu einer harmonischen Einheit zusammenzufügen.

Aus der Zielstellung

Die Umgestaltung der Innenstadt Erfurts ist auf der Basis der Grundsätze zur Planung und Gestaltung der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter Beachtung der komplexen sozialistischen Rationalisierung durchzuführen.

Unter Berücksichtigung des einmaligen und individuellen Charakters der Stadt Erfurt, der durch Besonderheiten ihrer Größe, ihres wirtschaftlichen und kulturellen Profils, ihrer Verkehrslage und ihrer topographischen und landschaftlichen Situation bestimmt wird, sind die vorhandenen strukturellen und räumlichen Ordnungen entsprechend den sozialistischen Lebensbedingungen zu verändern und weiterzuentwickeln.

Bis 1980 ist mit 215 000 Einwohnern und bis zum Jahre 2000 mit 250 000 Einwohnern zu rechnen.

Durch die Umgestaltung der Innenstadt sind Struktur- und Erscheinungsform zu verbessern und in einzelnen Teilen neu zu ordnen. Die Probleme der Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse, der Entwicklung der Wissenschaft sowie Fragen sozialkultureller Natur, wie die verlängerte Freizeit des Menschen, seine veränderte Stellung in der Gesellschaft, sind zu berücksichtigen.

Die neuen Bereiche der Stadt sind so zu gestalten, daß sie den Ausdruckswillen unserer Gesellschaftsordnung verkörpern und mit den typischen landschaftlichen und baulichen Gegebenheiten eine harmonische Einheit bilden.

Das Stadtzentrum soll Mittelpunkt der gesellschaftlichen Kommunikation der Stadt und künstlerischer Höhepunkt der städtebaulich-architektonischen Gestaltung sein.

Die räumlich differenzierten Plätze des Stadtzentrums sind durch Zuordnung verschiedenartiger Funktionen so zu gestalten, daß sie als ständige gesellschaftliche Kontaktzone fungieren.

Aus dem Programm

Haus der Massenorganisationen (300 AK), Gebäude für den Rat des Kreises (300 AK), Haus der Kultur (insgesamt 1800 Plätze), Bildungszentrum für Erwachsene (2000 m²), Zentralbibliothek (50 000 Bände), Theater (1200 Plätze), Lichtspieltheater (800 Plätze), Berufsschulzentrum (40 Klassenräume), Haus der Technik (500 m²), Warenhaus (Rekonstruktion — 10 000 m²), Kaufhalle (500 m² Verkaufsraumfläche), Industriewarenverkaufsstellen (insgesamt 1900 m² Verkaufsraumfläche), internationales Reisehotel I. Klasse (400 Betten), Reisehotel II. Klasse (300 Betten), zentrale Betriebsgaststätte (3000 Essen), Gaststätten und Cafés (insgesamt 900 Plätze), Reisebüro mit Ausländerzentrum (500 m²), Haus der Dienstleistungen (1000 m²), zentrale Bezirksapotheke (600 m²), Hallenbad (50-m-Bahn), Mehrzweckverwaltungsgebäude (5000 AK), Wohnungsbau, Parkflächen (20 000 Stellplätze).

Teilnehmer

Der Wettbewerb wurde als beauflagter und anonymer Wettbewerb durchgeführt. Folgende Institutionen wurden zur Teilnahme eingeladen, wobei bis auf die beiden Kollektive aus der Technischen Universität Dresden keine namentliche Aufforderung ausgesprochen wurde:

1. VEB Berlin-Projekt, Kollektiv Stingl
2. Technische Universität Dresden, Institut für Städtebau, Kollektiv Professor Funk
3. Technische Universität Dresden, Professur für Elementares Gestalten und Entwerfen, Kollektiv Professor Trauzettel
4. VEB Hochbauprojektierung Erfurt, Kollektiv Dr. Stahr
5. Hochschule für Industrielle Formgestaltung Halle, Kollektiv Dr. Ditscherlein
6. Büro für Städtebau Weimar, Kollektiv Hiltscher
7. VEB Halle-Projekt, Abteilung Städtebau, Kollektiv Proske
8. Büro des Chefarchitekten Halle-Neustadt, Kollektiv Professor Paulick
9. Büro für Städtebau Gera, Kollektiv Bortenreuter
10. Büro für Städtebau Karl-Marx-Stadt, Kollektiv Eisentraut
11. VEB Hochbauprojektierung Erfurt, Kollektiv Göbel
12. Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur, Kollektiv Professor Schmidt
13. Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Erfurt, Kollektiv Berger
14. VEB Industrieprojektierung Erfurt, Kollektiv König
15. Büro für Städtebau Leipzig, Kollektiv Billhardt

Drei weitere aufgeforderte Kollektive sagten ihre Teilnahme ab.

Die hier aufgeführte Numerierung entspricht der Spaltennumerierung in untenstehender Tabelle.

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Herr Gothe,
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Erfurt

Herr Dose,
1. Sekretär der SED-Stadtleitung Erfurt

Herr Nottrodt,
Oberbürgermeister der Stadt Erfurt

Professor Dipl.-Arch. Collein,
Deutsche Bauakademie

Professor Henselmann,
Deutsche Bauakademie

Architekt K. W. Leucht,
Stadtarchitekt von Dresden

Dr.-Ing. Deiters,
Generalkonservator, Berlin

Professor Dipl.-Arch. Räder,
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Professor Dipl.-Ing. Schmidt,
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Professor Dr.-Ing. habil. Christfreund,
Hochschule für Verkehrswesen Dresden

Professor Dr. h. c. Bauch,
Technische Universität Dresden

Dipl.-Ing. Kluge,
Ministerium für Bauwesen

Dr.-Ing. Röhr,
Staatliche Plankommission

Dr.-Ing. Riehl,
Stadtarchitekt von Halle

Dipl.-Ing. Berg,
Stadtarchitekt von Potsdam

Dr.-Ing. Nadler,
Konservator, Dresden

Dr.-Ing. Schwarzer,
VE Projektierungsbetrieb des Straßenwesens, Erfurt

Dipl.-Ing. Colden,
Entwurfsgruppe Stadtplanung Rostock

Herr Ißleib,
1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Erfurt

Herr Roth,
Bezirksbaudirektor beim Rat des Bezirkes Erfurt

Herr Bidner,
Amtierender Vorsitzender der Bezirksplankommission Erfurt

Herr Güther,
Stadtbaudirektor von Erfurt

Herr Stephan,
Hauptplanträger Innenstadt beim Rat der Stadt Erfurt

Herr Selke,
Vorsitzender der Ständigen Kommission Bauwesen des Bezirkstages Erfurt

Herr Römpler,
Vorsitzender der Ständigen Kommission Kultur der Stadtverordnetenversammlung Erfurt

Dipl.-Ing. Henn,
Bezirksarchitekt von Erfurt

Dipl.-Ing. W. Nitsch,
Stadtarchitekt von Erfurt

Vergleichende Übersicht der Wettbewerbsarbeiten

Arbeit	Nr.		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Innenstadt	Gesamtfläche	ha	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	210	240	240	240
	Wohnungsneubau	WE	9 000	8 200	16 000	11 930	10 520	12 690	13 500	13 400	9 030	8 610	15 113	9 749	9 654	7 705	8 563
Zentrum	Fläche	ha	26,7	23,1	15	33	27,6	30	26	19	26	31	27	31	29	25	19
	Gebäudekubatur	1000 m³	1 552	1 729	840	1 760	1 550	1 740	1 615	1 095	1 400	1 075	1 061	1 319	1 396	877	910
	Baumassendichte	m³/m²	5,8	7,5	5,6	5,3	5,75	5,2	6,2	5,9	5,4	3,4	3,9	4,3	4,81	3,5	4,8
	Wohnungsneubau	WE	550	840	—	—	410	1 910	1 316	—	486	320	2 351	1 680	984	316	—
Wohngebiete	Fläche	ha	55,7	38,2	68	57	55	76	43	52,6	54	38	56	44	55	73	47,6
	Wohnungsneubau	WE	8 300	6 690	10 000	11 564	10 110	10 780	10 950	12 250	7 876	7 328	12 234	7 413	7 726	7 129	8 563
	Einwohnerdichte	EW/ha	470	540	460	630	570	440	790	725	452	600	670	523	436	300	560
	Anteil vielgeschossige Bebauung	%	74	45	31	93,8	56	51	80	93	53	86	74,5	79	57	46	78
	Nachfolgeeinrichtungen		●	◐	●	◐	●	●	○	○	◐	●	●	●	○	◐	○
Erholungsgrün	Naherholungsgebiet Petersberg	ha	30	29	20	24	28	31	28	29	29	28	25,5	28	28	28	26,5
	Grün mit Naherholungscharakter	ha	5,7	6,4	3,8	9,5	6,1	16,1	6,1	1,9	3,6	10,1	3,9	3,2	8,8	6,6	4,5
	Verhältnis zur derzeitig vorhandenen Fläche	%	95	107	63	158	102	268	102	32	60	168	65	53	147	110	75
Ruhender Verkehr	Zentrum	Plätze	6 600	9 915	8 650	16 000	5 900	12 507	10 015	8 700	3 540	8 485	8 666	4 570	5 370	3 449	10 100
	Davon ebenerdig	Plätze	1 252	3 670	3 000	1 000	1 120	57	3 497	—	142	1 650	3 273	2 690	745	602	5 600
	Übrige Innenstadt	Plätze	9 400	5 552	12 400	2 400	5 300	12 146	10 166	11 300	8 530	7 030	10 591	15 430	2 640	5 618	4 335
	Davon ebenerdig	Plätze	5 360	2 390	7 900	2 400	3 180	967	2 884	6 300	2 158	1 560	4 363	11 210	1 346	4 685	1 800
	Zentrum und Innenstadt insgesamt	Plätze	16 000	15 467	21 050	18 400	11 200	24 653	20 180	20 000	12 070	15 515	19 275	20 000	8 010	9 067	14 435
	Davon ebenerdig	Plätze	6 612	6 060	10 900	3 400	4 360	1 024	6 381	6 300	2 300	3 210	7 636	13 900	2 091	5 260	7 400

Bemerkungen: ● Erfüllt ◐ Bedingt erfüllt ○ Nicht erfüllt

1 Zusammen 2400 Stellplätze in Randgebieten der Innenstadt angegeben, aber nicht nachgewiesen | **2** 12 m Sektionslänge Grundlage der Kapazitätsermittlung im Wohnungsbau. Wohnungen neu ermittelt | **4** Zwanzigklassige Oberschule fehlt | **7** Fünf zwanzigklassige Oberschulen fehlen | **8** Gesellschaftliche Einrichtungen nicht ausreichend ausgewiesen | **9** Wohnhochhäuser an der Meienbergstraße nicht im Kapazitätsnachweis erfaßt | **10** 5000 Stellplätze außerhalb der Innenstadt | **13** Keine Kapazitätsangaben der Folgeeinrichtungen, 400 Kindergarten- und 320 Kinderkrippenplätze fehlen, zwei vierzügige Oberschulen fehlen | **14** Zwanzigklassige Oberschule fehlt, 8960 Stellplätze für den ruhenden Verkehr außerhalb der Innenstadt | **15** Gesellschaftliche Einrichtungen nicht ausreichend

Schemapläne der Flächennutzung 1:50000

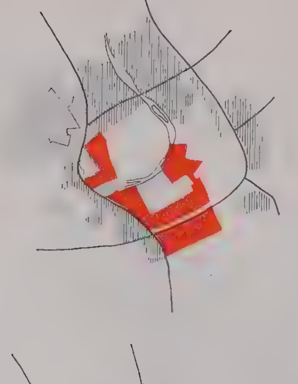
Einordnung neuer Zentrumseinrichtungen

Neue Wohngebiete

Öffentliches Grün mit Erholungsfunktion, Naherholungsgebiet

Hauptnetzstraße





1. Preis
Kollektiv Stingl

2. Ankauf
Büro für Städtebau Weimar





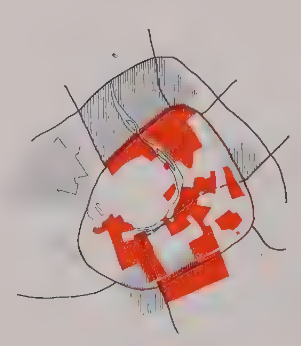
2. Preis
Kollektiv Professor Funk

Nicht prämiiert
Kollektiv Proske



Ein 3. Preis
Kollektiv Professor Trauzettel

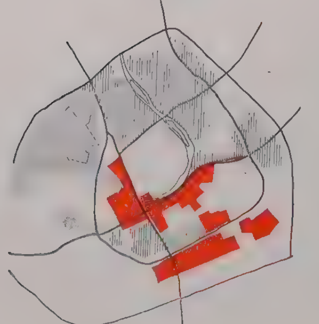
Nicht prämiiert
Kollektiv Professor Paulick



Ein 3. Preis
Kollektiv Dr. Stahr

Nicht prämiiert
Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Gera





1. Ankauf
Hochschule für Industrielle Formgestaltung Halle

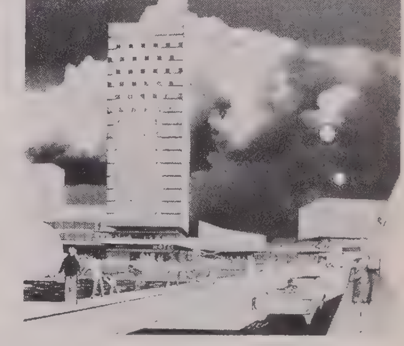
Nicht prämiiert
Kollektiv
Professor Hans Schmidt

1. Preis

VEB Berlin-Projekt

Dipl.-Ing. Helmut Stingl
Dipl.-Arch. Herbert Jünger
Dipl.-Arch. Edith Diehl
Dipl.-Ing. Joachim Seifert
Gartenarchitekt Eberhard Horn
Dipl.-Ing. Horst Seefeldt
Dipl.-Ing. Götz Schwerg
Teilkonstrukteur Dorit Jaeger





1 : 17 500



Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Gesamtgliederung der Innenstadt ist überschaubar und erlebnisreich. Es gelingt dem Verfasser, durch die räumliche Gruppierung der zentralen Einrichtungen eine neue, unseren modernen Bedürfnissen entsprechende Großzügigkeit zu schaffen, die gleichzeitig eine Intimität aufweist, die für die Stadt Erfurt typisch ist und ihren Charakter weiterentwickelt. Das bezieht sich besonders auf die Stellung des Theaters in einem landschaftlich gestalteten Raum, der auch die Möglichkeiten zu Begegnungen im Freien und zu kulturellen Veranstaltungen gibt. Die Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen – Hotel, Warenhaus, Lichtspieltheater, Bibliothek – ist architektonisch gut gelöst. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß sich daraus bei der Durchführung Probleme im Investitionsablauf ergeben. Der besondere Wert dieser Arbeit liegt darin, daß die Verbindung der historischen Substanz des Stadtkerns zu den neuen Gebieten Wege einschlägt, deren grundsätzliche Verfolgung dem Preisgericht wünschenswert erscheint. Die Erlebniswirkung des Breitstromes ist in einer idealen Weise städtebaulich genutzt worden. Es sind Bedingungen geschaffen worden, der Bevölkerung ausgedehnte Erholungsmöglichkeiten anzubieten. Der Petersberg ist als intensiv ausgebautes Naherholungsgebiet vorgesehen, das zu einer guten gestalterischen Einheit zusammengefaßt wird. Die im Programm geforderten gesellschaftlichen Einrichtungen sind im wesentlichen ausgewiesen.

Das Straßennetz ist sehr konsequent gestaltet worden. Der Verkehr wird auf vier Tangenten um die Innenstadt geleitet. Die Nahverkehrsmittel werden funktionsgerecht geführt. Es wird empfohlen, zwischen der westlichen und östlichen Hauptverkehrsstraße und der Führung der Straßenbahn eine Funktionstrennung herbeizuführen. Der Verkehr ist gut über die Innenstadt verteilt.

Die Arbeit enthält entscheidende Anregungen für die weitere Bearbeitung.

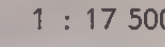
2. Preis

Technische Universität Dresden, Institut für Städtebau

Prof. Dipl.-Ing. Georg Funk
Dipl.-Ing. Fritz Böhm
Dipl.-Ing. Horst Burggraf
Dipl.-Ing. Horst Fischer
Akad.-Arch. Hellmuth Francke
Dipl.-Ing. Bernhard Gräfe
Dipl.-Ing. Bernd Heber
Dipl.-Ing. Hans Petzold
Konsultationen in verkehrstechnischen Fragen:
Dipl.-Ing. Günter Förschner







1 : 17 500



Begründung des Preisgerichtes

Die Aufgliederung der gesamten Innenstadt durch geschlossene Grünbereiche in Übereinstimmung mit der historisch gewachsenen Stadtstruktur, den topographischen Gegebenheiten und dem Verkehrsgerüst ist überzeugend und trägt dazu bei, der gesamten Innenstadt einen einprägsamen, erlebnisreichen Charakter zu verleihen, der eine gute Orientierung sowohl für den Fahrverkehr wie für den Fußgänger gestattet. Es werden maßstäbliche Fußgängerräume angeboten, die besonders in der neuen Anbindung des Bahnhofsvorplatzes an die Altstadt ihren Ausdruck finden. Die Verteilung und Einordnung der zentralen gesellschaftlichen Funktionen erreicht teilweise nicht die Qualität der gesamtstädtebaulichen Lösung. Das betrifft besonders den Bahnhofsvorplatz. Der gastronomische Teil des Hotels ist flächenmäßig unzureichend ausgebildet, jedoch ohne weiteres korrigierbar. Die Vorzüge der Gliederung des Zentrums spiegeln sich nicht in der baulichen Fassung wider, besonders entlang des östlichen Juri-Gagarin-Ringes, der westlichen Domumgehung und des nördlichen Teils des inneren Tangentenringes. Die Anwendung von überwiegend 6geschossiger Wohnbebauung kann jedoch aus ökonomischen Gründen nicht akzeptiert werden. Es wird versucht, sie harmonisch auf vielfältige Weise mit der Kernstadt zu verbinden.

Das Verkehrsnetz ist klar, übersichtlich und konsequent geführt und funktionell voll befriedigend. Beim ruhenden Verkehr werden lediglich 75 Prozent der erforderlichen Stellflächen in der gesamten Innenstadt, jedoch für das südliche Zentrumsgebiet ausreichend, ausgewiesen. Hervorzuheben ist, daß 40 Prozent ebenerdig abgedeckt werden, wobei zu betonen ist, daß sie entlang des Ringes ausgewiesen sind, so daß die Innenstadt vom Verkehr entlastet wird. Das System des Massenverkehrs ist leistungsfähig ausgebildet und entspricht den Anforderungen.

Die Arbeit enthält entscheidende Anregungen für die weitere Bearbeitung.

Ein 3. Preis

Technische Universität Dresden
Professur für Elementares Gestalten und Entwerfen

Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Dipl.-Ing. Manfred Wagner
Dipl.-Ing. Erich Halmagyi
Dipl.-Ing. Hermann Hoge
unter Mitarbeit von
Dipl.-Ing. Wolfram Sammler
Dipl.-Ing. Heinz Schönwälder
Dipl.-Ing. Wolfram Freudenstein
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Blödow
Dipl.-Ing. Günter Schaaf
Dr.-Ing. Peschel (Verkehrsplanung)
VEB Straßenprojekt Dresden

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Dem Verfasser gelingt es, mit großer Feinfühligkeit Bewegungsräume für die Bewohner und Besucher der Stadt zu schaffen, die in ihrer Differenziertheit und Ausgewogenheit eine Fülle von Erlebnismöglichkeiten bieten. Das Charakteristische dieser Arbeit ist die Diagonalverspannung mit der klaren Fußgängerführung. Das funktionelle Grundgerüst der einzelnen gesellschaftlichen Zentren unterstreicht die Planungsabsichten des Verfassers und ist besonders in Beziehung zu den Altbauten und den vielfach erlebbaren Räumen in der Komposition der Baukörper überzeugend gelöst. Der Vorschlag, die Stadtkrone durch einen neuen Akzent am Petersberg zu bereichern, ist beachtenswert, jedoch funktionell und gestalterisch nicht voll befriedigend. Als nachteilig wird die Komposition am Domplatz empfunden. Dem Verfasser ist es nicht gelungen, mit der gleichen gestalterischen Kraft auch die neuen Wohngebiete zu einer zusammenhängenden, erlebbaren Komposition zu führen. Als grundsätzlich falsch wird die Bebauung des Petersberges mit Wohnungen beurteilt. Die Gestaltung der wichtigsten Verkehrsräume, insbesondere im östlichen und südlichen Teil des Juri-Gagarin-Ringes, entspricht nicht der Bedeutung dieser Räume.

Die Arbeit geht davon aus, die Tangenten außerhalb des Wettbewerbsgebietes intensiv verkehrlich auszubauen und folgerichtig an das Innenstadtnetz anzuschließen. Die vorgeschlagene Domumfahrung stimmt mit der städtebaulichen Absicht überein. Das öffentliche Nahverkehrssystem wird nicht verändert und entspricht den Verkehrsbedingungen der Stadt. Positiv wird die Lösung des ruhenden Verkehrs beurteilt, indem 50 Prozent ebenerdig abgedeckt werden und die Parkbauten sich gut über das Innenstadtgebiet verteilen. Ökonomisch günstig ist das System des Fahrverkehrs, der Massenverkehrsmittel, des ruhenden Verkehrs.

Die in der Arbeit enthaltenen Anregungen sind wertvoll für die weitere Bearbeitung.

1 : 17 500



Ein 3. Preis

VEB Hochbauprojektierung Erfurt

Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Architekt Heinz Barth
Dipl.-Ing. Waldfried Mudrick
Dipl.-Ing. Günter Andres
Architekt Gerhard Widder
Architekt Dieter Hammer

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die ringförmige Anordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen um die Altstadt mit den wechselseitigen funktionellen Beziehungen und Durchdringungen wird anerkannt. Als besonders positiv muß die Ausnutzung der topographischen Verhältnisse des Gerabogens herausgestellt werden, wo die gesellschaftlichen Einrichtungen ein bindendes Element zwischen dem Altstadtkern und den neuen Teilen der Innenstadt darstellen. Die städtebauliche Komposition ist jedoch insofern als nachteilig zu bezeichnen, als sowohl vom Norden als auch vom Westen her gesehen hohe Baumassen den Maßstab der gegebenen Dominanten Dom und Petersberg beeinträchtigen. Die Fußgängerbereiche im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Einrichtungen zeigen interessante Lösungen. Der Gedanke der Freilichtbühne an der Barfüßer-Ruine wird als eine wertvolle Anregung angesehen. Die Ausbildung des Breitstromes im Zusammenhang mit dem Grünsystem und den gesellschaftlichen Einrichtungen ist hervorzuheben. Bei den Wohngebieten sind, abgesehen von den eingangs erwähnten Nachteilen hinsichtlich der Maßstabschwierigkeiten, die Einordnung hoher Baukörper im Norden und Westen wie auch die räumliche Ordnung in sich nicht gelungen.

Das Verkehrssystem ist an sich funktionsfähig. Die Lösung zeigt als einzige einen Einrichtungsverkehr, der nicht den verkehrstechnischen Bedingungen entspricht. Der Ausbau des Einrichtungsverkehrs müßte in einem Zuge erfolgen, bevor er funktionsfähig würde. Außerdem dürfte die unterirdische Führung der Verbindung Krämpferstraße–Löberstraße technisch kaum durchführbar und unökonomisch sein. Die Konzentration des ruhenden Verkehrs mit etwa 7000 Stellplätzen in einer Großgarage kann nicht akzeptiert werden. Das System des Nahverkehrs wird positiv bewertet.

Die in der Arbeit enthaltenen Anregungen sind wertvoll für die weitere Bearbeitung.

1 : 17 500





1 : 20 000



1. Ankauf

Hochschule für Industrielle Formgestaltung Halle

Dr.-Ing. W. Ditscherlein
Dipl.-Ing. G. Hartmann
Dipl.-Ing. E. Schmidt
Dipl.-Ing. D. Schumann
Dipl.-Ing. K. Thomann

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Zuordnung der gesellschaftlichen Funktionen im Bereich des Domplatzes und die Gestaltung ihrer Verbindungen zueinander werden begrüßt. Die Einbeziehung der Wassersituation ist lobenswert. Weiterhin wird begrüßt, daß eine Vielzahl von Erlebnisbereichen angeboten wird. Die Anregung, die der Krämerbrücke vorgelagerte Rathausbrücke aufzugeben, um eine funktionelle Aufwertung der Krämerbrücke im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Wenige Marktes zu erreichen, sollte einer weiteren Prüfung zugeführt werden. Die mangelnde Ausnutzung der Möglichkeit, auch am Juri-Gagarin-Ring eine großstädtische Bebauung durchzuführen, hat zum Ergebnis, daß eine zusammengefaßte große kompositorische Gestaltung der Stadt, besonders im Nordbereich der Innenstadt, nicht voll zustande kommt.

Das Straßennetz ist funktionsgerecht. Zu bemängeln ist jedoch die Inkonsequenz bei der Nord-Süd-Verbindung in Form einer Domumgehung und eines Nord-Süd-Durchbruches über den Domplatz. Da sämtliche Straßenbahnlinien an den Bahnhof herangeführt werden, ergeben sich aufwendige und ungünstige Verlagerungen der Linienführung. Vorteilhaft erscheint die Führung der Straßenbahn im Bereich des Fußgängerraumes Junkersand—Fischersand. Die Erschließung der südwestlichen Innenstadt wird durch Massenverkehrsmittel unzureichend erfüllt. Die Anzahl der Stellplätze reicht nicht aus.

Die in der Arbeit enthaltenen Anregungen sind wertvoll für die weitere Bearbeitung.

2. Ankauf

Büro für Städtebau Weimar

Dipl.-Ing. Jürgen Hiltscher
Dipl.-Ing. Jürgen Konow
Städtebauingenieur Eberhard Meyer
Dipl.-Ing. Klaus Sieber
Mitarbeit:
Gartenbauingenieur Sigrid Blumenstein
Dipl.-Ing. Otto Breyer
Dipl.-Ing. Erhard Kunze
Diplomgärtner Dorothea Meyer



Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die gestalterische Ansicht, eine vielgeschossige durchgängige Randzone um die Innenstadt vorzusehen, wurde als Lösungsversuch anerkannt. Die gesellschaftlichen Kontaktzonen werden in gute Beziehungen gesetzt, insbesondere zum Breitstrom und zur Altstadt, und schaffen vielfältige Erlebnisbereiche. Im Widerspruch zu diesen positiven Merkmalen und der maßstäblich gut durchdachten Qualität der gesellschaftlichen Zentren steht die gesamte Bebauungskonzeption entlang des Juri-Gagarin-Ringes. Das bezieht sich sowohl auf den Maßstab wie auf die Gliederung der Baukörper, so daß keine gestaltete Einheit erreicht wird. Besonders hervorzuheben ist die Anbindung des Domhügels unter Einbeziehung des Petersberges in die Altstadt mit der Untertunnelung der Domgehung.

Der Entwurf zeigt ein funktionsgerechtes und ausgefeiltes Verkehrssystem, das aber weitaus überdimensioniert ist. Das Netz des öffentlichen Nahverkehrs ist auf Grund des Verkehrssystems folgerichtig verändert worden. Die Abdeckung des ruhenden Verkehrs erfolgt in starker Konzentration, besonders im Bereich des Bahnhofs und nördlich des Angers. Diese Überkonzentration wird ungünstig beurteilt. Das Flächenangebot für den Verkehr ist begrüßenswert. Die Ausbildung des Verkehrssystems ist in einzelnen Abschnitten im ökonomischen Aufwand nicht vertretbar.

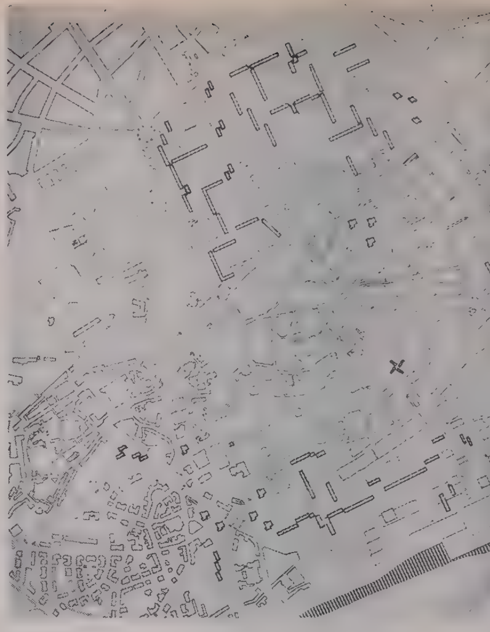
Die in der Arbeit enthaltenen Anregungen sind wertvoll für die weitere Bearbeitung.

1 : 20 000









1 : 20 000

Nicht prämiiert

Büro des Chefarchitekten für den Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West

Prof. Dr.-Ing. e. h. Richard Paulick
Dr.-Ing. Horst Siegel
Gartenbauingenieur Klaus Beinert
Dipl.-Ing. Rainer Deutloff
mgr.-ing. Zdzislaw Dziedzinski
Dipl.-Ing. Jens Ebert
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Groke
Bauingenieur Helga Gärtner
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Gürtler
Dipl.-Ing. Peter Gromes
Dipl.-Ing. Harald Roscher
Dipl.-Ing. Hartmut Schauer
Dipl.-Ing. Otto Vallde Ruten
Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Grundgedanke der Funktionsgliederung wird positiv bewertet. Die Gesamtkomposition ist jedoch disharmonisch. Vor allem die Einordnung der neuen Dominante im Zentrum ist in dieser Massigkeit und Höhenentwicklung gegenüber der historischen Stadtkrone unvertretbar. Die Differenzierung der Funktionsräume vom Bahnhofsvorplatz zum Zentrumsbereich am Breitstrom wird anerkannt, erhält aber durch die bedeutenden Baumassen am Fluß einen der Stadt nicht entsprechenden Charakter.

Die Ausbildung des Grüngürtels entlang des Gerabogens ist im Grundprinzip richtig und wird besonders im Bereich des Zentrums als günstig hervorgehoben. Die Einordnung von differenzierten Bildungs- und Freizeitzentren im Bereich Fischersand stellt eine wesentliche Bereicherung des Zentrums dar. Die an sich begrüßenswerte Großzügigkeit und Dichte der Wohnbebauung im Nordteil der Stadt ist kompositionell nicht bewältigt. Dem Wohnungsbau selbst fehlt ein durchgängiges Gestaltungsprinzip. Die Bebauung des Domplatzes wird als sehr maßstäblich empfunden und besonders herausgestellt.

Die verkehrliche Einführung von Süden in die Innenstadt ist nicht gelöst. Das betrifft besonders den Anschluß des Dombereiches an die Löberstraße. Die Erschließung des Zentrumsbereiches ist ungünstig und erfolgt über den Anger. Das führt zu einer ungünstigen Überquerung des von den Verfassern vorgeschlagenen Fußgängerbereiches. Der Hauptverkehr wird ungerechtfertigt in die Innenstadt hereingezogen. Der Westteil der Stadt ist in der Erschließung vernachlässigt. Der ruhende Verkehr ist erfüllt, jedoch ist eine starke Konzentration am Ost- und Nordrand zu verzeichnen. Gleichermaßen ist die Einordnung von Hochgaragen neben dem Augustinerkloster zu bemängeln.

Nicht prämiiert

VEB Halle-Projekt, Abteilung Städtebau

Oberingenieur Ernst Proske
Dipl.-Ing. Gerhard Kröber
Dipl.-Arch. Herbert Gebhardt
Dipl.-Arch. Günter Doliwa
Dipl.-Ing. Gerhard Plahnert
Dipl.-Ing. Günter Brode
Gartenbauingenieur Kurt Brandenburger

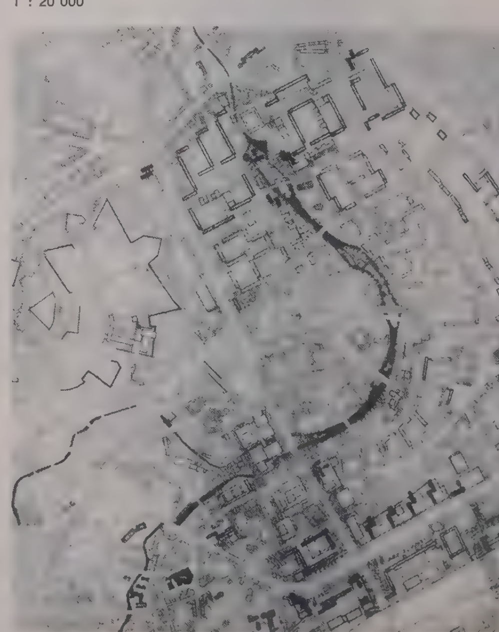
Aus der Begründung des Preisgerichtes

Hervorgehoben wird der Versuch, eine hohe städtebauliche und strukturelle Dichte in den Umgestaltungsgebieten zu erzielen. Bei der Gesamtkomposition der Innenstadt ist jedoch der Bruch zwischen dem historisch Gewachsenen und dem neu zu Schaffenden sowohl gestalterisch wie vom Erlebnis her zu deutlich markiert, so daß ein einheitliches Ensemble nicht mehr zustande kommt. Die Zerschneidung der Fußgängererlebniszonen des Zentrums durch den Fahrverkehr wird ungünstig beurteilt. Hervorzuheben ist die Anlage eines zusammenhängenden straßenverkehrsfreien Fußgängersystems in den vorhandenen zentralen Bereichen Anger–Marktstraße.

Das Verkehrssystem ist gekennzeichnet durch einen Nord-Süd-Durchbruch über den Domplatz, der zwangsläufig eine unerwünschte Durchschneidung des Zentrums und eine Funktionsüberlagerung mit sich bringt. Die östliche Nord-Süd-Verbindung zeigt eine verkehrstechnisch ungünstige Anbindung an die Leninstraße und den Juri-Gagarin-Ring. Das öffentliche Nahverkehrsnetz müßte auf Grund der Zentrumsgestaltung verändert werden. Der ruhende Verkehr ist kapazitätsmäßig ausreichend ausgewiesen worden.

1 : 20 000







1 : 20 000



Nicht prämiiert

Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Gera

Dipl.-Ing. Lothar Bortenreuter
Dipl.-Ing. Karl Sommerer
Dipl.-Ing. Siegfried Hein
Gartenbauingenieur Wolfgang Hofmann
Architekt Günther Ignaczak
Dipl.-Ing. Dieter Jantke
Dipl.-Ing. Heinz Mahn
Bauingenieur Manfred Metzner
Dipl.-Ing. Konrad Molke
Dipl.-Ing. Walter Müller
Diplomgärtner Volker Petters
Dipl.-Ing. Günter Schumacher
Dipl.-Ing. Horst Vogler

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Hervorgehoben werden die Bemühungen der Verfasser, durch die Verteilung und Anordnung der zentralen Einrichtungen eine Verbindung zwischen den neuen und alten Teilen der Innenstadt herzustellen. Die Zentrumslösung bindet an die Hauptkommunikationswege an und schafft über die Zentrumslage Junkersand einen städtebaulich gestalteten Höhepunkt im Übergang zur Altstadt. Die an die historische Altstadt angrenzende Wohnbebauung ordnet sich in der Geschoßanzahl dem vorhandenen Maßstab ein, weist jedoch in der räumlichen Gestaltung wenig differenzierte Baukörper und Erlebnisbereiche aus.

Die übermäßige Domplatz- und Petersbergbebauung wird ungünstig beurteilt. In einzelnen städtebaulichen Räumen und Gruppierungen ergeben sich keine überzeugenden Lösungen. Dies betrifft die übermäßige Längenentwicklung der Baukörper entlang des südlichen Juri-Gagarin-Ringes sowie die Staffelform der Hochhäuser gegenüber der Kaufmännerkirche und die schematische Bebauung im Andreas- und Gotthardtviertel. Die Gesamtkonzeption zeigt eine sehr hohe Überbauung der Innenstadt, wobei an wichtigen Verkehrsknoten, insbesondere an der Krömpferstraße und an der Löberstraße, die Abstände unzureichend sind. Die Massierung der Gebäude zwischen Bahnhof und Junkersand führt zu einer Intensivierung des Verkehrs in drei Ebenen.

Die Verkehrslösung wird als zu aufwendig beurteilt und entspricht in einzelnen Teilen nicht den Verkehrsbeziehungen (Nordtangente). Die Führung der Straßenbahn im zentralen Bereich als Unterpflasterstraßenbahn wird ebenfalls als zu aufwendig angesehen. Die Ost-West-Erschließung bietet sich zu stark als Hauptverkehrsstraße an und zerschneidet damit das Zentrum.

Nicht prämiiert

Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

Professor Dr. e. h. Hans Schmidt
Dipl.-Ing. Konrad Lässig
Dipl.-Ing. Rolf Linke
Dipl.-Ing. Werner Rietdorf
Dipl.-Ing. Gerd Wessel
Dipl.-Ing. Herbert Pfeifer

Begründung des Preisgerichts

Die Gestaltung der Nahtstellen zwischen Alt und Neu ist unharmonisch. Positiv wird die direkte Führung der Fußgänger vom Bahnhof in den historischen Bereich beurteilt. Die aufgezeigten und erstrebenswerten Fußgängerbeziehungen parallel zur Bahnhofstraße werden jedoch durch zahlreiche Konfliktpunkte mit dem Straßennetz unterbrochen. Das vorhandene Grünsystem als Erholungsgrün wird stark reduziert, und die Möglichkeit einer Einbeziehung des Breitstromes wird nicht genutzt.

Das vorgeschlagene Prinzip der Verdichtung der Wohngebiete wird abgelehnt; die Stellung der Hochhausbebauung zueinander ist problematisch. Besonders die gesellschaftlichen Einrichtungen verfügen nicht über ausreichende Freiflächen.

Das Zentrum ist innerhalb des erweiterten Juri-Gagarin-Ringes unzureichend erschlossen. Der gewählte Nord-Süd-Durchbruch schafft trotz einer in der zweiten Phase vorgeschlagenen westlichen Domumgehung eine unerwünschte Funktionstrennung im Zentrumsbereich. Der ruhende Verkehr wurde für die Innenstadt zwar kapazitätsmäßig erfüllt, ist jedoch nicht ausreichend funktionsgerecht verteilt.

1 : 20 000





Elbufergestaltung Magdeburg

Aus der Ausschreibung

Die Stadt Magdeburg ist von ihren ersten Anfängen im frühen Mittelalter als Stadt am Strom gekennzeichnet.
Das Wettbewerbsgebiet ist die östliche Fortsetzung des alten Stadtkerns. Die über dem Geländebruch in einer Kette angeordneten historischen Bauten bilden einen optischen Abschluß zum Strom hin. Die mittelalterliche Stadt hatte nach der Elbe zu einen klaren Stadtrand entwickelt. Stadt und Strom waren aufeinander orientiert.
Es ist eine den örtlichen Besonderheiten entsprechende aussagekräftige, optimale und realisierbare Lösung zu finden, die sowohl gestalterisch als auch technisch-funktionell den einzelnen dargelegten Forderungen und Anregungen Rechnung trägt.
Unter anderem ist es Aufgabe des Wettbewerbes, einerseits die Anbindung der Stadt an den Strom wiederzufinden, andererseits eine organisch-gestaltete Verbindung zu dem Stadtteil am östlichen Brückenkopf herzustellen. Hierbei spielt die Orientierung auf die Ost-West-Magistrale des Strombrückenzuges eine hervorragende Rolle.
In den Bereichen, die mit landschaftsgestalterischen und gartenarchitektonischen Mitteln zu bearbeiten sind, soll angestrebt werden, Erlebnisbereiche zu schaffen, die dem Lebensgefühl des sozialistischen Menschen entsprechen und ihm Erholung und Behaglichkeit gewähren. Dabei wird angeregt, unter Wahrnehmung vorhandener Höhenunterschiede nach dem Prinzip der gestalterischen Steigerung und der Schaffung von Gestaltungsschwerpunkten zu verfahren.
Die Vorschläge im Bereich des Strombrückenzuges, als ersten Bauabschnitt, müssen der Bedeutung der Ost-West-Magistrale der Bezirkshauptstadt Rechnung tragen und in südlicher Richtung einen wahrnehmbaren Auftakt des Kulturparkes darstellen.
Im Bereich Brückfeld, dem Schwerpunkt des Hochbauteiles, ist mit Mitteln des komplexen Wohnungsbaus und auf der Grundlage des technisch-wissenschaftlichen Höchststandes im Bauwesen die effektivste, das heißt die ökonomischste und zugleich gestalterisch beste Lösung, anzustreben. Diesem großstädtischen Wohnensemble ist ein solches Gewicht zu geben, daß auch im Osten eine Stadtsilhouette entsteht.
Nach den derzeit vorliegenden Perspektivplänen (Entwicklungsvorstellungen) ist für eine Realisierung in Bauabschnitten nachfolgende zeitliche Abwicklung gegeben:

1. bis 1970 (Perspektivzeitraum)
2. bis 1975 (Prognosezeitraum)

Folgende Bauten innerhalb des Wettbewerbsgebietes und in dessen Einflußbereich stehen unter Denkmalschutz und sind bei der Gestaltung zu berücksichtigen:
Die Lucas-Klause, ein achteckiger Turm und Teil der mittelalterlichen Stadtbefestigung
Die Walloner-Kirche
Die Petri-Kirche
Die Magdalenen-Kapelle
Die ehemalige Johannis-Kirche am Brückenkopf, eine für Magdeburg allgemein typische Hallenkirche des 14. Jahrhunderts
Der beim Wallonerberg im Norden beginnende und mit Unterbrechung südwärts bis in den Dom-Bereich verlaufende Stadtmauerzug am Geländebruch
Der Turm „Kiek in de Köken", einer der ehemaligen drei Stadtmauertürme
Der weiter südwärts gelegene Turm an der Augenklinik, ebenfalls einer der drei Stadtmauertürme
Wallstraße 19, barockes Wohnhaus, jetzt Verwaltungsgebäude
Wallstraße 20, ehemaliges Oberpräsidium, jetzt Verwaltungsgebäude
Der Komplex des Klosters „Unser Lieben Frauen"
Die Gebäude an der Westseite des Domplatzes
Der Dom
Die Befestigungsanlage „Kavalier Scharnhorst" im Süden des Wettbewerbsgebietes
Vom Ostufer der Elbe und vom Strombrückenzug ist die charakteristische Silhouette der Stadt überschaubar und zur Zeit noch allein durch die historischen Bauwerke zwischen Walloner-Kirche und Dom betont. Die sich einfügende neue Bebauung erhält mit dem Volkshaus (als Ergebnis eines Wettbewerbes aus dem Jahre 1960 im Lageplan vorgegeben) als Abschluß einer Hochhauskette um das Stadtzentrum den kompositorischen Höhepunkt. Die städtebaulichen Elemente innerhalb der Stadtsilhouette müssen zusammengefügt werden. Besondere Bedeutung kommt dem Abschnitt zwischen Johanniskirche und Dom zu. Dieser Teil des Zentrums soll die „offizielle" Verbindung zwischen Stadt und Strom bilden.
Der derzeitige Ostteil des zentralen Platzes mit dem Parkplatz und den begrünten Böschungen im Brückenkopfbereich stellt ein Provisorium dar. Hier werden im Zusammenhang mit dem Volkshaus Vorschläge erwartet, die der Bedeutung dieses Mittelpunktes entsprechen und mit Mitteln der Gartenarchitektur und gegebenenfalls mit solchen der Kleinarchitektur eine Beziehung zur Elbe herstellen.
Östlich des Volkshauses bis in den Bereich des Klosters „Unser Lieben Frauen" sollen Anlagen im Erlebnisbereich der Elbe den zentralen Platz mit dem historischen Bereich um den Dom optisch und funktionell durch Grünanlagen und gesellschaftliche Einrichtungen verbinden.
Der zentrale Platz erhält durch den Komplex Elbehotel — Volkshaus — Johanniskirche den östlichen Abschluß und bildet damit ein städtebaulich markantes Element der Stadtsilhouette vom Ostufer her. Die Einführung in das unmittelbare Zentrum der Bezirkshauptstadt wird durch diesen westlichen Brückenkopf der Strombrücke gestalterisch geprägt.
Auf dem Gelände zwischen der Stadthalle und der Neuen Strombrücke soll mittels gesellschaftlicher Einrichtungen eine Verbindung zum Stadtzentrum geschaffen werden. Dazu gehören unter anderem Ausstellungshallen und der zentrale Festplatz der Stadt Magdeburg (etwa 1,5 ha) für die Frühjahrs- und Herbstfeste und Zirkusgastspiele. Für die Stadthalle (rund 3000 Plätze) und die genannten Einrichtungen sind die entsprechenden Parkplätze vorzusehen. Ferner ist ein Promenadenweg entlang der Kaimauer anstelle der vorhandenen Straße anzulegen.
Am östlichen Brückenkopf der Neuen Strombrücke ist als Betonung der Eingangssituation zum Kulturpark und der Einfahrt in das Stadtzentrum ein Monument (oder eine Großplastik) vorzusehen. Für den Standort wird die bastionsartig zu erweiternde Fläche südlich der Brücke benutzt. Das Monument sollte vom Inhalt her Beziehungen zur Geschichte der Stadt haben.
Der vorhandene Großbaumbestand ist grundsätzlich zu erhalten. Das gilt für alle Bearbeitungsgebiete um die erhaltenswerten Bäume an den Straßen, auf Privatgrundstücken und in bereits bestehenden Grünanlagen.
In diesem Gebiet sind für beide Bauabschnitte 1760 Wohnungseinheiten in industrieller Bauweise unter Anwendung der geltenden Wohnungstypen vorzusehen. Das entspricht bei 3,2 EW/WE 5632 Einwohnern. Der Bebauung ist demnach eine Einwohnerdichte von 425 EW/ha zugrunde zu legen. Außerdem sind folgende Gemeinschaftseinrichtungen unterzubringen:

Allgemeinbildende polytechn. Oberschule	930 Schülerpl.
Kindergarten	242 Plätze
Kinderkrippe	73 Plätze
Kaufhalle	450 m² Vfl.
Klubgaststätte	112 Gastplätze 56 Klubplätze
Bibliothek	5600 Bände
Waschzentrale	65 kg Waschleist.
Annahmestelle für Dienstleistungsbetriebe	140 m² Lagerfl.
Friseur	9 AK
Poststelle	2 Schalterpl.
Ambulatorium	1 Allg. Prakt. 1 Zahnarzt

Teilnehmer

An diesem Wettbewerb nahmen 13 Kollektive teil.

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Herr Herzig,
Oberbürgermeister von Magdeburg

Herr Stadtrat Schwartz,
Stellvertreter des Vorsitzenden,
Abteilungsleiter für Wasserwirtschaft und Verkehr

Herr Stadtrat Grecksch,
Abteilungsleiter für Kultur

Herr Scheuber,
Ständige Kommission Bauwesen
der Stadtverordnetenversammlung Magdeburg

Dr.-Ing. Michalk,
Stadtarchitekt von Magdeburg

Professor Dr. h. c. Bauch,
Technische Universität Dresden

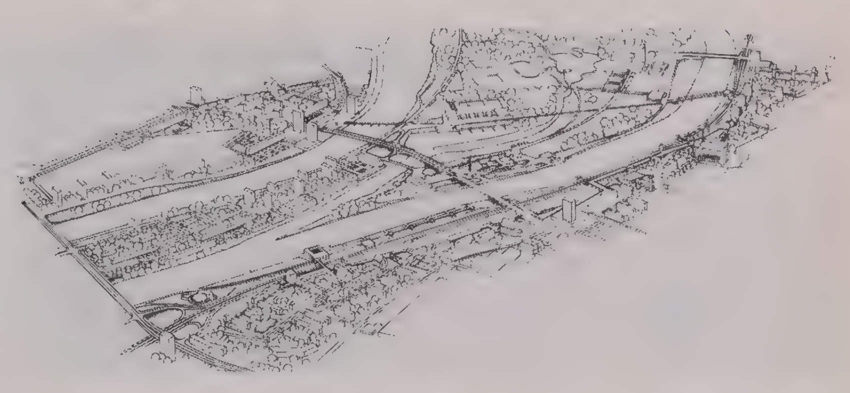
Professor Linger,
Humboldt-Universität Berlin

Dipl.-Ing. Schultz,
Direktor des Büros für Städtebau
des Rates des Bezirkes Magdeburg,
Vorsitzender des Bezirksvorstandes des BDA

Dipl.-Ing. Berg,
Stadtarchitekt von Potsdam

Dipl.-Ing. Berger,
Institut für Denkmalpflege Halle

1. Preis



Bauingenieur Peter Schuster
Bauingenieur Winfried Kurze
Gartenbauingenieur Wolfgang Seyer
Gartenbauingenieur Martin Röser
VEB Cottbusprojekt

Begründung des Preisgerichtes

Die Gesamtkonzeption entspricht in ihrem Charakter im wesentlichen den städtebaulichen und landschaftsgestalterischen Bedingungen des Stadtzentrums. Die zusammenhängende Führung der Terrasse zum zentralen Platz bis zum Wall bringt wertvolle Anregungen für die weitere Bearbeitung.

Die Anbindung der Werderspitze und des Kulturparks zeigen eine großzügige Lösung. Dabei wird jedoch die vorhandene Verkehrsführung negiert.

Die Einbindung des Freibades in den Kulturpark sowie die Gestaltung der Flächen zwischen Strombrücke und Stadthalle werden positiv bewertet. Der östliche Brückenkopf zeigt eine geschlossene städtebauliche Lösung. Dem vorgeschlagenen Abbruch der Anna-Ebert-Brücke kann nicht zugestimmt werden.

Die Bebauung zwischen Sternbrücke und Dom fällt von der großzügigen Gestaltung der übrigen Bereiche ab. Die Strombrücke wurde nicht an die Elbuferstraße angebunden; statt dessen erfolgte eine Anbindung der westlichen Stadtteile mit dem Brückfeld durch den Kulturpark. Diese Lösung kann nicht akzeptiert werden.



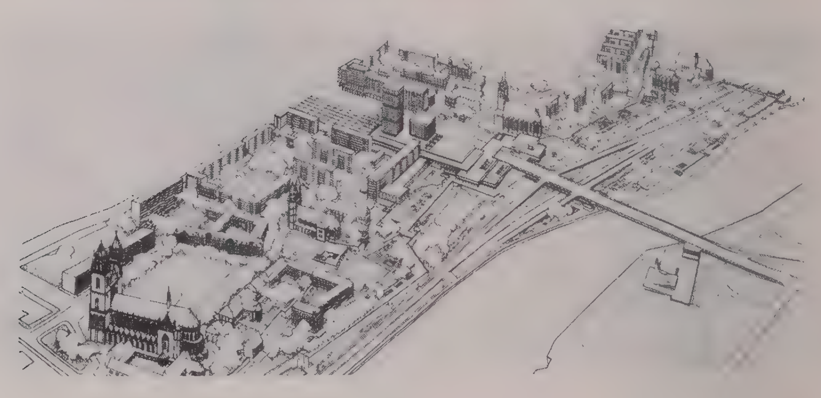
Bebauungsplan 1 : 15 000

Vogelschau

Teillageplan 1 : 7500

1 Gartenplastiken
2 Kloster „Unser Lieben Frauen"
3 Elbehotel
4 Café
5 Gaststätte
6 Volkshaus
7 Zentraler Platz
8 Rathaus
9 Johanniskirche
10 Volkspark
11 Jugendherberge
12 Ehrenmal

Ein 2. Preis



Dipl.-Ing. Ambros Georg Gross
Dipl.-Ing. Hans Dietrich Wellner
Bauingenieur Beate Lägel
Dipl.-Gartenbauingenieur Helmut Gelbrich
Leipzig



Begründung des Preisgerichtes

Mit der Ausbildung des Geländebruchs am zentralen Platz schlägt der Verfasser eine interessante Lösung vor. Die Herausarbeitung einer zusammenhängenden Terrasse zwischen Dom und zentralen Platz wird positiv bewertet. Die Weiterführung der Terrassen zu einer unmittelbaren Kombination bringt eine sehr wertvolle Bereicherung der Erlebnismöglichkeiten der landschaftlich reizvollen Situation. Die Verbindung zwischen Strombrücke und Stadthalle ist großzügig gestaltet; die Beziehung zu der geschwungenen Linienführung der landschaftlichen Situation ist jedoch nicht genügend ausgeprägt.

Die Eingangssituation mit der Großplastik wird positiv bewertet. Die gestalterische Idee für die städtebauliche Lösung im Bereich des östlichen Brückenkopfes kann nicht voll befriedigen, da die zur Straße geöffneten U-förmigen Wohngruppen aus dem Horizont des Fußgängers keinen geordneten Raumeindruck ergeben.

Mit der Stellung der Hochhäuser wird eine klare Akzentuierung des Brückenkopfes erreicht.



Bebauungsplan 1 : 15 000
Vogelschau
Teillageplan 1 : 7500

1 Fürstenwall
2 Freilichtmuseum
3 Elbhotel
4 Restaurant und Café
5 Elbterrassen
6 Volkshaus
7 Zentraler Platz
8 Telemann-Gedenkstätte
9 Monument
10 Ausstellungszentrum

Ein 2. Preis

Dipl.-Ing. Günter Stahn, Dresden
(Diplomarbeit bei Professor Funk, Technische Universität Dresden, Institut für Städtebau)

Aus der Begründung des Preisgerichtes

In der Gesamtkonzeption dieser Arbeit kommt eine Reihe wertvoller Ideen zum Ausdruck. Als besonders positiv wird die Gestaltung des westlichen Brückenkopfes mit der geschlossenen Terrassenführung zwischen Strombrücke und Dom hervorgehoben. Die Stellung des Volkshauses unmittelbar neben der Johanniskirche befriedigt nicht.

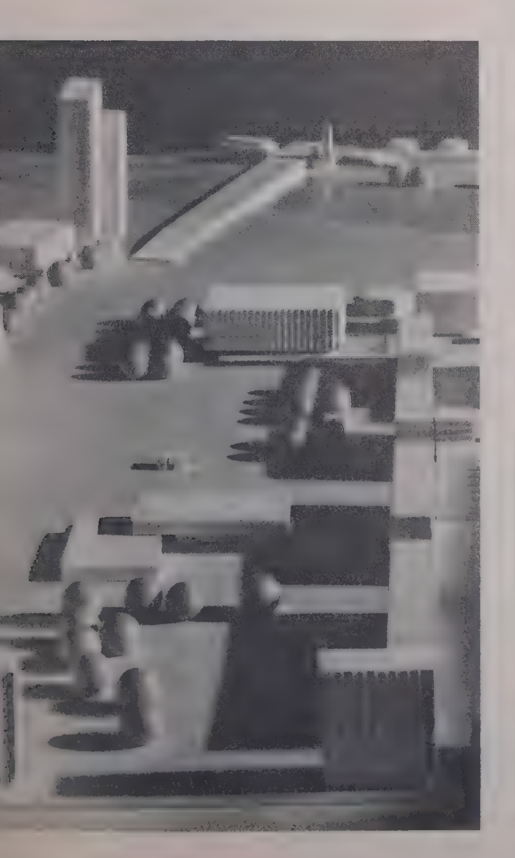
Für die Eingangssituation des Kulturparkes arbeitet der Verfasser im Zusammenhang mit dem Standort der Plastik eine großzügige Lösung heraus, wobei jedoch die vorhandene Verkehrsanbindung negiert wird. Die vorgeschlagene Verkehrsanbindung ist nicht möglich. Die Zuordnung der Ausstellungshallen zur Stadthalle ist gut gelöst. Für die städtebauliche Lösung des östlichen Brückenkopfes und des Werders schlägt der Verfasser eine überzeugende Lösung vor.

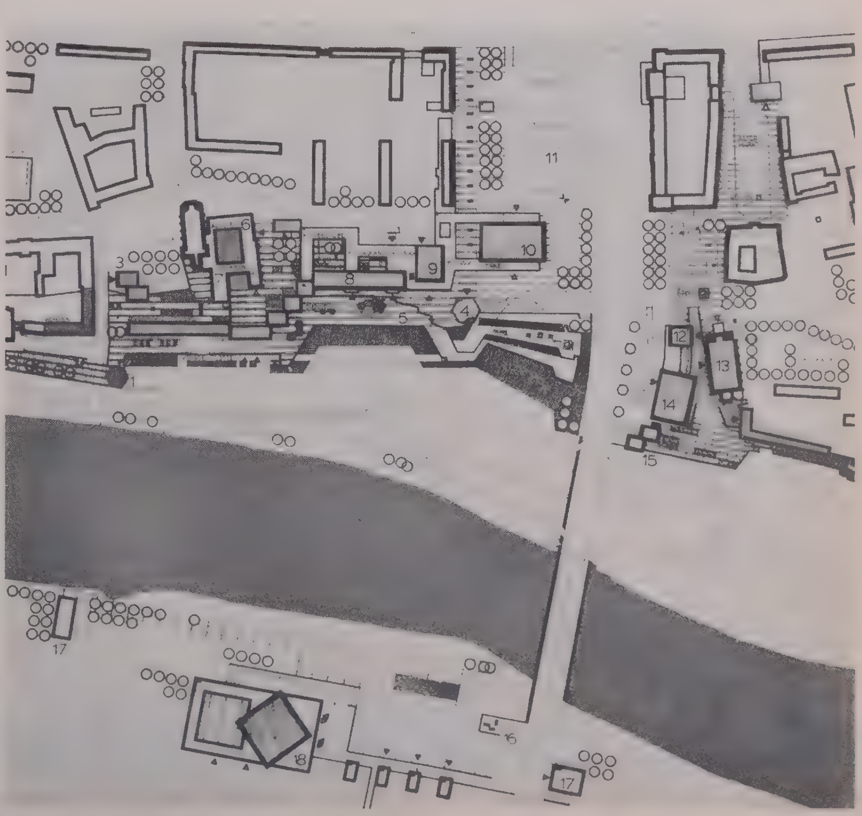
Modellfoto des Wettbewerbsgebietes

Modellfoto des zentralen Platzes

Teillageplan 1 : 7500

1 Restaurant
2 Konditorei
3 Clubs
4 Lesecafé
5 Terrassen
6 Ausstellung
7 Weinstube
8 Hotel
9 Bürogebäude
10 Jugendzentrum
11 Zentraler Platz
12 Terrassenrestaurant
13 Plenarsaal
14 Verwaltung
15 Volkshaus
16 Plastik
17 Gaststätte
18 Mehrzweckhalle (Sport)







3. Preis

Dipl.-Ing. Georg Timme, Halberstadt

Begründung des Preisgerichtes

Durch drei Gruppen von Hochhäusern, die an den entscheidenden Punkten eingeordnet werden, erreicht der Verfasser eine klare Absteckung des Elberaumes im Bereich des Stadtzentrums.

Die Lösung am westlichen Brückenkopf sowie die flache Bebauung vor dem Kloster bringen einen positiven Ansatz zur einheitlichen Gestaltung dieses Bereiches.

Der Vorschlag für die Umgestaltung des Elbebahnhofes bringt ebenfalls positive Anregungen.

Die Veränderung der Verkehrsführung durch die Aufhebung der Einmündung der Jakobstraße in die Wilhelm-Pieck-Allee ist nicht vertretbar. Die Zeilenbebauung auf dem Werder überzeugt nicht. Die richtige Akzentuierung auf dem östlichen Brückenkopf wird bei der Gesamtgestaltung dieses Bereiches nicht mit der gleichen Großzügigkeit durchgehalten.

Bebauungsplan 1 : 15 000

Teillageplan und Ansicht 1 : 7500

1 Museum für bildende Kunst
2 Klosterbibliothek
3 Läden, Café
4 Elbehotel
5 Terrasse
6 Volkshaus
7 Zentraler Platz
8 Wohnkomplex Jacobstraße

Ankauf

cand.-ing. Peter Himmel, Weimar
(Diplomarbeit bei Prof. Räder, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen)

Begründung des Preisgerichtes

Die wesentlichsten Gedanken bringt der Verfasser dieses Entwurfes bei der Gestaltung des Bereiches zwischen Strombrückenzug und Stadthalle zum Ausdruck. Die Eingangssituation, die Gruppierung der Ausstellungshallen, die Einordnung der Festplätze und des Freibades bringen wertvolle Anregungen für die weitere Bearbeitung. Die Gestaltung des westlichen Brückenkopfes entspricht nicht dem Charakter des Stadtzentrums. Das drückt sich besonders in der wenig großzügigen Terrassenführung und der Freiflächenbehandlung aus. Die städtebauliche Lösung für die Gestaltung des Wohngebietes im Brückfeld läßt keine klare Ordnung erkennen. Auf der relativ kleinen Fläche ist eine Vielzahl von Gruppierungen angeordnet, die nicht zu einem einheitlichen, großzügigen Ausdruck führen. Die Verkehrsführung im Bereich Brückfeld wird positiv bewertet.



Bebauungsplan 1 : 15 000
Teillageplan 1 : 7500

2 Kloster „Unser Lieben Frauen"
3 St. Johannis
7 Elbehotel
8 Volkshaus
15 Jugendherberge
17 Monument
18 Informationsgebäude
19 | 24 Restaurant

Auswertung der Ergebnisse des Wettbewerbes

Dr.-Ing. Heinz Michalk
Stadtarchitekt von Magdeburg

Für die Gestaltung des Stadtzentrums von Magdeburg hat die Elbe mit ihrer charakteristischen Aufgliederung in mehrere Flußarme eine besondere Bedeutung. Durch diese Situation ergibt sich zwischen östlichem und westlichem Brückenkopf des Strombrückenzuges die reizvoll gelegene Elbinsel mit dem Kulturpark „Rotehorn" als erstrangiges, zentrumsnahes Erholungsgebiet.

Der südliche Teil der Insel weist eine vollentwickelte Außenbestokkung auf und bietet sich damit vorwiegend für die passive Erholung an. Der vordere Teil, der unmittelbar dem Zentrum gegenüberliegt, soll in Anlehnung an die vorhandene Stadthalle und den Aussichtsturm intensiver für die aktive Erholung genutzt werden.

Von allen Teilen der Uferpromenade des Kulturparks hat man einen wundervollen Blick auf die Silhouette des Stadtzentrums.

Der stärkeren Beachtung dieser einmaligen landschaftlichen Situation im Zusammenhang mit der Rand- und Silhouettenbildung des Zentrums war der städtebauliche und landschaftsgestalterische Wettbewerb gewidmet.

Die Ausgangspunkte für den Wettbewerb lagen einerseits in dem bisher erreichten Stand des Wiederaufbaus des Stadtzentrums und andererseits in den umfangreichen Aufgaben, die im Perspektiv- und Prognosezeitraum im Wettbewerbsgebiet zu verwirklichen sind.

Während die Beziehung der Stadt und besonders des zentralen Bereiches zur Elbe durch die Bebauung im Mittelalter und in der Gründerzeit nicht sehr stark ausgeprägt war, wurde mit dem Wiederaufbau in der Schaffung einer großzügigen Ost-West-Achse bereits ein eindeutiger Ansatzpunkt für die Beziehung zum Fluß gegeben. Dabei konzentrierten sich die Überlegungen des bisherigen Wiederaufbaus besonders auf den westlichen Brückenkopf der Strombrücke und die Ufergestaltung im Bereich des Wohngebietes Jakobstraße. Das Kernstück, der Bereich zwischen Strombrücke und Dom, hatte in den bisherigen Vorstellungen noch nicht die erforderliche Rolle gespielt.

In der Ausschreibung des Wettbewerbes war gefordert worden, Vorschläge zu erarbeiten, die neue Ideen für eine typische Einbeziehung des Stadtzentrums in den Elbraum und die Einbeziehung der Elblandschaft in die Komposition des Zentrums bringen, was besonders durch die Konzipierung der Ost-West-Achse und die Gestaltung des westlichen Brückenkopfes mit der Verbindung bis zum Dom zum Ausdruck kommen mußte. Weiterhin galt es, die Hauptmagistrale der Stadt, die durch den Verlauf der Elbe bestimmt ist, durch die städtebauliche und landschaftliche Gestaltung herauszuarbeiten.

In den 13 Arbeiten, die zur Auswertung eingereicht wurden, kommen viele wertvolle Gedanken zum Ausdruck, die entscheidend zur Entwicklung der gestalterischen Konzeption beitragen werden.

Nach einer ersten Auswertung ergibt sich für die Gesamtkonzeption folgendes Grundprinzip:

Auf der Seite des konkaven Ufers im Bereich des Zentrums erfolgt eine rhythmische Reihung von unterschiedlichen Höhendominanten, die durch die geschwungene Uferführung im Erlebnisraum der Elbe eine reizvolle und abwechslungsreiche Komposition ergeben und den Bereich des Stadtzentrums im gesamten Flußverlauf herausheben. Erreicht wird diese Absicht, indem zu den vorhandenen Dominanten der kulturhistorischen Baudenkmale und dem geplanten Volkshaus am zentralen Platz eine weitere Betonung an den Endpunkten des konkaven Bogens im Bereich der Wilhelm-Pieck-Brücke und der ehemaligen Sternbrücke erfolgt.

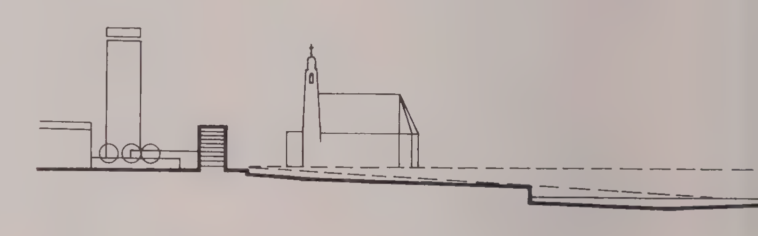
Dieser Reihung unterschiedlicher Höhendominanten auf dem Westufer soll auf dem östlichen Brückenkopf eine Dominante gegenüberstehen, die aus einer Gruppe von Wohnhäusern gebildet wird. Die Höhe dieser Gebäude muß so bemessen sein, daß sie optisch die Gesamtdistanz von etwa 700 Metern zwischen den beiden äußeren Brückenköpfen überspannt. Der Bereich zwischen dem östlichen und dem westlichen Brückenkopf mit der Eingangssituation in den Kulturpark und der Anbindung des Werders sollte keine Höhendominante erhalten, damit die gesamte Breite des Elbraumes durch die Betonung der Distanz erlebbar wird.

Schwerpunkt der Bearbeitung war die Ufergestaltung am westlichen Brückenkopf. Hier galt es, die Möglichkeiten der Verbindung von zentralem Platz und Elbraum in einer wirkungsvollen gestalterischen Konzeption zu fassen. Von den Verfassern der besten Arbeiten (Kollektiv Röser, Kollektiv Gross und Stahn) wird vorgeschlagen, den Geländebruch durch Terrassen aufzunehmen und mit der vorhandenen Terrasse „Auf dem Wall" zu verbinden — ein ausgezeichneter Gedanke, der zu einer großzügigen Lösung des gestellten Problems führt. Dabei ist jedoch die leistungsfähige Verkehrsanbindung der Elbuferstraße an die Wilhelm-Pieck-Allee, die bei diesen Entwürfen im Gegensatz zur vorgegebenen Lösung verändert worden ist, nicht möglich.

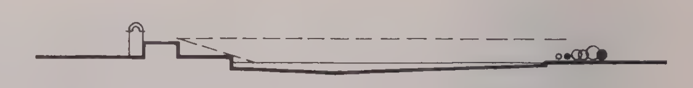
Vom Preisgericht wurde dem Auslober empfohlen, zugunsten einer großzügigen Gestaltung dieser Nahtstelle auf die vorgesehene Verkehrsanbindung zu verzichten und den Verkehr über die vorhandene Anbindung Johannisberg sowie über die großzügig auszubauende Anbindung an der Wilhelm-Pieck-Brücke abzuwickeln.

Ein Problem, das im Rahmen des Wettbewerbes noch nicht genügend Beachtung gefunden hat, ist die Sichtbeziehung von der geplanten Terrasse vor dem Volkshaus zum Fluß.

Durch die zurückgezogene Lage des Geländebruches ergeben sich Sichtverhältnisse, die eine unmittelbare Einbeziehung des Wassers nur bedingt zulassen. Unterhalb der Waagerechten ist nur ein Blickwinkel von rund 4° möglich, wodurch die Wasserfläche von der Ufermauer weitgehend überschnitten wird.

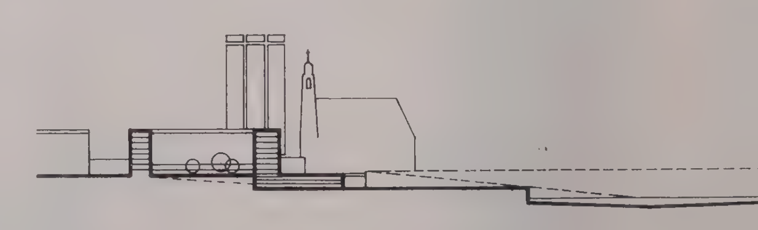


Bei der Brühlschen Terrasse in Dresden ergibt sich dagegen ein Blickwinkel von rund 20°.



Ziel der weiteren Bearbeitung muß es sein, die Terrassen so weit vorzuziehen, daß sich eine eindeutige Sichtbeziehung zum Wasser ergibt.

Der dabei gewonnene unterirdische Raum soll für die Unterbringung von Großgaragen genutzt werden.



Neben den Vorschlägen zur Gestaltung des westlichen Brückenkopfes kommen in den prämiierten Wettbewerbsarbeiten viele wertvolle Gedanken zur Gestaltung des Kulturparks, des östlichen Brückenkopfes und der übrigen Bereiche zum Ausdruck.

In der Auswertung des Wettbewerbes sollen die positiven Gedanken zusammengefaßt und zu einer einheitlichen Konzeption für eine langfristige etappenweise Fertigstellung und Umgestaltung des gesamten Gebietes verdichtet werden.

Innenstadt Prenzlau

Aus der Ausschreibung

Die Stadt Prenzlau ist als Kreisstadt des Kreises Prenzlau der politische, kulturelle und ökonomische Mittelpunkt des Kreises. Prenzlau gehört zu den am weitesten entwickelten Städten des Bezirkes Neubrandenburg. Es ist hinsichtlich seiner Größe, seines Industrialisierungsgrades und seiner funktionellen Bedeutung etwa mit den Städten Pasewalk oder Neustrelitz vergleichbar. Prenzlau ist zugleich die einzige Stadt im Kreise, die nächstgrößere Gemeinde ist Gramzow mit 1850 Einwohnern.

Im Zuge der schrittweisen Entwicklung des Bezirkes Neubrandenburg vom Agrarbezirk zum Agrar-Industriebezirk wird auch der Kreis Prenzlau einen Strukturwandel in der Periode bis 1980 erfahren. Die hauptsächlichsten Einflußfaktoren sind hierbei die Entwicklung der Lebensmittelindustrie (Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohprodukte) sowie die Entwicklung des Armaturenwerkes im Zusammenhang mit dem Erdölverarbeitungswerk Schwedt und der Schiffsindustrie. Von Bedeutung für die Entwicklung der Stadt ist weiter ihre günstige Lage an der Hauptverkehrsader zwischen den südöstlichen Bezirken der Republik und der Ostseeküste (Usedom und Rügen). Der Transitverkehr von Berlin nach Saßnitz und von Szczecin über Neubrandenburg nimmt von Jahr zu Jahr zu.

Die Einwohneranzahl der Stadt erreichte Anfang des zweiten Weltkrieges mit rund 27 000 ihren Höchststand. Durch Kriegseinwirkungen sank sie trotz starken Zustromes auf unter 19 000 ab. Die in der ökonomischen Direktive aufgestellte Bilanz der Bevölkerungsbewegung weist bis 1980 eine Entwicklung auf 36 000 Einwohner aus.

Durch das im Bau befindliche Armaturenwerk im Nordosten der Stadt wird sich der Anteil des Bereiches Industrie wesentlich erhöhen.

Das Wettbewerbsgebiet umfaßt im wesentlichen den im Krieg zu 85 Prozent zerstörten Altstadtkern (Gebiet innerhalb der Stadtmauer mit etwa 60 ha Bauland).

Die von der mittelalterlichen Stadt eingenommene Fläche zeichnet mit ihren, den Höhenschichtlinien folgenden vier Längsstraßen im Parallelsystem und den in gleicher Anzahl ausgebildeten Querstraßen ein gedrücktes Fünfeck nach, dessen Grundlinie im Osten und dessen Spitze im Westen liegt. Das Gerüst dieser charakteristischen, aus den landschaftlichen Gegebenheiten hervorgegangenen Form der Stadt bildet das Straßennetz, das in seiner Gesamtform innerhalb der alten Mauerumgrenzung erhalten werden soll.

Das gegenwärtige Stadtbild wird von den nach dem Krieg errichteten Wohnungsbauten, den mittelalterlichen Tortürmen und Resten der Stadtmauer und der Ruine der Marienkirche geprägt. Typische Gestaltungsmerkmale sind zur Zeit nur den historischen Bauwerken und dem nördlichen Teil der Straße der Republik mit dem Kino, dem Hotel und den Ladenbauten eigen, der in den Jahren 1955/56 unter Verwendung historisierender Stilelemente bebaut wurde.

Im Wohnungsbau ist die Entwicklung unserer Bauweisen und Technologien ablesbar. Da in der Vergangenheit nach verschiedenen Bebauungsplänen Teilabschnitte der Stadt hauptsächlich durch Wohnungsbauten wiederaufgebaut wurden, ergibt sich insbesondere in städtebaulicher Hinsicht ein unbefriedigender und zerrissener Gesamteindruck ohne Höhepunkte, der der politischen, ökonomischen und kulturellen Bedeutung der Stadt nicht gerecht wird.

Es ist Aufgabe des Wettbewerbes, Vorschläge für die künftige Gestalt des Stadtgebietes innerhalb der Stadtmauer zu machen, die auf Grund der historisch gewachsenen Situation, der topografischen Lage sowie der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Stadt zur Formung eines unverwechselbaren Stadtbildes mit differenzierter Raumbildung beitragen. Hierbei sind denkmalwürdige Bauten und neue Bebauung in Maßstab und Architektur so zueinander in Beziehung zu bringen, daß eine gegenseitige Steigerung zum Nutzen der Gesamterscheinung der Stadt als Ausdruck des sozialistischen Städtebaus erreicht wird. Das Wettbewerbsgebiet soll das gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Zentrum der Stadt werden.

Die Straße der Republik ist als Fußgängerbereich auszubilden, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Straße im Norden durch die Stadtmauer geführt werden soll und dann die Fußgängerverbindung zum WK III bildet. Besondere Aufmerksamkeit ist der Verbindung zwischen der Stadt und dem See zu schenken. Hier ist zu berücksichtigen, daß Prenzlau noch zum Naherholungsgebiet von Schwedt gehört und die Nutzung des stadtnahen Seeufers für Erholungszwecke zunehmen wird. In diesem Zusammenhang ist die Bebauung an den Rändern der Altstadt so zu konzipieren, daß die mittelalterliche Stadtmauer auf durchgehend geführten Spaziergängerwegen innerhalb und außerhalb des Mauerzuges umschritten werden kann.

Von großem Wert für die städtebauliche und architektonische Eigenart der Innenstadt ist die Marienkirche. Bei einer Anordnung und Gestaltung neuer architektonischer Dominanten ist in Stellung und Maßstab von den wichtigsten Blickpunkten aus auf ein gutes Zusammenwirken mit der Marienkirche als einem Denkmal von internationalem Kunstwert zu achten. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, die Marienkirche zum Mittelpunkt der städtebaulichen Planung zu machen. Die Kirche soll mit ihren Baumassen den Rahmen für einen neuen politischen, geistigen und kulturellen Mittelpunkt der Stadt abgeben. Es sollte eine solche Lösung gefunden werden, daß dem Stadtzentrum in diesem Sinne unter Einbeziehung der Baudenkmäler ein sozialistisches Gepräge gegeben wird.

Programm

Im Wettbewerbsgebiet sind vorwiegend zentrale Handels- und Dienstleistungseinrichtungen konzentriert. Darüber hinaus sind verschiedene Kultur- und Bildungseinrichtungen, Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie einige sonstige zentrale Einrichtungen vorgesehen. Gefordert wird eine maximale Konzentration zentraler Einrichtungen an den vom Verfasser gewählten Hauptfußgängerwegen sowie am zentralen Platz.

■ Handel und Versorgung
Warenhaus mit etwa 3100 m² Verkaufsfläche
Industriewarenvertriebsstelle mit Reparatur
Theatergaststätte
Milchbar und Blumenverkaufsstelle
Erweiterung des Hotels „Uckermark" durch ein Bettenhaus mit etwa 200 Betten
Gaststätte mit 60 bis 80 Plätzen

■ Kultur und Sport
Haus der Jugend und Kultur mit Tanzgaststätte mit 300 Plätzen, Probenräumen für das Staatliche Dorftheater Prenzlau, Vortragsräumen, Zirkelräumen, einer Kreisbibliothek mit 40 000 bis 50 000 Bänden sowie einem Standesamt
Umbau und Erweiterung des Filmtheaters in der Straße der Republik zu einem Mehrzwecktheater

■ Volksbildung
Eine 26klassige Schule mit Turnhalle
Zwei kombinierte Kinderkrippen — Kindergärten

■ Gesundheitswesen
Apotheke
Drogerie

■ Dienstleistungen
Annahmestelle für Wäsche, Fernseh- und Rundfunkgeräte
Zwei Bedürfnisanstalten
Kosmetiksalon
Friseursalon

Teilnahme

Es sind insgesamt 25 Wettbewerbsarbeiten eingesandt worden. Nach drei Rundgängen wurden durch das Preisgericht 8 Arbeiten ausgezeichnet.

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Professor Funk,
Technische Universität Dresden

Dr. Schlopsnies,
Ministerium für Bauwesen

Dipl.-Ing. Dutschke,
Deutsche Bauakademie

Herr Pilz,
Institut für Denkmalpflege Schwerin

Herr Kraus,
Bezirksarchitekt Neubrandenburg

Dipl.-Ing. Kluge,
Büro für Territorialplanung Neubrandenburg

Dipl.-Ing. Karrasch,
VEB Hochbauprojektierung Neubrandenburg

Dipl.-Ing. Diege,
VEB Hochbauprojektierung Neubrandenburg

Bau-Ing. Saß,
VEB Hochbauprojektierung Neubrandenburg

Herr Guter,
1. Sekretär der SED-Kreisleitung Prenzlau

Herr Klünder,
Vorsitzender des Rates des Kreises Prenzlau

Herr Pahl,
Kreisbaudirektor von Prenzlau

Herr Lemke,
Stellvertretender Bürgermeister von Prenzlau

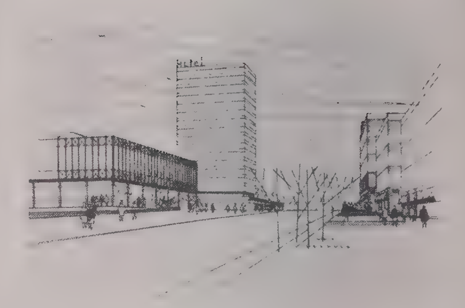
Herr Fürli,
Stellvertretender Bürgermeister von Prenzlau

Herr Eichmann,
Stadtbaurat von Prenzlau



1. Preis

Dr.-Ing. Rudolf Lasch
Dipl.-Ing. Rolf Grebbin
Dipl.-Ing. Siegfried Fischer
Dipl.-Ing. Manfred Bengelsdorf
Ingenieur Erika Thurow
Dipl. hort. Viktor v. Stengelin
Rostock



Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser ging davon aus, den zentralen Platz und den Fußgängerbereich im Zusammenhang und in Abhängigkeit mit der gesamten Innenstadt zu lösen.
Es ist ihm gelungen, eine einheitliche, straffe Gesamtkomposition zu schaffen. Das drückt sich darin aus, daß er die Dominanten so verteilt hat, daß sie sowohl in der Silhouette eine gute Wirkung ergeben als auch innerhalb der Hauptstraßenräume des Stadtzentrums.
Der Versuch, den Stadtrand straff zu fassen, wird besonders anerkannt.
Der Verfasser bildet im Bereich zwischen Kirche und Hotelerweiterung zwei durch das Haus der Kultur getrennte, annähernd gleich große Platzräume. Dadurch wird der westliche der beiden Plätze vom Fußgängerbereich abgetrennt. Er gibt die Möglichkeit, künftige, zur Zeit noch nicht erkennbare Zentrumsfunktionen, insbesondere an seiner Nordseite, unterzubringen.
Der Fußgängerbereich im Zuge der Straße der Republik ist abwechslungsreich gestaltet. Allerdings erfüllt das Warenhaus nicht die Anforderungen des Handels in technologischer Hinsicht. Die bauliche Verbindung des Hauses der Jugend mit dem Warenhaus verhindert unschöne Einblicke vom zentralen Platz nach Westen.
Die architektonische Gestaltung, vor allem des Warenhauses und des Hauses der Kultur, wird in Maßstab und Gliederung dem Prenzlauer Milieu gerecht.

1 Isometrie des Wettbewerbsgebietes

2 Blick von der F 109 auf das Hotel

3 Haus der Jugend und Kultur, Warenhaus und Filmtheater

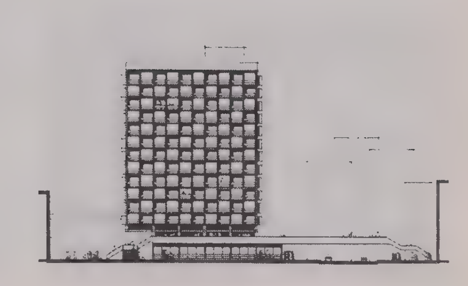
4 Neuer Markt

5 Alter Markt

2. Preis

Dipl.-Arch. Bernd Czysch
Halle (Saale)





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser hat versucht, das gesamte Wettbewerbsgebiet zu gestalten. Es ist ihm gelungen, eine einheitliche, straffe Lösung zu schaffen, die eine städtische Atmosphäre ausstrahlt. Durch die Anordnung von sechs gleichartigen Wohnhochhäusern, die zum Hochhauskörper des Hotelneubaus in gewisser Beziehung stehen, soll eine Bereicherung der Stadtsilhouette erzielt werden. Die Anzahl dieser Punkthäuser müßte jedoch ohne Schaden für den Gesamtentwurf reduziert werden. Einige dieser Punkthäuser betonen in günstiger Weise die innerstädtischen funktionellen Beziehungen.

Der westliche Stadtrand ist unbefriedigend gelöst.

Für das Kulturhaus am zentralen Platz wird eine interessante Lösung vorgeschlagen, die das Gefälle am zentralen Platz zur Marienkirche hin geschickt ausnutzt.

Es wird anerkannt, daß der Fußgängerbereich von der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße über den zentralen Platz zur Richard-Steinweg-Straße weitergeführt wird.

Die Südseite der Ernst-Thälmann-Straße ist gestalterisch besonders gut gelöst.

Es wird weiter anerkannt, daß der Entwurf eine gute Baulandausnutzung aufweist und dadurch einen hohen ökonomischen Nutzeffekt ermöglicht.

Hervorzuheben ist die Lösung der Fußgängerführung von der Straße der Republik zum See.

1 Isometrie des Wettbewerbsgebietes

2 Hotelkomplex

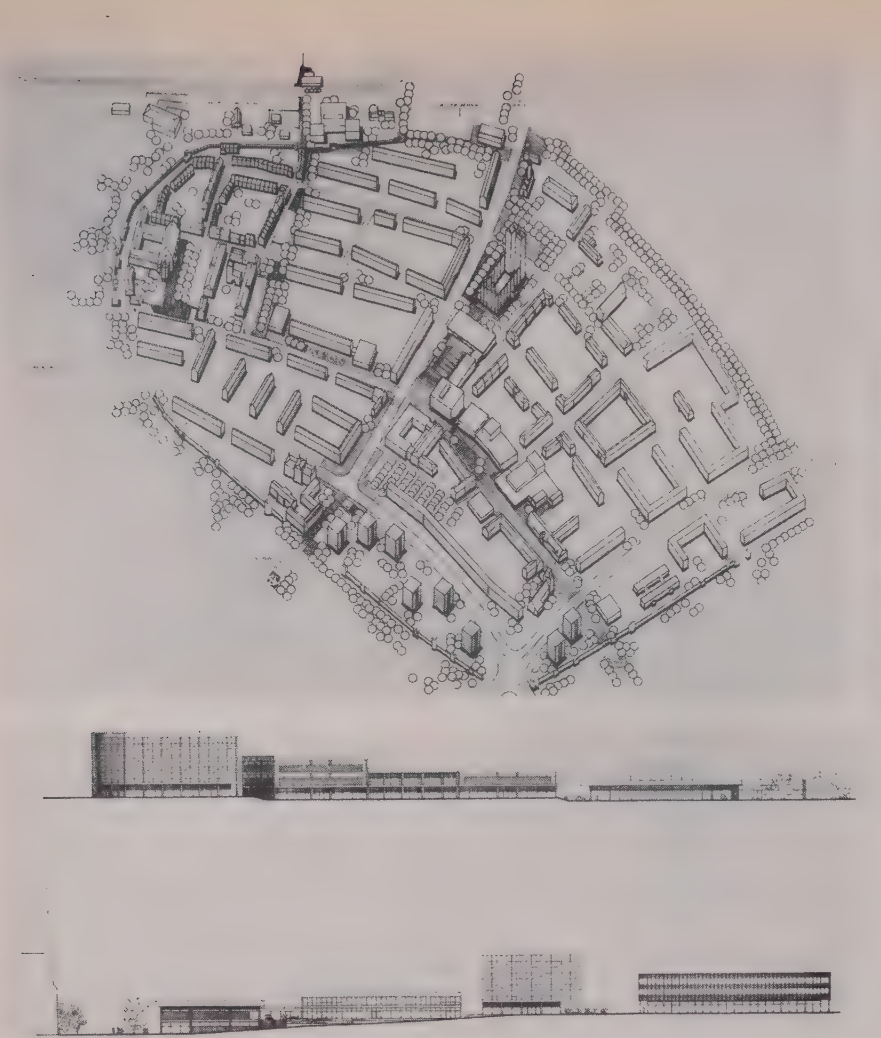
3 Abwicklung südliche Platzwand

4 Abwicklung nördliche Platzwand

5 Hotelkomplex Grundriß

6 Warenhaus Grundriß

1. Prämie



Dr.-Ing. Harald Linke
Dipl.-Ing. Peter Albert
Dipl.-Ing. Reingard Albert
cand. arch. Gerhard Kernert
cand. arch. Klaus Mann
Dresden

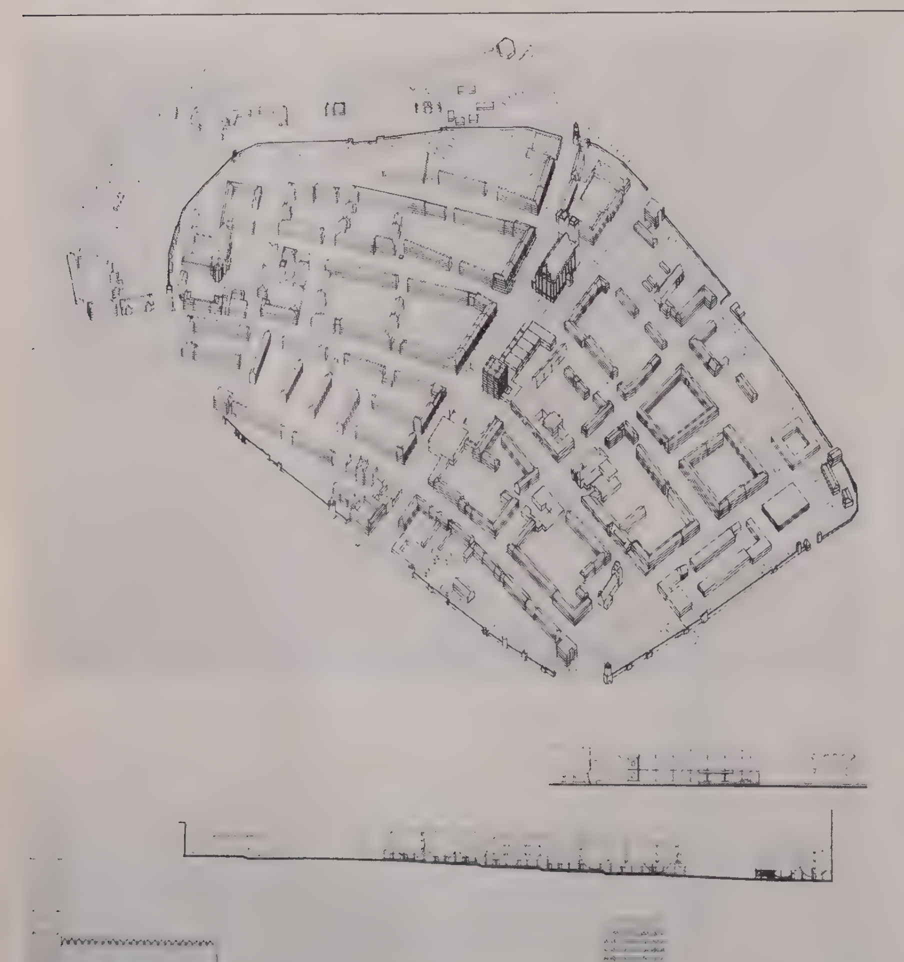


Aus der Begründung des Preisgerichtes

Es wird anerkannt, daß der Verfasser versucht, den zentralen Platz in Anlehnung an die städtebauliche Situation vor der Zerstörung der Stadt in Ost-West-Richtung zu entwickeln. Dabei wird die Platzgröße für möglich gehalten. Die Höhenentwicklung der Platzumbauung wird jedoch den Abmessungen des Platzes nicht gerecht.

Es wurde versucht, den Fußgängerbereich im nördlichen Abschnitt der Straße der Republik abwechslungsreich zu gestalten, wobei eine Verringerung der Straßenraumbreite, insbesondere im Bereich des Warenhauses, sich günstig auswirken würde. Die Anordnung der Punkthäuser im nordöstlichen Bereich der Stadtmauer steht nicht im Einklang mit der Komposition der Stadt.

2. Prämie



Dipl.-Ing. Bernd Heber
Dipl.-Ing. Hans Petzold
Technische Universität Dresden

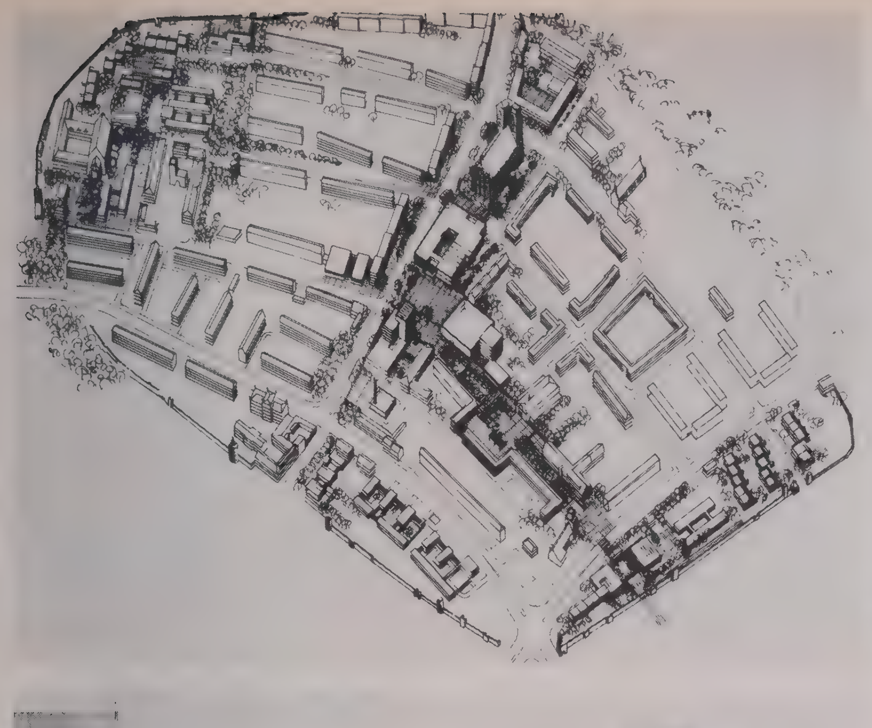


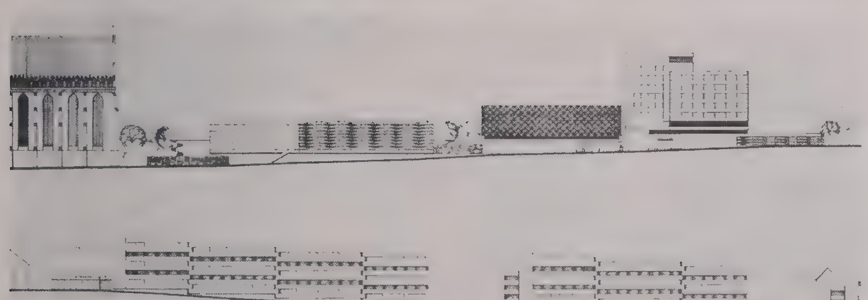
Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser hat versucht, das gesamte Wettbewerbsgebiet zu gestalten, wobei er besonders die Fußgängerbereiche betont. Er schlägt das Hotel als Hochhaus auf dem Ernst-Thälmann-Platz gegenüber dem Hotel Uckermark vor. Damit schafft er einen Blickpunkt, der aus mehreren Richtungen sichtbar ist und zum Zentrum hinführt.

Die westliche Begrenzung des Stadtkerns ist in Beziehung zum See gestalterisch jedoch nicht befriedigend.

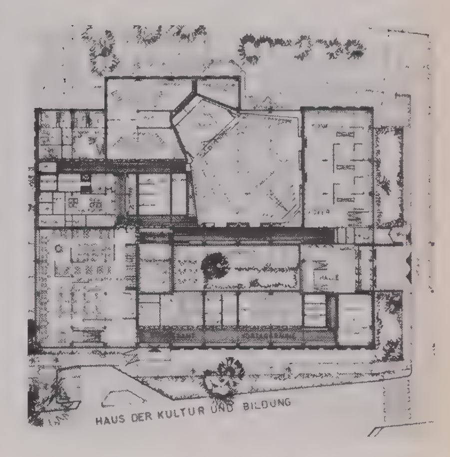
Der Verfasser hat sich Gedanken über die Herausnahme des Fernverkehrs aus dem Stadtzentrum gemacht. Die vorgeschlagene Führung ist jedoch im weiteren Verlauf außerhalb des Wettbewerbsgebietes verkehrstechnisch nicht möglich.





3. Prämie

Dipl.-Ing. Peter Baumbach
Dipl.-Ing. Ute Baumbach
Dipl.-Ing. Dieter Schulze
Dipl.-Ing. Robert Waterstraat
Rostock



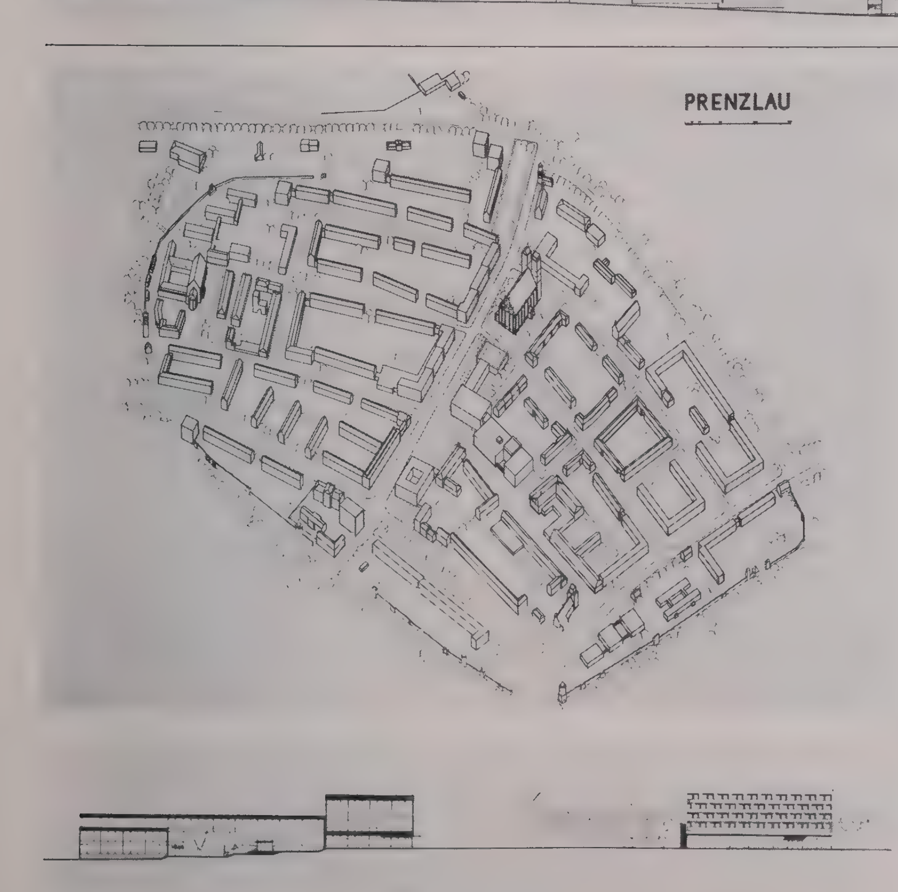
Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser bringt im Bereich des Mitteltores, im südlichen Altstadtbereich und im nordöstlichen Bereich der Stadtmauer wertvolle Anregungen sowohl in funktioneller als auch in städtebaulich-gestalterischer Hinsicht.

Der Vorschlag, den Theatersaal im Komplex des Hauses der Jugend und Bildung einzuordnen, wird anerkannt, obwohl die dargestellte architektonische Form nicht überzeugt.

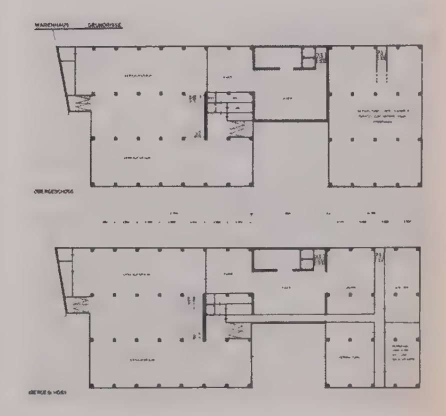
Das Bettenhaus der Hotelerweiterung verbaut ungünstig den Eingang zum Fußgängerbereich.

Im Bereich des zentralen Platzes und der Fußgängerzone entlang der Straße der Republik können sowohl die grundrißliche Lösung als auch der Massenaufbau nicht überzeugen.



4. Prämie

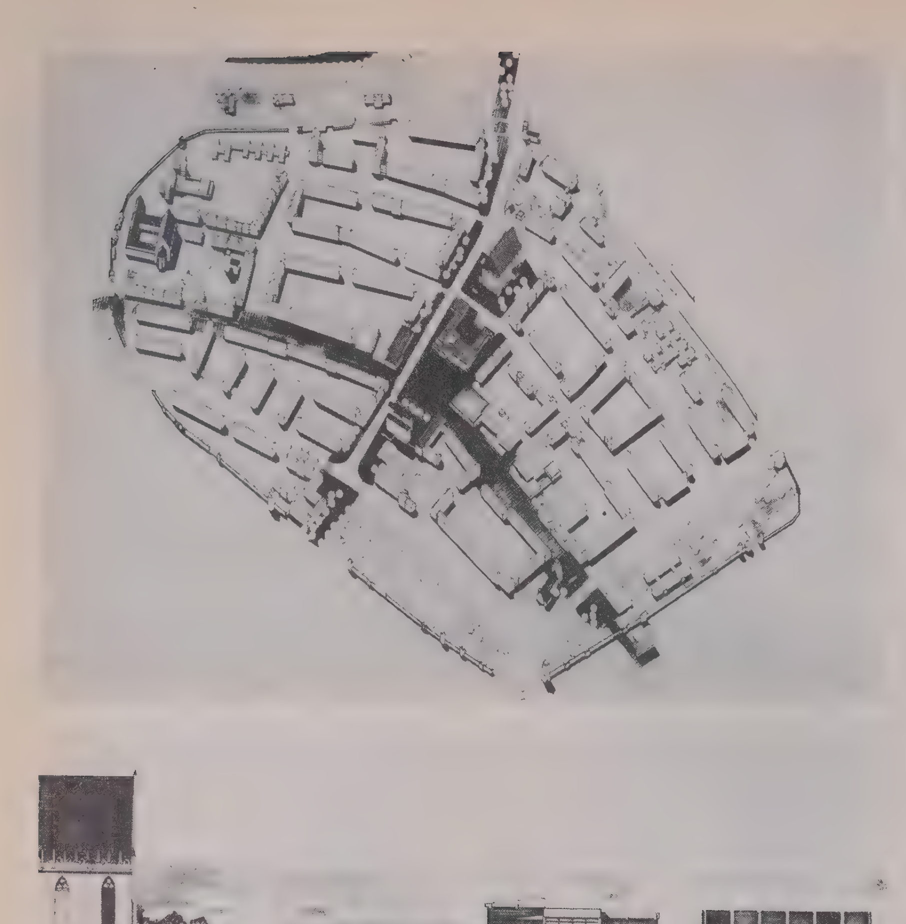
cand. arch. Wolf Rüdiger Eisentraut
cand. arch. Karl-Heinz Gabriel
Oberingenieur akad. arch. Helmuth Francke
Dipl.-Ing. Bernhard Gräfe
Technische Universität Dresden



Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser hat sich bei seinem Entwurf auf die Gestaltung des Bereiches des zentralen Platzes konzentriert. Die räumliche Lösung bietet gute Anregungen. Er hat durch eine Folge von verschiedenartigen Räumen eine abwechslungsreiche Gestaltung erzielt, die jedoch eine entschiedenere Differenzierung vertragen. Gut gelöst ist die Ausbildung des Hotelneubaus; jedoch müßte der Baukörper weiter nach Westen und Süden verschoben werden.

Der Verfasser hat sich bemüht, den westlichen Stadtrand straff zu fassen. Der Standort des Punkthauses an der Ernst-Thälmann-Straße Ecke Littmannstraße begrenzt den Zentrumsbereich unter gleichzeitiger Betonung des Eingangs zum Stadtpark.



5. Prämie

Dipl.-Ing. Volkrad Drechsler
Dipl.-Ing. Günter Reiss
Dipl.-Ing. Andreas Roschig
Dipl.-Ing. Helmuth Sprenger
Dresden





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser hat eine städtebaulich-räumliche Fassung des nördlichen Teils der Straße der Republik zum zentralen Platz geschaffen. Der Fußgängerbereich wird bis zum südlichen Teil der Stadt fortgesetzt.

Die westliche Randzone der Innenstadt ist nicht bewältigt.

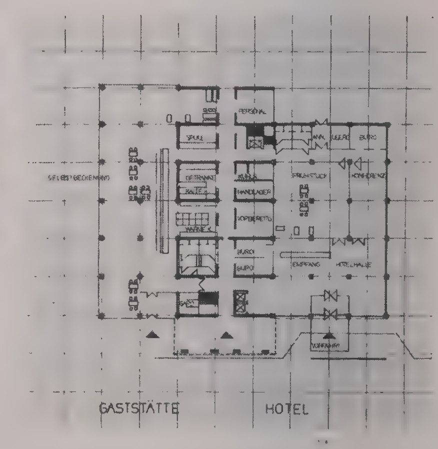
Die südliche Bebauung am zentralen Platz entspricht in der vorgeschlagenen Form nicht der an dieser Stelle notwendigen Zusammenfassung der vorhandenen Wohnbausubstanz.

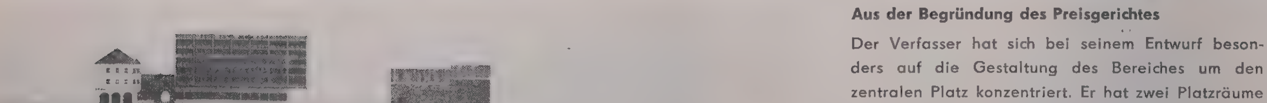
Hervorzuheben ist die sorgfältige Durcharbeitung der übrigen Bebauung am zentralen Platz.

---

6. Prämie

Dipl.-Ing. Manfred Jäkel
Dipl.-Ing. Joachim Ludewig
Dipl.-Ing. Barbara Ulbrich
Berlin





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser hat sich bei seinem Entwurf besonders auf die Gestaltung des Bereiches um den zentralen Platz konzentriert. Er hat zwei Platzräume geschaffen. Der eine Platz umfaßt den Hotel- und Warenhausbereich. Der zweite Platz zwischen Marienkirche und Straße der Republik wird als kultureller Bereich ausgebildet. Die Westfront dieses Platzes steht in gestalterisch gutem Verhältnis zum Giebel der Marienkirche.

Die Gesamtkomposition des Stadtkerns, insbesondere auch seine westliche Begrenzung, ist nicht genügend bewältigt.

UIA-Studentenwettbewerb „Kleine Wohngruppe mit 250 Wohnungen“

Professor Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Dresden

Während sich die Architekten der Welt alle 2 bis 3 Jahre auf ihr Treffen vorbereiten, um sich während der Kongreßtage mit mehrfach überlagerten Vorträgen zu strapazieren, bringen die Studenten und künftigen Architekten ihren Beitrag zum gegebenen Thema in Form eines Studienprojektes zum Tagungsort. Zum sechsten Male schrieb der Internationale Architektenverband anläßlich seines Kongresses einen Wettbewerb unter den Architekturschulen aus.

Für Paris (1965) erträumten sich die Architekturstudenten der verschiedenen Länder ihre Ausbildungsstätte entsprechend dem Kongreßthema „Ausbildung der Architekten“.[1] Zur Problematik des Prager Kongresses „Architektur und Umwelt des Menschen“ waren sie aufgefordert, ihre Vorstellungen für eine kleine Wohngruppe mit den notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen zu unterbreiten. Es sollte sich, um dem Umfang des Entwurfes Grenzen zu setzen, nicht um einen ganzen Wohnkomplex handeln. Doch mußten Einkaufszentrum, Kindergarten, Sportanlagen und soziale Einrichtungen, Parkplätze und Garagen in dem Programm enthalten sein, das den Studenten von den teilnehmenden Schulen der verschiedenen Länder zu überreichen war.

Schon die Auslober waren sich im klaren, daß ein Widerspruch darin enthalten ist, für 200 bis 250 Wohnungen gesellschaftliche Einrichtungen vorzusehen, da 1000 Einwohner keiner ökonomischen Größe für ein lebenstüchtiges Wohngebiet entsprechen. Die Ausschreibung enthält deshalb schon Andeutungen, daß der Charakter der Wohngruppe für ein wissenschaftliches oder kulturelles Zentrum bestimmt sein könnte. Die Beziehung des Ensembles zu einer bestehenden Stadt, zur Arbeitsstätte oder die Eingliederung in die größere Wohneinheit mußten auf jeden Fall mit veranschaulicht werden. Diese Abhängigkeiten sollten der jeweiligen Aufgabe ihre besondere Prägung geben.

In der Beratung über die Wettbewerbsaufgabe zwischen Vertretern des BDA und den Architektenausbildungsstätten der DDR war es als notwendig herausgestellt worden, die Forderung der Ausschreibung zu berücksichtigen, zugleich aber eine der Entwicklung unseres sozialistischen Staates und unseren Erkenntnissen entsprechende Struktur von Wohngebieten durch geeignete Aufgabenstellungen sichtbar werden zu lassen. So stellt die Hochschule für Bildende und Angewandte Kunst Berlin-Wei-

[1] Trauzettel, Bach, Der Studentenwettbewerb der UIA 1965, „Deutsche Architektur“, Heft 1/1966, S. 50



1

Diplomarbeit Reinleit Neumann, Weißensee

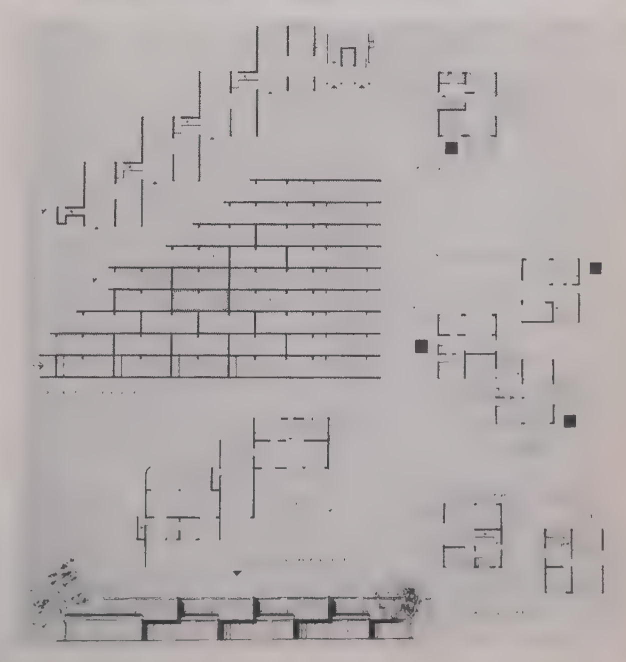
1 Kooperationsgebiet der LPG Wartenberg

2 Wohngruppe für 1000 EW mit Zentrum für den Gesamteinzugsbereich der LPG Wartenberg, Modellaufnahme

3 Grundrisse und Schnitte zu den vorgeschlagenen Wohnformen



2



3









Diplomarbeit Ulrich Hugk, Weimar

4 Lageplan des Rekonstruktionsgebietes „Am Graben“, Weimar

5 Modellaufnahme

6 Querschnitt

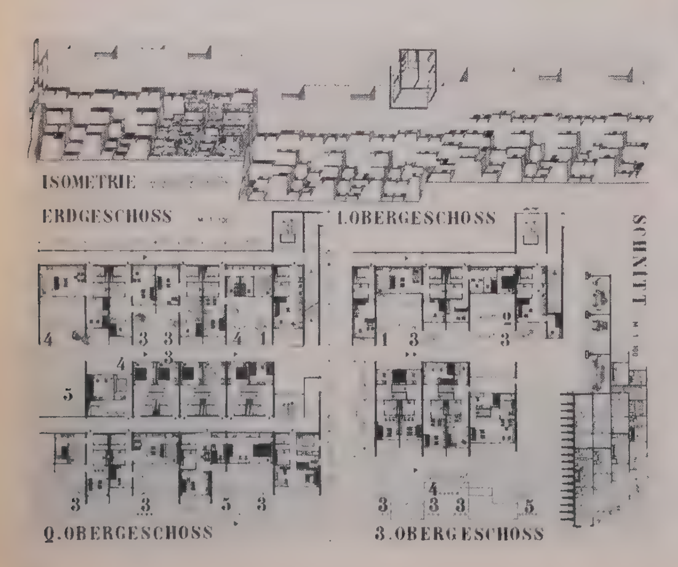


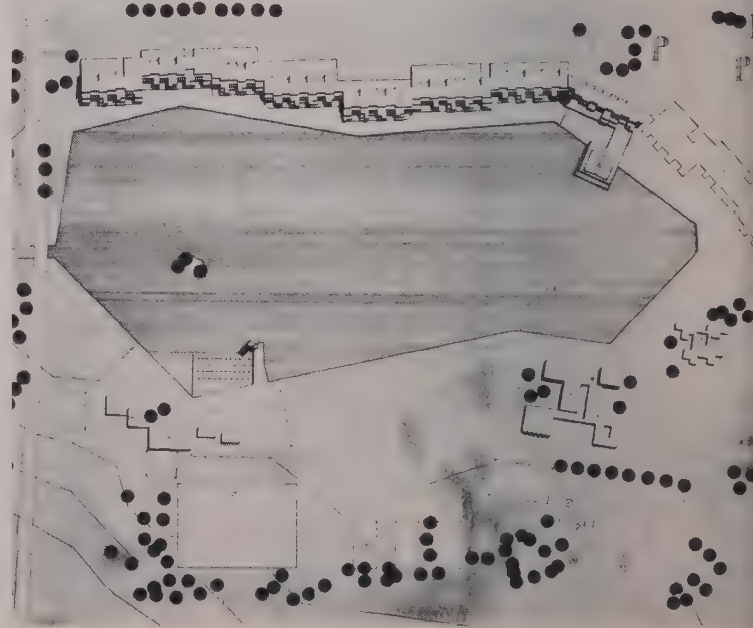
Zweiter Entwurf Inga Rohde, Dresden

7 Wohnungen für das Atomforschungszentrum Dresden-Rossendorf
Isometrie, Grundrisse und Schnitt

8 Perspektive

9 Lageplan





ßensee die Aufgabe, für eine an den Stadtgrenzen Berlins gelegene landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG Wartenberg), deren landwirtschaftliche Nutzfläche sich über die Fluren von fünf Dörfern erstreckt, ein Zentrum zu schaffen. Die gesellschaftlichen Einrichtungen sind nicht nur für die 1000 Einwohner bemessen, die hier Neubauwohnungen erhalten, sie dienen zugleich der Versorgung der Orte Malchow, Lindenberg, Falkenberg, Marzahn und dem für die Kooperationsbeziehungen günstig gelegenen Dorf Wartenberg, an das sich das neue Zentrum anlehnt (Abb. 1 bis 3).

Die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar suchte sich für die Aufgabe Rekonstruktionsgebiete in Weimar und Erfurt aus mit dem Gelände für eine Neubaugruppe, die der geforderten Größe entspricht. Das zu entwickelnde Zentrum jedoch steht auch den Einwohnern der aufzuwertenden Altbauwohnungen zur Verfügung (Abb. 4 bis 6).

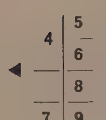
An der Technischen Universität Dresden wurde die Aufgabe gestellt, für das 15 km östlich der Stadt gelegene Atomforschungszentrum Rossendorf Wohnungen für Wissenschaftler und Mitarbeiter in der Nähe der Arbeitsstelle zu schaffen (Abb. 7 bis 9). Die in einer zweiten Baustufe vorgesehene Erweiterung des Wohngebietes auf die doppelte Einwohneranzahl begründet den Standort für eine einzügige Schule.

In all diesen Aufgaben wurde versucht, Beispiele herauszuarbeiten, die den soziologischen Verhältnissen und der politisch-kulturellen Entwicklung in der DDR entsprechen und die industrielle Bauproduktion berücksichtigen.

Mit Interesse konnte man darauf warten, wie die Studenten aus den verschiedenen Teilnehmerländern bezüglich ihrer traditionellen Eigenheiten und gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Thema bearbeiten würden. Tatsächlich konnte man die im Haus der Baufakultät der Technischen Hochschule gezeigten Studentenarbeiten des UIA-Wettbewerbes unter den vielen Ausstellungen zum Kongreßthema als die interessanteste werten.

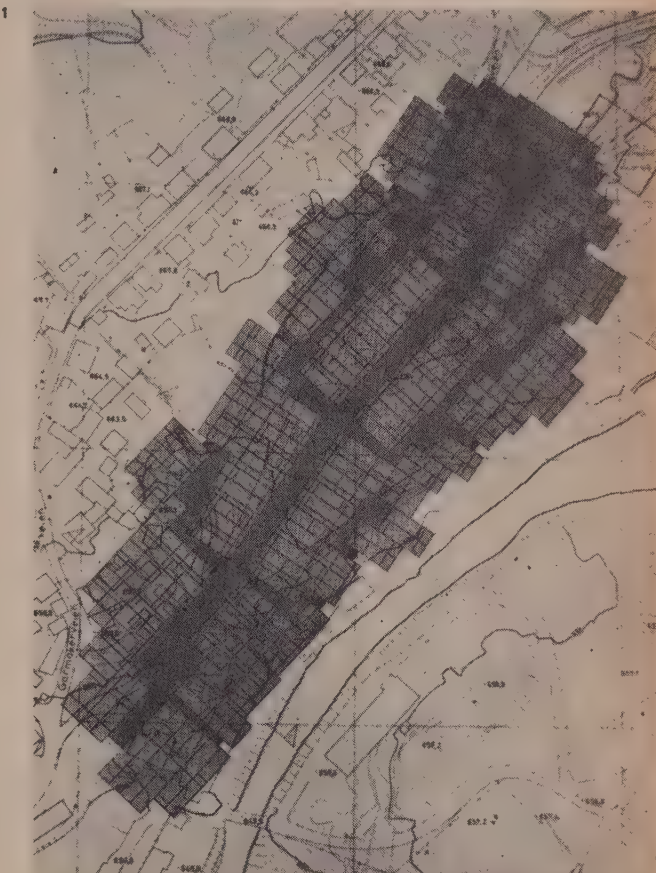
Es war nicht möglich, bei dem verdichteten Kongreßprogramm diese umfangreiche Schau systematisch zu analysieren. Doch war nach einem Überblick zu erkennen, daß viele Studenten der einzelnen Länder sich bemühten, für die heutigen Lebensbedürfnisse neue Wohnformen auf der Grundlage typischer traditioneller Bindungen zu entwickeln.

Das verdeutlichte ein Entwurf aus Japan (Abb. 10) ebenso wie der eines Athen-Preisträgers für die Erweiterung der Bergstadt Røros (Abb. 11 bis 13). Diese Ver-





10 Entwurf für eine Wohngruppe von Akira Hashimoto, Musashi Institut of Technology, Tokio



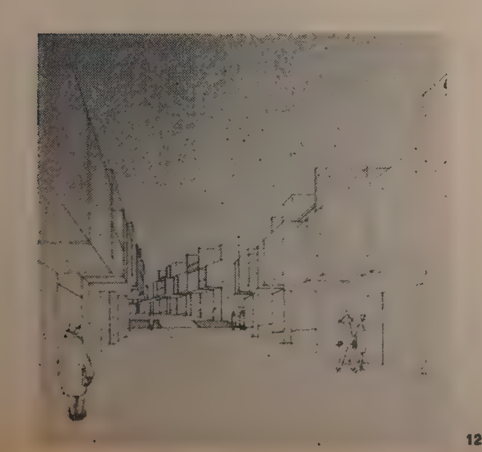
11

Erweiterung der Bergstadt Røros, Eilert Ellefsen, NTH Trondheim, Norwegen (Träger des Preises von Athen)

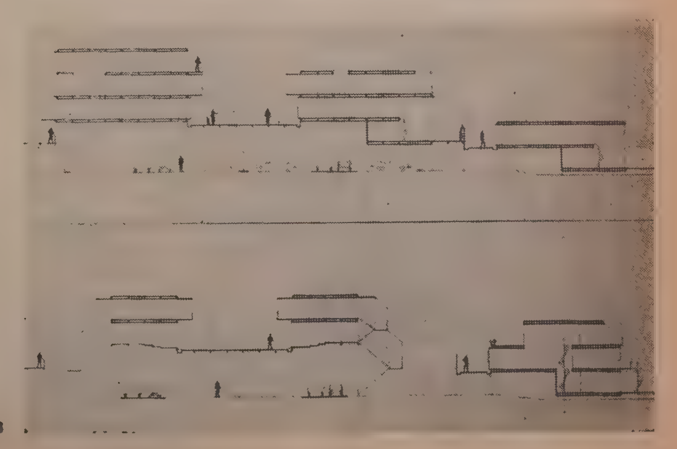
11 Lageplan
Die klaren Grundrisse einer Querwandbauweise mit gleichbleibenden Schottenabständen wurden für eine industrielle Bauweise entwickelt

12 Perspektive **13** Schnitte

Das Wohngebiet wird von einem befahrbaren Untergeschoß aus erschlossen, darüber liegt eine Fußgängerstraße



12



13

arbeitung traditioneller Wohnformen wurde in dem Entwurf für eine Hangbebauung aus vorgefertigten Teilen bei Hong Kong neben dem Großfoto des Geländes, das noch die Bebauung mit wackligen Hütten zeigt, besonders deutlich gemacht (Abb. 14 und 15).

Die meisten Autoren haben ein Gemeinschaftszentrum zum Mittelpunkt der Wohngruppe gemacht. Eine zweite japanische Arbeit stellt diesen Gedanken besonders heraus.

Drei der Bay von Sushi zugelegene Wohnbereiche umfassen jeweils mit den zugehörigen Garagen die Agora und einen Waschstützpunkt. Aus diesen Ringen münden die Wege in den Zentren für die Kinder und für die Versorgung. Der gemeinsame Freiraum für eine Reihe von Wohnungen wird besonders hervorgehoben (Abb. 16).

Im Gegensatz dazu steht das Projekt eines französischen Studenten, in dem sich die Wohnhäuser um Parkplätze und Garagen versammeln (Abb. 17).

Sehr oft unterstützt das gewählte Gelände die Besonderheit einer gestalterischen Lösung. So wählte das Polytechnikum Georgiens für die Aufgabe ein hoch über dem Wasser gelegenes Plateau. Über dessen felsige Abstürze läßt der zweite mit dem „Preis von Athen" ausgezeichnete Autor die einzelnen Häuser seiner Wohnkolonie auskragen. Das Gemeinschaftszentrum hat er, vom Geländebruch zurückliegend, in die Mitte des Plateaus gesetzt (Abb. 18 und 19).

Ein Student der Technischen Hochschule Wien nutzt eine abgebaute, nach Süden offene Schottergrube für eine Terrassensiedlung aus. Über einem Gemeinschaftsgeschoß liegen dreiseitig in Hügelhäusern Wohneinheiten für Professoren, Studenten und Studentenehepaare (Abb. 20).

Ein besonders kompakter Vorschlag für eine Wohnsiedlung am Hang ist aus der Ecole Saint Luc aus Belgien geschickt worden. Sie läßt jeweils drei Wohngruppen in der geforderten Größe von 250 Wohnungen mit Unterzentren verwachsen. Drei solcher Wohnbereiche von 750 Wohneinheiten bilden den gesamten Wohnkomplex, der seine Mitte in einem größeren Zentrum mit kommerziellem, administrativem und Bildungsbereich erhält (Abb. 21 und 22). Ganz klar sind in dem Entwurf die klassifizierten Gemeinschaftsbereiche für jeweils 1000, 3000 und 9000 Einwohner abzulesen.

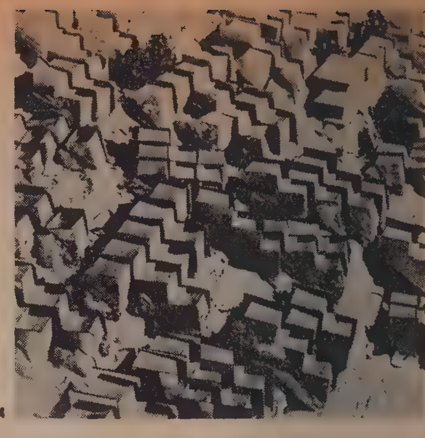
Die Jury repräsentierte als Vorsitzender Jose Luis Sert, weitere Mitglieder waren Jean Dubuisson, Paris; Kunio Mayekawa, Tokio; Mohamed S. Makiya, Bagdad; Igor Roshin, Moskau; Karl Schwanzer, Wien; Heikki Siren, Helsinki.

Die Arbeit der Jury war bei der großen Anzahl der Wettbewerbsteilnehmer und der hohen Qualität vieler Arbeiten nicht einfach. Allerdings hätte man erwarten können, daß von den Arbeiten, die durch die Einmaligkeit der Geländesituation oder durch konstruktive Besonderheiten zu bestechen versuchten und damit dem Sinn des Wettbewerbes, verallgemeinerungswürdige Wohnformen zu finden, wenig gerecht wurden, nicht noch einige herausgestellt werden.

Den „Preis von Athen" in Form eines Stipendiums mit einjähriger Studienarbeit am Institut Technologique D'Athenes erhielten Eilert Ellefsen, NTH Trondheim, Norwegen (1967/68), und der Student Zsintzadse vom Polytechnikum Georgiens in Tbilissi, UdSSR (1968/69).

Die sechs nach Prag gesandten Arbeiten der Hochschulen Dresden, Weimar, Weißensee entsprachen dem Niveau des Wettbewerbes sowohl im Ideengehalt als auch im grafischen Angebot, auch wenn für sie keine besonderen Anerkennungen ausgesprochen wurden. Eine größere Zurückhaltung in der plakativen Beschriftung der Tafeln sollte bei der nächsten Teilnahme beachtet werden.





14 Foto einer bestehenden Siedlung bei Hongkong

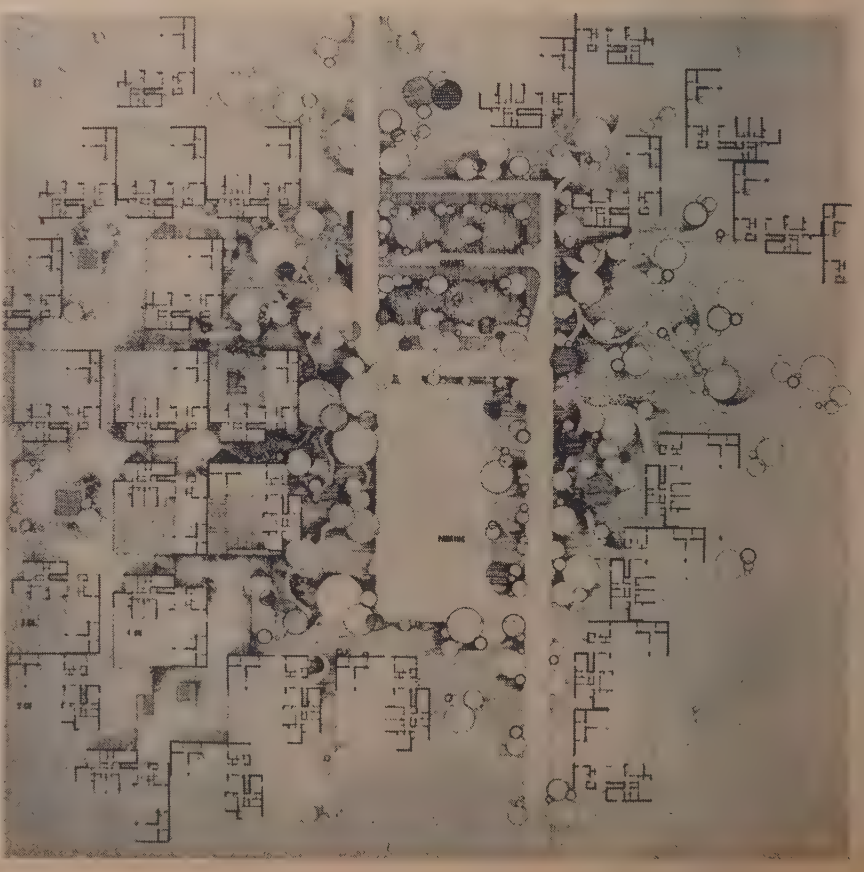
15 Vorschlag für eine Hangsiedlung von Igbal Hoosen, Universität Hongkong

16 Wohngruppe für eine Region von Tokio an der Bay von Sushi

17 Wohngruppe aus Einfamilienhäusern
Denis Barthelemy, Frankreich, Atelier de la Tour d'Auvergne



16



17



18



19

W. M. Zsintzadse, Polytechnikum Georgien
(Träger des Preises von Athen)

18 Modellaufnahme einer Siedlung für 200 Wohnungen bei Tbilissi

19 Lageplan

20 Terrassensiedlung in einer abgebauten Schottergrube
Peter Fischer, TH Wien
(Anerkennung der Jury)

21 Modellfoto eines Wohnkomplexes mit Einheiten von 250 Wohnungen
Ecole Saint Luc, Tournai, Belgien

22 Lageplan



20

21

22



Stadtform – Lebensform

Eine Betrachtung zum internationalen Städtebauwettbewerb für Bratislava-Petrzalka

Dipl.-Ing. Hans Gericke, Berlin

Städtebauliche Ideenwettbewerbe, denen die internationale Architektenschaft Aufmerksamkeit zollt, sind nichts Besonderes mehr. Darin unterscheidet sich der Wettbewerb von Bratislava-Petrzalka nicht von der Vielzahl seiner Vorgänger in Ost und West und auch nicht in der Vielzahl divergierender Auffassungen über die Stadtform von morgen. Was dem Wettbewerb Aufmerksamkeit abverlangt, ist neben der Ausschreibung, die das Modell einer Stadt unter sozialistischen Bedingungen zu projizieren forderte, die breite Formenskala in den 80 Arbeiten aus 20 Ländern, weil sie mehr zeigten als modische Erscheinungen und trotz differenziertester Interpretation die Herkunft der Verfasser fast völlig verwischen ließ. Will das bedeuten, daß sich der Städtebau in aller Welt nicht mehr unterscheidet, oder daß sich die Architekten einig sind in den Zielstellungen für die Stadt von morgen? Natürlich nicht. Städtebau ist geistiges Anliegen jeder Gesellschaftsordnung, ist Aussage über Struktur und Entwicklungsstand, ist Kulturpolitik. (1)
Und wenn bei diesem Wettbewerb die gesellschaftlichen Positionen kaum noch erkennbar waren, dann hat das ideologische Ursachen, liegt sowohl in dem von der Stadt Bratislava gestellten Programm begründet und auch in dem offensichtlichen Tatbestand, daß nicht wenige Städtebauer aus dem Machtbereich des Kapitalismus schon viel weiter denken – und handeln möchten – als ihre Auftraggeber und Bauherren.

Um es vorab zu sagen, nicht wenige Modellvorstellungen für eine Stadt von morgen unter den Bedingungen sozialistischer Lebensformen entsprachen den hochgesteckten Zielen des Auslobers und widerlegten zugleich damit die Kritik von der Unwirtlichkeit der neuen Städte in aller Welt.

Eine solche Kritik muß fragwürdig bleiben, wenn sie sich in unzulässiger Vereinfachung nur auf den Schwarz-Weiß-Vergleich zwischen alten und neuen – meist unfertigen – Städten beschränkt und übersieht, daß zu einer Stadt außer den Straßen und Häusern weit mehr gehört – Dinge, die erst wachsen, sich erst entwickeln müssen. Auch dann haben wir, und durchaus nicht nur die Städtebauer, zu untersuchen, was denn die alte Stadt wirtlich gemacht hat und was den neuen Städten offensichtlich fehlt.

Unsere alten Städte beweisen zwar, wie wenig sie sich den Veränderungen der neuen Lebensformen heute noch anzupassen vermögen, aber Professor Baburow (UdSSR) stellte in Bratislava dennoch fest, daß die alten Städte oft noch schöner und besser zu bewohnen sind als die meisten der neuen Städte.

Auf der Suche nach dem Modell für eine Stadt von morgen lohnt gewiß auch eine Untersuchung der Qualitäten alter Städte. Die Form der Stadt, ihre Struktur, Dichte und Ausrüstung und vor allem auch die kompositionelle Gestaltung sind immer der Ausdruck der Struktur der Gesellschaft, ihrer Bedürfnisse und Möglichkeiten ihrer Lebensformen. Alle Veränderungen der Lebensformen müssen also, wenn diese Behauptung stimmt, Formveränderungen der Stadt bewirken.

Wenn einmal davon abgesehen wird, daß die Entwicklung des Verkehrs auch die meisten alten Städte bereits unwirtlich gemacht hat – soweit nicht Beschränkungen oder wesentliche Eingriffe eine nochmalige Anpassung der Form an die veränderten Lebensformen ermöglicht –, dann ist unbestreitbar, daß die alte Stadt in ihrer Struktur so viel Spielraum und Anpassungsfähigkeit ließ, daß sich die räumlich gebaute Umwelt den sich meist langsam wandelnden Lebensformen dem Anwachsen der Bedürfnisse relativ unkompliziert anpassen konnte. Was aber die alte Stadt flexibel machte, war die gesunde Funktionsmischung vor allem von Wohnen und Arbeiten, aber auch zur Entspannung und Weiterbildung. Sie befriedigten das damalige, allerdings recht bescheidene Kommunikationsbedürfnis. Die Neuordnung der städtischen Struktur in Industriebereiche, Wohnviertel und Zonen der Kultur und Erholung hat die Stadt steril gemacht. (2)

Die Funktionstrennung widerspricht dem modernen Kommunikationsaspekt sozialistischer Lebensweise.

Auf dem UIA-Kongreß in Prag wurden im Gegensatz zur Charta von Athen die Monofunktionen erneut und nachdrücklich verworfen. Die Rückkehr zur gesunden Funktionsmischung in Wohngebieten und in den Zentren der Städte soll das weitere Anwachsen der Pendlerströme und den motorisierten Wellengang in die Zentren dämpfen, die Zentren wieder anziehend und bewohnbar machen und die geistig-kulturelle Kommunikation bewußt fördern.

Natürlich ging in den alten Städten diese Anpassung der Form an die Lebensform relativ langsam vor sich. Wo sie nämlich schnell erfolgen mußte, waren die Ergebnisse – wie das die Wohngebiete der Gründerzeit zeigen – meist nicht weniger unwirtlich als vergleichsweise die schnell gewachsenen Wohngebiete unserer Tage. Wem nützt also ein Vergleich zwischen einem historisch reizvollen und mit attraktiven Funktionen ausgestatteten Zentrum einer Altstadt und den monotonen Wohnbezirken neuer Städte?

Auch für die schönste alte Stadt sind die Grenzen für ihre weitere Anpassungsfähigkeit erreicht, aber die Tatsache, daß sie vordem wandlungs- und anpassungsfähig war, muß uns veranlassen, auch unseren neuen Städten eben die Form zu geben, die nicht nur den gegenwärtigen Lebensformen entspricht, sondern durch ein geniales Maß an Elastizität, durch Multistabilität alle Chancen für die Entwicklung läßt, die wir im einzelnen heute noch nicht kennen.

Wenn die moderne Stadtform – verstanden in ihrer umfassenden Erfüllung aller gegenwärtigen Bedürfnisse in einer harmonisch gestalteten räumlichen Umwelt – diese Anpassungsfähigkeit an den Wandel der Lebensformen auf möglichst lange Zeit haben soll, dann muß sie sich auf eine Rahmenstruktur stützen, die das heute Nötige erfüllt, das Kommende aber anbahnt, das heißt weitgehende Freiheiten der Variation und Wandelbarkeit in der Mikrostruktur und in der Nutzung des umbauten Raumes zuläßt, ohne jedoch unfertig zu sein, weil jede Generation das Recht hat, in einer kompletten Stadt zu leben, weil jeder Generation das Recht zugebilligt werden muß, sich in der gebauten Umwelt so zu arrangieren, wie sie es braucht. Der Städtebau kann heute nicht mehr auf die Erreichung eines voraus konzipierten Endzustandes ausgerichtet werden. Im Städtebau bildet sich immer mehr die Notwendigkeit heraus, die Hauptstrukturelemente einer Stadt, vor allem ihre Gliederung, zusammen mit dem Hauptverkehrsgerüst, als das auf lange Sicht Konstante, für einen längeren Zeitraum festzulegen. Darin drückt sich die **Kontinuität** einer Planung aus.

Die einzelnen Elemente einer Stadt unterliegen dagegen einem schnelleren Wandel und können nur für eine kürzere Zeitspanne ausgearbeitet werden. Darin drückt sich die **Elastizität** einer Planung aus. (3)

Unbestreitbar ist die Mehrzahl der neuen Städte oder Stadtteile entweder in den bewohnten Teilen noch unfertig in irgendeiner Hinsicht, oder sie sind aus Mangel an Anpassungsfähigkeit schon frühzeitig erstarrt. Und wenn wir aufrichtig sind, werden wir zugeben müssen, daß Strukturen und Formen entstanden sind, ohne die Verhaltensweise der Menschen, deren Lebensformen und Entwicklungstendenzen schon ausreichend zu kennen.

Das Modell einer modernen Stadtform mit einer solchen Rahmenstruktur zu finden, war Anliegen des Wettbewerbes, für den ein Bild der Lebensform unter sozialistischen Bedingungen in ihrer mutmaßlichen Entwicklung vorgezeichnet wurde, während aber den Verfassern ausdrücklich in der Wahl der Mittel und Methoden, in Struktur und Ausrüstung, in den Wohnformen und Wohndichten volle Freiheit gegeben war!

Dem außergewöhnlich gründlichen Programm für diesen Ideenwettbewerb waren daher bemerkenswerte Thesen vorangestellt:

„Es ist die Aufgabe, auf Grund von ideellen städtebaulichen Konzeptionen, Entwürfen und Anregungen höherer Progressivität neue und tiefere Erkenntnisse über die allgemeinen Entwicklungstendenzen in der Ausbildung des Lebensmilieus des Menschen zu gewinnen.

Dieser Grundsatz wird aus dem Aspekt gestellt, daß in der ČSSR in historisch kurzer Zeit die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet wurde, die das festgesetzte Ziel planmäßig und konsequent zu verwirklichen ermöglicht. Das Niveau des geschaffenen Milieus ist direkt und hauptsächlich von der Qualität der städtebaulichen Konzeption abhängig.

Die Synthese von Funktion, Wissenschaft und Technik vom Standpunkt ihrer emotionellen Wirkung auf die Nutzer muß wirksam zum Ausdruck kommen, und zwar auch in einer weit vorausliegenden Zukunft.

Der Gesichtspunkt des perspektivischen Voraussehens in der Befriedigung der Bedürfnisse und Erfordernisse der Natur dieses Stadtbezirkes ist in breiterem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu begreifen. Infolge der Beseitigung der Unterschiede zwischen physischer und geistiger Arbeit, der vollen Gleichstellung der Frau, der Verringerung der gesellschaftlich nötigen Arbeitszeit und einer Reihe weiterer positiver Veränderungen im Leben des Menschen werden neue Formen im gesellschaftlichen Leben entstehen. Es werden neue Formen und Anforderungen nicht nur auf die Wohnung, sondern auch auf die Bildung und Kultur, auf die Kindes- und Altersfürsorge, auf die Distribution, Dienstleistungen, aktive und passive Erholung und so weiter entstehen oder erwachsen. Alle diese und weitere Umstände werden zu neuartigen Beziehungen zwischen den Menschen und auch zu neuen Beziehungen zum Milieu führen, die durch die Einwirkung neue moralische Werte und Eigenschaften des Menschen als Mitglied einer harmonisch ausgeglichenen Gesellschaft hervorrufen werden.

Eine zweckmäßige und elastische Organisation des neuen Stadtbezirkes, Mannigfaltigkeit, der Zusammenhang zwischen den einzelnen Elementen des Stadtbezirkes, die funktionelle Differenziertheit, Besonderheiten und der menschliche Maß-

Vom 10. bis 12. Juli 1967 fand in Bratislava im Anschluß an den UIA-Kongreß in Prag ein Zusammentreffen der Städtebauer aus aller Welt statt. Den Auftakt bildete die Eröffnung einer Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten für den neuen Stadtteil Bratislava-Petrzalka. Die 80 Arbeiten aus 20 Ländern für eine neue Stadt mit 100 000 Einwohnern fanden große Aufmerksamkeit, fanden Beifall und Kritik. H. G.

stab der gestalteten städtebaulichen Räume setzen in ihrer Gesamtheit architektonisch und künstlerisch hochwertige Bauten voraus... Entsprechend diesen Grundsätzen zur Entwicklung einer wahren Demokratie und Humanität, zur Entwicklung charakteristischer Züge des Sozialismus mit perspektiv höchst progressiv gefaßten Kompositionen soll ein im Detail qualitativ hochstehendes städtebauliches Konzept wirksam zu den aktiven Veränderungen der Umformung der Empfindungen beitragen."

In dieser Hinsicht könnte eine solche Komposition auch als experimentelle Beglaubigung von empirisch analytischen Erkenntnissen und realer wissenschaftlicher Hypothesen betrachtet werden. Es soll aber nicht die Aufgabe dieser Betrachtung sein, die Ergebnisse allseitig einzuschätzen. Dazu fehlen wesentliche Grundlagen, dazu war die Zeit der Information in Bratislava viel zu kurz. Das ist zudem Sache der Auslober, die den höchstmöglichen Nutzen für ihren Spezialfall ziehen wollen.

Was uns angeht, sind die Modelle für eine Stadt im Sinne der Ausschreibung, die über den konkreten Standort auf der Donauinsel südlich der alten Stadt Bratislava hinausgeht, für uns von aktueller Bedeutung. Bratislava hat heute 270 000 Einwohner, die Einwohneranzahl soll bis 1980 auf 350 000 ansteigen. In der Stadt endet die Erdölleitung aus der UdSSR, und sie wird von einigen silhouettierenden Türmen und der alten Festung überragt. Der neue Stadtteil Petrzalka soll auf einer ganz ebenen Donauinsel liegen, die durch schönen alten Baumbestand, durch alte Wasserläufe und sehr lockere Stadtrandbebauung gekennzeichnet ist.

Der Sprung über die Donau war bislang weder zwingend noch bequem, nicht nur, weil es bislang nur eine Brücke gibt. Heute relativiert das Zeitmaß die Abstände. Die Insel erhält durch neue Brücken, durch die neue Verkehrstechnik einen neuen Lagewert, kann wertvoll und begreifbar für Bratislava wie für die Bewohner des neuen Stadtteils werden, wenn diesem Teil der Stadt auch Aufgaben übertragen werden, die ihn nicht zur Schlafstadt oder zum Industrievorort degradieren. Das heißt, für beide Teile dieser Doppelstadt ist mit einem hochgradigen Verflechtungs- und Verbindungssystem aller Funktionen eine echte Urbanität zu sichern. Das bedeutet zugleich, auch die vorhandene alte Stadt zu regenerieren und in das neue Gesamtsystem einzupassen. (1)

Vor den politischen Organen steht die Verantwortung für das Wohlbefinden aller Bürger der Stadt, vor den Planern die Verantwortung für die Ganzheit. Urbanität ist keine materiell faßbare städtebauliche Form, Urbanität ist ein Verhalten, das bewahrt oder angebahnt werden muß – über das Heute hinaus. (4)

Die verfügbare Gesamtfläche umfaßt rund 1800 ha, davon etwa 160 ha alte Wasserläufe.

Die Ausschreibung enthielt zwar informativ die gegenwärtig in der ČSSR gültigen oder praktizierten Strukturformen, Parameter und Tendenzen, aber den Wettbewerbsteilnehmern wurde „die volle Freiheit für die organisatorische Gliederung und Ausstattung wie auch dessen Zusammenfügung mit allen weiteren Funktionselementen eingeräumt, welche die optimalen Voraussetzungen für die Erfüllung der Zweckabsicht schaffen". Vorgegeben waren nur die Ziffern zum Wohnungsstandard mit 13,2 m² Wohnfläche/EW bei einem Durchschnitt von 3,1 EW/WE mit 3,12 Wohnräumen und 45 m² Wohnfläche/WE. Die durchschnittliche Geschoßanzahl wurde dagegen den Teilnehmern überlassen wie auch die Formen der industriellen Produktion.

Das Zentrum sollte mit seiner grundlegenden Auffassung und in der Beziehung zu den Wohngebieten und deren Ausstattung wie auch durch das Einfügen in das Verkehrsnetz einer der wichtigsten Komponenten für den Charakter der städtebaulichen Konzeption sein. Aus diesem Grunde sollten die Teilnehmer vollkommen frei dessen Lage und Flächenausmaß bestimmen. Es war freigestellt, auch Einrichtungen der „niederen Elemente, deren Zweck und Charakter dies ermöglicht, wie auch Bauten oder Einrichtungen städtischer und überstädtischer Funktion einzufügen, insofern dies mit dem beabsichtigten Zweck vereinbar ist". Eine besondere Aufmerksamkeit sollte der Entfaltung seiner Attraktivität gewidmet werden, um ein ständig pulsierendes Leben und eine sichere und ungestörte Fortbewegung seiner Fußgängerbesucher sicherzustellen.

Beim Lösungsvorschlag sollte den bestehenden Parkanlagen, Wäldern und Wasserflächen folgende besondere Beachtung geschenkt werden:

„Die öffentlichen Grünflächen des am rechten Flußufer bestehenden Parkes sind als ein Glied des Gesamtnetzes der gegenseitig verbundenen respektive anreihenden Parkanlagen der Stadt zu betrachten.

Eine Störung durch unentbehrliche Straßenzüge mit intensivem Verkehr ist soweit wie möglich zu vermeiden, unvermeidliche Kreuzungen mit Fußwegen sind in zwei Ebenen zu lösen. Die Wälder in den westlichen, südlichen und südöstlichen Teilen des Gebietes sind zu belassen. Ihre Umformung in Waldparkanlagen als Glieder des Systems gegenseitig verbundener Grünflächen inklusive des Uferparkes ist zu sichern."

Der Stadtbezirk Petrzalka mußte schließlich hinsichtlich des Verkehrsnetzes nicht nur durch den gegenseitigen Verkehr der auf beiden Ufern liegenden Stadtteile, sondern auch durch den Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, deren Trassen als Ausfallzüge in das Ausland in Richtung Ungarn und Österreich führen, untersucht und dargestellt werden. Es war also nötig, daß der Entwurf für das grundlegende Verkehrsgerüst in einer städtebaulichen Ideenstudie mittels eines zweckmäßig differenzierten Netzes nicht nur die schnelle, bequeme, sichere und wirtschaftliche Beförderung der Einwohner zu den Arbeitsstätten, in die zentralen gesellschaftlichen und Erholungseinrichtungen vorsieht, sondern auch ein Qualitätsniveau des Fremdenverkehrs sichert.

Dabei sollten alle störenden Einflüsse des Verkehrs (Lärm, Verunreinigung der Luft u. ä.) aus den Wohngebieten ausgeschlossen werden.

Sicher war sich der Auslober darüber im klaren, daß Modelle kommen würden, die eine ideale Perfektion mit extrem hohem technischen und materiellen Aufwand erreichen wollen, andere, die den gegenwärtig möglichen Aufwand real einschätzen und nur gesunde Kompromisse für vertretbar halten. – So war es auch!

Die unter diesen Freizügigkeiten erreichten Flächenwerte, Dichtewerte und durchschnittliche Geschoßanzahl, die Ausmaße und Ausstattung des Hauptzentrums, die Verkehrserschließung und dessen Flächenanspruch und die Art und Lage von Arbeitsstätten lagen extrem weit auseinander. Die Wohndichten beispielsweise zwischen 150 und 700 EW/ha, die mittleren Geschoßhöhen zwischen 4 und 20.

Das hohe Maß an gesellschaftlichen Forderungen und die geringen Bindungen an Struktur und Form brachten aber neben den Extremen auch ein überraschendes Maß an Übereinstimmungen in einigen Tendenzen.

Einerseits zeigten also die Schemata Extremformen vom „Erdbeben" über „Venedig" bis zur „Pyramide". Die einen schworen auf den rechten Winkel, andere schienen ihn gar nicht zu kennen. Die einen (wenige) proklamierten den Doppelstadtcharakter an der Donau, die anderen (die Mehrzahl) hielten die Beziehungen zu Bratislava für nicht zwingend, wohl weil die Lage an der Donau durch den breiten Waldgürtel kaum aktiv in der neuen Stadt wirksam werden konnte. Eine grobe Gruppierung läßt, von Mischformen abgesehen, vier Hauptformen erkennen: Bandentwicklungen zumeist parallel zur Donau, strenge Gliederung in Strukturelemente, weitgehende Kompaktierung und Streuung oder Auflösung.

Demgegenüber gehören zu den übereinstimmenden Tendenzen unabhängig von diesen Formmerkmalen das strenge Bestreben,

zu mehr oder weniger geschlossenen städtebaulichen Räumen zu gelangen;

den veränderten Kommunikationsformen und -beziehungen Rechnung zu tragen;

dem Hauptzentrum möglichst viele Funktionen zuzuordnen, um es ausreichend zu bemessen und für die weitere Entwicklung vielgestaltig und attraktiv zu machen;

das Bauland durch Verdichtung möglichst effektiv auszunutzen;

Systeme gesellschaftlich genutzter Flächen und städtebaulicher Räume anzulegen;

höhere Wohndichten zu erzielen und neue differenzierte Wohnformen zumeist in größeren Wohneinheiten als Scheiben und Punkte, Quadrate und Waben, Terrassen und Hügel, Schlangen und Ringe anzustreben;

die Baumassen sowohl im Zentrum als auch in den Wohnbezirken stark in der Höhenentwicklung zu differenzieren und plastisch zu gliedern;

den Verkehr in zwei Ebenen und durch Trennung von Fahr- und Fußgängerverkehr mit überwiegend überdimensionalem Aufwand zu bewältigen.

Unverkennbar ist bei vielen Arbeiten der Einfluß der neuen städtebaulichen Strukturen von Candilis Trabantenstadt Toulouse – Le Mirail. (6)

(1) Gericke, H., Städtebau heute – für morgen, „Deutsche Architektur" 11/1965; Umgestaltung und Prognose im Städtebau, „Deutsche Architektur" 5/1967

(2) Henselmann, H., „Unsere Städte von morgen", „Urania" 7/1967

(3) Länderbericht der UIA-Sektion der DDR zum IX. UIA-Kongreß in Prag 1967, Beilage „Deutsche Architektur" 5/1967

(4) Hillebrecht, R., Städtebau – morgen, Sonderdruck der Stadt Kiel

(5) Andrä K. u. a., Beiträge zur Umgestaltung und Neuplanung von Stadtzentren, Schriftenreihe des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie

(6) Kirsch, K., Kirsch, H. P., Städtische Wohngebiete, Schriftenreihe des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie

Zielstellung und Dargebot stellten die Jury wie meist, aber hier wohl in besonderem Maße, vor eine kaum lösbare Aufgabe, vor allem, weil es für die Bewertung einer solchen Aufgabe gegenwärtig keine gültigen oder allgemein anerkannten Kriterien gibt. Und es erscheint sogar fragwürdig, ob es für eine Jury zur Auffindung eines objektiven Urteils brauchbare Kriterien geben kann. So tat hier die Jury vielleicht das Klügste, was möglich war, indem sie fünf Arbeiten auf einen 3. Rang setzte, fünf weitere Arbeiten zum Ankauf auswählte und den 1. und 2. Rang gar nicht vergab.
Ob die Auswahl der prämiierten Ideen in allen Fällen unterstützt werden kann, soll und kann hier nicht untersucht werden. Zweifellos fanden sich aber auch unter den Arbeiten ohne Anerkennung beachtenswerte Vorschläge.
Da keine Arbeit der Jury als Grundlage für die weitere Bearbeitung geeignet erschien, wählte sie fünf stark divergierende Ideen aus und empfahl dem Auslober, über die vielfältigen Anregungen selbst gründlich nachzudenken.

Die fünf 3. Preise

■ Das Kollektiv Professor Roland Rainer, Österreich, zeigt eine klare Struktur von dreimal fünf Wohnbezirken um ein differenziertes und mit vielen Funktionen angereichertes Zentrum, das bis an die Donau heranreicht. Wenn unterstellt werden darf, daß der Verfasser weiß, daß die Zeit der etappenweisen Realisierung sowieso neue Erkenntnisse, Modifikationen oder sogar tiefgreifende Veränderungen bringen wird und deshalb den Wohnbezirk als „Stempel" anbietet und nicht heute schon willkürlich modifiziert, dann dürfte der Vorschlag für eine Rahmenstruktur zu den besten zählen (Abb. 1).
■ Auch die Arbeit des Kollektivs Alexy, ČSSR, führt ein lebhaft differenziertes und angereichertes Zentrum bis an die Donau und sucht Kontakt zur alten Stadt. Die Wohnbebauung reiht es an eine Achse senkrecht zum Zentrum und zur Donau. Dieser Vorschlag gibt durch seine Struktur einer Entwicklung viele Chancen (Abb. 2). Seine großen und differenzierten Bauelemente wirken der Monotonie entgegen, die bei der Massenproduktion und Verteilung relativ kleiner Einheiten unvermeidbar scheint.
■ Die Arbeit des Kollektivs Typosky, ČSSR, zeigt ein undifferenziertes Bandzentrum und drei dazu nicht in räumlicher Beziehung stehende Wohnbezirke ohne städtischen Charakter (Abb. 3).
■ Die Arbeit des japanischen Kollektivs Yamane zeigt eine sehr feingliedrige Struktur ohne dominierende Ensembles. Die Bebauung schmiegt sich den landschaftlichen Eigenarten an. Sie verzichtet auf ein Zentrum mit städtischem Charakter und wird zum Wohnsatelliten von Bratislava (Abb. 4).
■ Auch die Arbeit der Amerikaner Russel und Jeremič sucht – unter Verzicht auf Beziehungen zur alten Stadt – die wenigen topographischen Besonderheiten zu nutzen. Stark plastische Wohnhausgebirge begleiten zwar nicht ohne Reiz alte Wasserläufe auf der Insel, aber ohne Kontakt zu einem Zentrum, ohne die mindeste Aussage, wie diese Massierungen vielgeschossiger Bebauung vor allem in den Flächen um die Wohnbauten organisiert werden sollen. Gondeln, wie in Venedig, dürften zum Beispiel nicht ausreichen (Abb. 5).
Zu den Ankäufen gehören die Arbeiten von Lysenko, UdSSR (Abb. 6), des Franzosen Risterucci (Abb. 7), die Arbeit von Mattern, Westdeutschland, die in ihrer Auffassung völlig aus dem Rahmen fiel (Abb. 8), und die von Meduna, ČSSR (Abb. 9).
Die leider einzige Arbeit aus der DDR (Abb. 10) blieb nicht unbegründet im Kreis der über 80 Arbeiten aus 20 Ländern ohne Erfolg, weil durch die Kleinteiligkeit eine Chance zur Formveränderung nicht gegeben ist. In vielen der anderen Arbeiten, die ohne Anerkennung blieben, fanden sich zum Teil bemerkenswerte Anregungen, die dem vielpoligen städtischen Leben, unter sozialistischen Bedingungen lebensgerecht organisiert und gestaltet, ausreichende Chancen für Anpassungsfähigkeit und Funktionswandel anbieten. Dazu zählen vor allem Arbeiten aus Uruguay und Ungarn, Österreich und den USA, aber auch aus Italien, der UdSSR, Polen, Holland und der ČSSR, die nicht nur als Gastgeberland mit der größten Anzahl Arbeiten aufwarten konnte, sondern durch eine Vielzahl phantasievoller und wohlüberlegter Vorschläge auffiel (Abb. 11, 12).
Der Wettbewerb hat, sorgsam ausgewertet, natürlich den meisten Nutzen für die Auslober selbst, die sich wohl überlegen werden, ob der effektive Zuwachs an Einwohnern, an Arbeitsstätten und gesellschaftlichen Einrichtungen nur durch den Sprung über die Donau erfüllt werden kann. Die unerläßliche Rekonstruktion der alten Stadt und ökonomische Fragen blieben wohl zunächst im Hintergrund. Für die Fachwelt hat das Ergebnis von Petrzalka eine andere Bedeutung und Aufmerksamkeit gefunden. Ein Modell für die Stadt der Zukunft unter den Bedingungen des Sozialismus, wie sie der Auslober suchte, konnte es wohl noch nicht bringen. Leider wird auch keiner der beherzten Schritte dazu angetan sein, der Stadt die Entscheidung leicht zu machen.



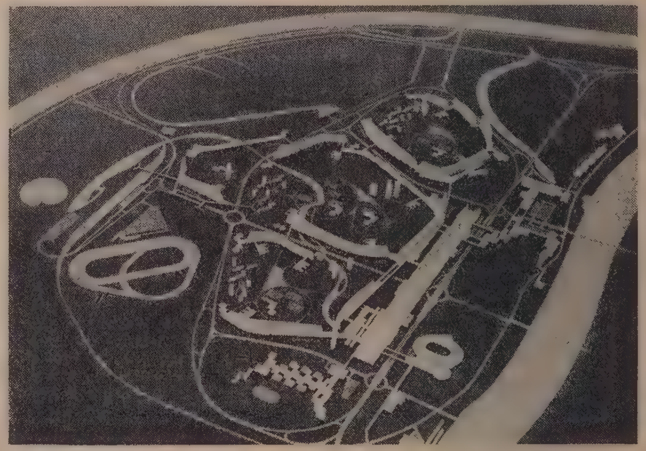
1 Roland Rainer, Albin Arzberger, Herbert Karrer, Österreich (3. Preis)

2 Tibor Alexy, Ján Kavan, Filip Trnkus, ČSSR (3. Preis)

3 Karel Typovsky, Jaroslav Nováček, Vit Adamec, ČSSR (3. Preis)

4 Shyojivo Yamane, Denji Ogura, Yoshimasa Okuma u. a., Japan (3. Preis)











5 George Russel, Anton Jeremič, USA (3. Preis)

6 Lysenko, Sowjetunion (Ankauf)

7 Risterucci, Frankreich (Ankauf)

8 Mattern, Westdeutschland (Ankauf)

9 Meduna, ČSSR (Ankauf)

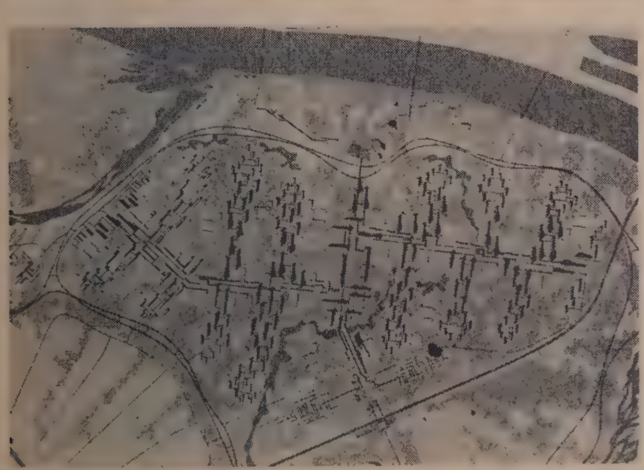
10 Arbeit aus der DDR (VEB Cottbus-Projekt)

11 Eine Arbeit aus Uruguay

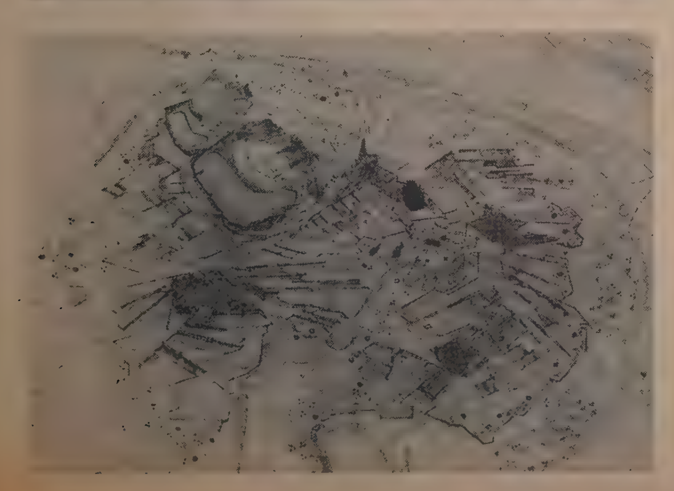
12 Eine Arbeit aus den USA













1968: Weiter steigende Tendenz

Ein Interview mit Dr.-Ing. Peter Schlopsnies

Red.: Bekanntlich verfügt das Ministerium für Bauwesen über einen Fonds zur Unterstützung von Städtebau- und Architekturwettbewerben. Können Sie unseren Lesern erläutern, nach welchen Gesichtspunkten diese Wettbewerbsmittel eingesetzt werden und wie Sie die Wettbewerbstätigkeit beurteilen?

Dr. Schlopsnies: Im Laufe des Jahres 1965 wurde der von Ihnen genannte Fonds in die Verfügung des Ministeriums für Bauwesen übernommen. Die Wettbewerbstätigkeit hatte damals einen Tiefstand erreicht. Auf der IV. Baukonferenz kritisierte deshalb der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, mit Recht diesen Umstand. Seine Worte richteten sich nicht nur gegen die eingetretene Stagnation, sondern auch dagegen, daß zu den Wettbewerben immer die gleichen Kollektive eingeladen wurden, das heißt, daß sie praktisch ohne die Teilnahme unserer jungen Architekten abliefen.

Ab 1966 wurden von uns nur noch in Ausnahmefällen die gesamten Kosten eines Wettbewerbes übernommen. Die Mittel wurden vielmehr zur Unterstützung von Wettbewerben – also als Stimulus – eingesetzt. Das wurde möglich, weil die örtlichen Räte immer stärker ihre Verantwortung für die Gestaltung der gebauten räumlichen Umwelt wahrnahmen, eine größere Initiative zur Durchführung von Wettbewerben entwickelten und beachtliche Mittel selber aufbrachten. Das hat sich erfreulicherweise 1967 noch verstärkt und zeigt auch für 1968 weiter steigende Tendenz. Die Auslober sind – wo immer es möglich war – unserem Wunsch nachgekommen, die Wettbewerbe öffentlich auszuschreiben, und es hat sich auch tatsächlich gezeigt, daß eine Reihe von Kollektiven junger Architekten – zum Teil sogar mehrfach – zu den Preisträgern zählten. Wir können sagen, daß bei allen von uns beobachteten Wettbewerben der finanzielle Aufwand gerechtfertigt war, denn es wurde zu einem Problem eine Vielzahl von Varianten bearbeitet (die Anzahl der abgegebenen Arbeiten bewegte sich etwa zwischen 15 und 30 je Wettbewerb), es wurden, weil die meisten Arbeiten außerhalb der Dienstzeit angefertigt wurden, zusätzliche Projektierungskapazitäten erschlossen, und es wurden einige, bisher wenig beachtete Kollektive „entdeckt".

Unser besonderes Augenmerk galt der Unterstützung von Wettbewerben, die Fragen der Umgestaltung zu lösen hatten. Auch in Zukunft wird die Wettbewerbstätigkeit auf städtebaulichem Gebiet von dieser Aufgabe beherrscht werden. Nach anfänglicher Unsicherheit der Auslober, Teilnehmer und Preisrichter dieser neuen Aufgabe gegenüber zeichnet sich doch jetzt schon in zunehmendem Maße eine Klärung ab.

Bei allem Positiven, was ich nennen konnte, muß ich wenigstens eine kritische Anmerkung machen: Gegenüber den Städtebauwettbewerben ist die Anzahl der Architekturwettbewerbe nach wie vor gering. Die Mehrzahl der wichtigen, individuell projektierten Bauten wird ohne vorherigen Wettbewerb entworfen und ausgeführt. Das ist in mehrfacher Hinsicht bedenklich. Es muß stets die Frage offenbleiben, ob die gefundene Lösung die bestmögliche ist. Vor allem aber haben die örtlichen Räte so gut wie keinen Einfluß auf die Gestaltung der wichtigsten Gebäude auf ihrem Territorium. Wie aber sollen sie lenkend auf die Gestaltung der gebauten Umwelt Einfluß nehmen, wenn sie nicht aus einer Mehrzahl von Varianten auf diejenigen verweisen können, die ihren Vorstellungen am nächsten kommen. Ich glaube, hierin zeigt sich, daß sich die Plan- und Investitionsträger noch nicht in vollem Umfange über die Verantwortung klar sind, die sie bei der Errichtung von Bauwerken gegenüber der Gesellschaft tragen. Ihre Verantwortung ist nicht nur ökonomischer Natur. Sie erstreckt sich auf jeden Fall auch auf die Erscheinungsform von Bauwerken. Es bedarf sicherlich einer gewissen Erziehungsarbeit, um diesen Erkenntnissen allenthalben zum Durchbruch zu verhelfen. Vor allem die Mitglieder des BDA sollten hierbei auf die Auftraggeber einwirken.

Red.: Seit 1965 ist die jetzt gültige Wettbewerbsordnung des BDA in Kraft. Können Sie aus Ihrer Sicht zu einigen Erfahrungen mit der Wettbewerbsordnung etwas sagen?

Dr. Schlopsnies: Zu einem ausführlichen Kommentar ist hier nicht der Platz. Unsere Erfahrungen und Hinweise werden mit den entsprechenden Stellen des BDA beraten. Ich möchte deshalb hier nur auf zwei Fragen hinweisen.

1. Bekanntlich ist das Gesamtergebnis eines Wettbewerbes in erheblichem Maße von der Qualität der Ausschreibung abhängig. Die jetzige Wettbewerbsordnung enthält noch keine ausreichende Regelung, die die Vorstellung einer qualifizierten Ausschreibung unterstützt. Man muß dabei beachten, daß für den Auslober die Ausschreibung eines Wettbewerbes eine äußerst selten zu bewältigende Aufgabe ist, so daß er nicht auf genügend Erfahrungen zurückgreifen kann. Es sollte bei einer Neufassung der Wettbewerbsordnung mindestens folgende Regelung enthalten sein:

Es ist obligatorisch, daß die Wettbewerbskommission des Bezirksvorstandes des BDA zum Konzept der Ausschreibung Stellung nimmt und Vorschläge zur Verbesserung der Ausschreibung unterbreitet. Das sollte sich nicht nur auf den Inhalt und die Form des Wettbewerbes, sondern auch auf Termine, Preise und die Jury beziehen. Eine Beratung des Preisgerichtes ist danach, jedoch vor Herausgabe der Wettbewerbsunterlagen, dem Auslober zur Pflicht zu machen.

2. Die Wettbewerbsordnung wurde in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen" veröffentlicht. Wem es 1965 nicht gelungen ist, sich dieses Mitteilungsblatt zu beschaffen, der hat heute größte Schwierigkeiten, um zu erfahren, was in der Wettbewerbsordnung steht. Es wäre angebracht, wenn die Wettbewerbsordnung – möglichst mit Kommentar – gedruckt vom Fachhandel zur Verfügung gestellt würde. Der gegenwärtige Zustand sichert nicht mehr ihre Anwendung.

Red.: Gestatten Sie noch abschließend eine Frage: Wir haben den Eindruck, daß zwar der Kreis der Teilnehmer an Wettbewerben ständig wächst, daß aber häufig dieselben Fachpreisrichter auftreten. Was halten Sie von dieser Erscheinung?

Dr. Schlopsnies: Um es mit einem Satz zu sagen: Sie ist völlig überflüssig. Es ist natürlich nötig, daß der Auslober sich auf ein profiliertes, ausgeglichenes Preisrichterkollektiv stützen kann. Es sind aber einfach die Proportionen verkannt, wenn zum Beispiel der Rat einer Stadt von 20 000 Einwohnern in seine Jury fünf Hochschul- und Akademieprofessoren berufen will. Wie kommt es nun zu diesen Erscheinungen? Den Auslobern sind in der Regel nur die Namen der bekanntesten Professoren geläufig. Ohne sie direkt zu kennen, fällt die Wahl zuerst auf sie. Ich verwies bereits darauf, daß hier die Wettbewerbskommission des Bezirksvorstandes des BDA helfend eingreifen sollte. Es gibt genügend profilierte Architekten und Städtebauer, um aus ihrem Kreis die erforderlichen Fachpreisrichter zu gewinnen. Die früher gelegentlich geäußerte Auffassung, man könne sich nur dann an einem Wettbewerb beteiligen, wenn alle Fachpreisrichter an Erfahrungen und Erfolgen den Teilnehmern mindestens gleichstehen, läßt sich leicht ad absurdum führen. Sie widerspricht letzten Endes den Grundprinzipien sozialistischer Wettbewerbe und gehört aufs alte Eisen.

Neue Wettbewerbsordnung notwendig

Ein Interview mit Dr.-Ing. Hellmut Sachs

Red.: Kollege Dr. Sachs, Sie sind Vorsitzender der zentralen Wettbewerbskommission des BDA, können Sie uns sagen, wie viele architektonische und städtebauliche Wettbewerbe 1967 stattfanden?

Dr. Sachs: Wettbewerbe werden im Maßstab der DDR und in den Bezirken durchgeführt. Bei der zentralen Wettbewerbskommission werden nur die zentralen Wettbewerbe angemeldet. Alle anderen Wettbewerbe werden in den Bezirksgruppen des BDA bearbeitet. Über letztere haben wir keine Übersicht. 1967 wurden 15 größere zentrale Wettbewerbe ausgelobt. Sie sind teilweise bereits abgeschlossen, teilweise laufen sie noch bis Anfang des Jahres 1968. Es handelt sich hier meist um größere städtebauliche Wettbewerbe, die in der Regel von aufgeforderten Kollektiven durchgeführt werden, da sie von einem einzelnen kaum noch bewältigt werden können. Gerade diese größeren Wettbewerbe sind leider selten zeitlich aufeinander abgestimmt. Da die Auslober hier häufig denselben Personenkreis auffordern, ist die Teilnahme oft mangelhaft und entspricht nicht der Bedeutung der Aufgabe.

Red.: Wird die Wettbewerbsordnung eingehalten oder sind Verstöße gegen sie bekannt geworden?

Dr. Sachs: Bewußte Verstöße gegen die Wettbewerbsordnung gab es weder seitens der Auslober noch seitens der Teilnehmer. Aber es sind wiederholt Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der einzelnen Bestimmungen der Wettbewerbsordnung aufgetreten, die jedoch stets geklärt werden konnten. Dagegen konnten die Ergebnisse der Wettbewerbe nicht immer voll befriedigen. Auch die Verteilung der Preise überzeugte nicht immer. Zu bemängeln ist ferner, daß anstelle des 1. Preises zweite oder sogar auch dritte Preise vergeben wurden. Die Ursache dafür sehe ich vor allem in einer mangelnden Entschlußfreudigkeit des Preisgerichtes.

Der Frage der Beteiligung des 1. Preisträgers an der weiteren Ausarbeitung der Wettbewerbsaufgabe wird seitens der Auslober nicht immer die nötige Beachtung geschenkt. Zumindest sollte für den 1. Preisträger eine Konsultationsmöglichkeit bei der weiteren Bearbeitung gesichert werden.

Es ist aber auch vorgekommen, daß Auslober die Wettbewerbsordnung zur Grundlage ihrer Ausschreibungen machten, den Wettbewerb entsprechend ankündigten, es aber unterließen, der zentralen Wettbewerbskommission den Wettbewerb zur Bestätigung einzureichen.

Red.: Mußte ein Wettbewerb gesperrt werden? Gedenkt der BDA künftig von diesem Mittel Gebrauch zu machen?

Dr. Sachs: Während meiner Mitarbeit in der zentralen Wettbewerbskommission ist mir lediglich ein mehrere Jahre zurückliegender Fall vorgekommen, bei dem eine Sperrung des Wettbewerbes zur Diskussion stand. Ich bin überzeugt, daß auch künftig der BDA keine solche drastische Maßnahme, wie sie die Sperrung eines Wettbewerbes ist, vornehmen muß, da gegenseitige Aussprachen bis jetzt noch immer zur Einigung über strittige Punkte der Wettbewerbsordnung geführt haben.

Red.: Die Wettbewerbe des letzten Jahres haben sicher eine Reihe neuer Erkenntnisse gebracht. Gibt es Gedanken für eine Vervollkommnung der Wettbewerbsordnung?

Dr. Sachs: Die in den letzten Jahren bei der Durchführung von Wettbewerben gemachten Erfahrungen zeigen, daß eine Überarbeitung, eventuell sogar eine Neufassung der bestehenden Wettbewerbsordnung zweckmäßig erscheint. Die zentrale Wettbewerbskommission wurde daher vom Bundesvorstand beauftragt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Wettbewerbe auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur müssen mehr als bisher integrierender Bestandteil der großen sozialistischen Wettbewerbsbewegung sein. Sie müssen den Interessen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus dienen und zur Erreichung optimaler Lösungen in funktioneller, ökonomischer, technischer und gestalterischer Hinsicht beitragen. Der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Architekten und ihrer weiteren Qualifizierung entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution wird dabei erhöhte Bedeutung zukommen. Das Wettbewerbsprogramm muß künftig wissenschaftlich begründet sein und auf exakter Bedarfsforschung beruhen. Die Rechte und Pflichten des Auslobers, der Teilnehmer, der Vorprüfer und der Preisrichter sind abschnittsweise zu gliedern. Das Preisgericht bedarf einer Erweiterung durch Vertreter der Baukombinate und durch Ökonomen. Weiter muß die Anzahl der zur Verfügung stehenden Preise als ökonomischer Hebel und Bestandteil der materiellen Interessiertheit betrachtet werden. Ihre Höhe sollte der Bedeutung der jeweiligen Aufgabe entsprechen.

Ein weiterer wesentlicher Vorschlag sieht die Einführung eines Stufenwettbewerbes für größere Aufgaben vor. Dabei sollte die erste Stufe einen Ideenwettbewerb umfassen, in dem grundsätzliche Ideen ohne besondere arbeitsaufwendige Detaillierung gefordert werden. Diese Stufe sollte allen Teilnehmern offenstehen. In der 2. Stufe mit größeren materiellen und arbeitsmäßigen Aufwendungen sollen dann erfolgreiche Bewerber der 1. Stufe zur Teilnahme durch den Auslober besonders aufgefordert werden. Eventuell könnte auch hier noch eine beschränkte Anzahl Teilnehmer der 1. Stufe unaufgefordert zugelassen werden.

Zum Schluß sei mir noch gestattet, darauf hinzuweisen, daß leider zu wenig Objektwettbewerbe ausgeschrieben werden. Gerade damit könnte die architektonische Qualität vieler Einzelbauten, besonders im Bereich der Gesellschaftsbauten, gesteigert und jüngeren Architekten die Möglichkeit gegeben werden, ihr Können unter Beweis zu stellen.



Architekturdiskussion

Neue Probleme der architekturtheoretischen Forschung

Der architektonische Schaffensprozeß und der Architekt[1]

Dr.-Ing. Herbert Ricken
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

„Ein Architekt wird der sein, der gelernt hat, mittels eines bestimmten und bewundernswerten Planes und Weges sowohl in Gedanken und Gefühl zu bestimmen als auch in der Tat auszuführen, was den hervorragendsten menschlichen Bedürfnissen am ehesten entspricht.

Doch wir bedürfen eines Architekten nicht nur deshalb, weil er uns eine sichere und willkommene Zuflucht gegen Sonnenbrand, Kälte und Schneesturm bereitet, sondern auch, weil er für das öffentliche und das private Wohl vieles erfunden hat, das für die Bedürfnisse des Lebens immer von neuem äußerst angemessen ist.

Endlich sei noch gesagt, daß die Beständigkeit, das Ansehen und die Zier eines Gemeinwesens am meisten des Architekten bedürfen, der es bewirkt, daß wir zur Zeit der Muße in Wohlbehagen, Gemütlichkeit und Gesundheit, zur Zeit der Arbeit zu aller Nutz und Frommen, zu jeder Zeit aber gefahrlos und würdevoll leben können. Wir werden daher nicht leugnen, daß er zu schätzen, zu ehren und unter die Vornehmsten zu zählen sei, welche sich um das Menschengeschlecht Ehr und Preis verdient haben."[2]

Hier entwirft Alberti das Idealbild des aus den Fesseln mittelalterlicher Handwerksregeln befreiten Renaissance-Architekten, der, erfüllt von seiner humanistischen Aufgabe, in sich die Fähigkeiten des Wissenschaftlers und des Künstlers vereint.

Aus dem Streben nach einem schöpferischen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Architektur über die täglichen Zwänge der Organisation und Koordinierung von Projektierungsarbeiten, über die notwendige Berücksichtigung kaum noch überschaubarer funktioneller, konstruktiver und technologischer Erfordernisse hinaus werden viele Architekten fragen, ob und inwieweit dieses ideale Bild des universalen Renaissance-Architekten für uns heute noch gültig sein kann.

Die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR hat den gesellschaftlichen Prozeß der Gestaltung der gebauten räumlichen Umwelt von der Wurzel her verändert. Die wissenschaftliche Erfassung der Auswirkungen dieses Vorganges und der auf ihn einwirkenden Faktoren, welche die Schaffung von Grundlagen für eine optimale Regelung des gesamten architektonischen Schaffensprozesses zum Ziele haben müßte, hat mit dieser Entwicklung offensichtlich nicht Schritt gehalten. Allein, es handelt sich nicht etwa nur darum, Versäumtes nachzuholen, sondern – ausgehend von den heute gegebenen wissenschaftlichen Möglichkeiten – den wissenschaftlichen Vorlauf bis zur Prognose des Architektenberufes zu schaffen.

Mit der Entwicklung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung haben sich in unserer Republik auch eine bestimmte Struktur und Organisation der Planung und Projektierung entwickelt, die als Bestandteile des Investitionsprozesses in den Rahmen der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung gestellt wurden. Die „Investitionsverordnung" vom September 1964 und die „Grundsätze für die bautechnische Projektierung" vom November 1964 bildeten die Grundlage zur Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung im Bauwesen. Ihr Ziel war die Gewährleistung der höchsten volkswirtschaftlichen Effektivität der Investitionen.

Die vom VII. Parteitag der SED gestellte weiterreichende Aufgabe, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten, orientiert darauf, die gegenseitige Verflechtung aller Seiten des gesamten gesellschaftlichen Prozesses beherrschen zu lernen und alle Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens „auf ein gleiches fortgeschrittenes Niveau zu bringen". Für das Bauwesen bedeutet das, die bautechnische Projektierung als einen Prozeß zu begreifen, in dem die Gestaltung der gebauten räumlichen Umwelt den Erfordernissen der vollendeten sozialistischen Gesellschaft gemäß im Systemzusammenhang mit allen ihren Seiten und Bereichen zu konzipieren ist. Damit erhebt sich die Frage, wie die Architektur und der zu ihr führende Prozeß in das gesellschaftliche Gesamtsystem eingeordnet sind, welche Wechselbeziehungen zwischen ihr und den anderen Teilsystemen wirksam sind und wie diese optimal geregelt werden können. Auch die architekturtheoretische Forschung ist aufgerufen, ihren Beitrag zur Herausarbeitung der „wesentlichen Elemente des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in ihrer komplexen Verflechtung" zu leisten.[3]

Aus dieser Aufgabenstellung ergeben sich zunächst zwei elementare Fragen:

- Wer ist heute ein Architekt?
- Wie vollzieht sich der Prozeß der Gestaltung gebauter räumlicher Umwelt?

Wer ist heute ein Architekt?

Die Grundzüge des neuen Profils des Architekten ergeben sich aus den für den heutigen Entwicklungsstand der Gesellschaft charakteristischen komplexen Aufgaben, den Schaffensbedingungen und den geforderten Leistungen. Wird Architektur nicht nur als das ästhetische oder eventuell künstlerische Gestaltetsein von Bauwerken begriffen, sondern als Teil der räumlichen Umwelt, in dem der Mensch seine Wesenkräfte vergegenständlicht und damit auch emotional wirksam macht, dann muß dem Architekten wesentliche Verantwortung für die Schaffung der Architektur aus dem Systemzusammenhang der gesellschaftlichen Bedürfnisse, der örtlich gegebenen Bedingungen und der materiell-technischen Möglichkeiten übertragen werden. Der Beruf des Architekten erscheint primär als gesellschaftliche „Berufung". Weder berufsständische Tradition noch absolvierte Ausbildungsrichtung können als entscheidend angesehen werden, sondern allein die mit seinem Beruf in der Struktur der Gesellschaft festgelegte soziale Verantwortungsebene und der soziale Verantwortungsbereich.

In jedem Falle ist Architektur das Ergebnis des Prozesses der Gestaltung gebauter räumlicher Umwelt, ob sie den sozial-kulturellen, ideologisch-ästhetischen oder materiell-nützlichen Zwecksetzungen gerecht wird oder nicht. In der Terminologie der Kybernetik formuliert, erscheint „Architektur" als Output eines Systems, das den Schaffensprozeß verwirklicht, aber nicht als Output eines seiner Elemente (z. B. des Architekten). Das Ergebnis des Prozesses ist also abhängig von der *Funktion* jedes Elementes und von der *Struktur* des gesamten Systems. Wenn das nicht so wäre, dann würde Architektur lediglich eine spezielle, vom Architekten in irgendeinem Moment des Prozesses hinzugefügte Eigenschaft des Produktes sein.

Bei aller Allgemeinheit dieser Bestimmung wird offensichtlich, daß in der sozialistischen Gesellschaft der Architekt weder als „Dienstleistender" noch als Verfertiger von Projektunterlagen auftreten kann. Seine Verantwortung und damit auch seine Stellung im System des Schaffensprozesses beziehen sich auf die *realisierte* architektonische Gestaltung der Umwelt und damit auf die Regelung des gesamten Systems, in dem Architektur geschaffen wird.

Wenn wir eine erste Modellvorstellung über die Wechselbeziehungen des Systems „Architektur" und speziell des Architekten im Gesamtsystem der Gesellschaft, das dementsprechend nur unter diesem Aspekt betrachtet wird, entwickeln wollen, können etwa folgende Teilsysteme angeordnet werden (Abb. 1):

- Die Gesamtheit der gesellschaftlichen Bereiche, das heißt die untergliederten, selbst wieder Systeme darstellenden einzelnen gesellschaftlichen Prozesse, die individuelle Lebenstätigkeit der Menschen und die daraus resultierenden konkreten Bedürfnisse in materiell-nützlicher, sozial-kultureller und ideologisch-ästhetischer Hinsicht
- Das Territorium, das heißt die den Raum bildende, gestaltete Umwelt, in der sich die Lebensprozesse der Gesellschaft vollziehen, die also die spezifischen, auf die räumliche Ordnung und Gestaltung bezogenen Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllt oder, wenn sie diese nicht erfüllt, eine entsprechende Umgestaltung notwendig macht
- Die Bauproduktion, das heißt die Summe der materiell-technischen Möglichkeiten, die als Mittel zur Realisierung der konzipierten Gestaltung der Umwelt eingesetzt werden

Die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution erreichte neue Stufe in der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung – im wesentlichen charakterisiert durch eine rasch fortschreitende Differenzierung der Berufe, verbunden mit ihrer Integration in übergeordnete Systemzusammenhänge – wirkt sich naturgemäß auch auf Struktur und Organisation des architektonischen Schaffensprozesses aus.

Wenn die oben dargestellten drei Teilsysteme den Prozeß der Umweltgestaltung bestimmen und wenn in der Aufgabenstellung, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten, die Vervollkommnung der Teilsysteme der Gesellschaft einschließlich der Erhöhung der Einzelverantwortung in ihnen enthalten ist, dann kann nicht einfach von einer Erweiterung des Profils des Architekten gesprochen werden, die durch die Komplexität der Aufgabenstellung, durch industrielle Baumethoden, durch die Verwissenschaftlichung des Schaffensprozesses und so weiter verursacht wird. Das ergäbe einen Umfang des Profils, dem ein einzelner nie entsprechen kann.[4] Es muß vielmehr angenommen werden, daß sich Schwerpunkte des Profils des Architekten bilden, die der Spezifik der oben angegebenen Teilsysteme entsprechen.

Wenn auch heute noch die Vorstellung international verbreitet ist, daß die mannigfaltigen brennenden Gegenwartsprobleme in der Architektur nur durch die universelle Architektenpersönlichkeit gelöst werden können, hat sich jedoch in der Praxis die Spezialisierung des Architekten durchgesetzt. Neben dem schon klassischen „Städteplaner" und „Städtebauer" gehört hierzu die Konzentrierung von Architekten in Institutionen der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche (Kultur, Gesundheits-

Der Architekt im System der Gestaltung gebauter räumlicher Umwelt

(Darstellung des Systemzusammenhanges, aus dem sich Schwerpunktbildungen im Berufsprofil des Architekten ergeben)

1 Gesamtheit der gesellschaftlichen Prozesse, aus denen die konkreten Bedürfnisse zur architektonischen Gestaltung der Umwelt in materiell-nützlicher, sozial-kultureller und ideologisch-ästhetischer Hinsicht resultieren

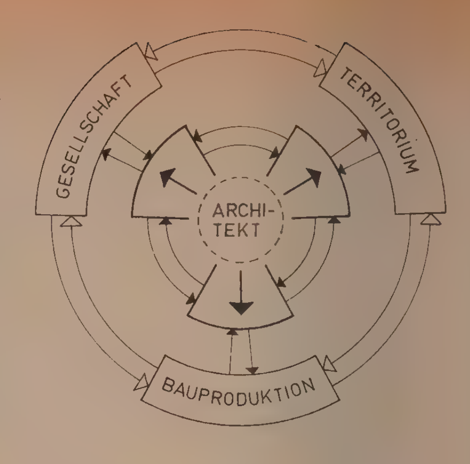
Der Architekt, der architektonische Konzeptionen entwickelt, die den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen gesellschaftlichen Prozesse entsprechen (Forschungs- und Entwicklungsstellen bei den zentralen Leitungen der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche, in bestimmtem Umfange Typenprojektierung und Spezialprojektanten)

2 Räumliche Umwelt, in der die Menschen leben, in der sich die gesellschaftlichen Prozesse vollziehen

Der Architekt, der die architektonische Gestaltung der Umwelt am konkreten Ort konzipiert und koordiniert im Zusammenhang mit der ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Siedlungen (z. B. Städtebau)

3 Bauproduktion als das Mittel zur Realisierung der konzipierten architektonischen Lösung

Der Architekt, der die ursprüngliche Antizipation der architektonischen Lösung bis zu ihrer Realisierbarkeit bearbeitet und für die Produktion „kommunikativ" macht



wesen, Volksbildung usw.), aber auch in der Bauproduktion.

Die Frage ist nicht, ob der Verlust des universellen Architekten zu bedauern ist, sondern wie der gesamte architektonische Schaffensprozeß in Zukunft als System optimal geregelt werden muß. Daraus aber ergeben sich nicht allein Forderungen an die Fähigkeiten des Architekten, sondern Konsequenzen für die Lenkung und Leitung des Prozesses.

Es bilden sich folgende speziellen Profile heraus:

■ Der Architekt, der auf der Ebene der zentralen Leitungen der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche – ausgehend von den in ihnen vertretenen spezifischen gesellschaftlichen Bedürfnissen – architektonische Konzeption entwickelt.
Das sind der Architekt in den technologischen Institutionen dieser zentralen Bereiche (wie Gesundheitswesen, Kultur, Volksbildung, Industrie usw.) und in bestimmtem Umfange auch in der Typenprojektierung sowie der Spezialprojektant.

■ Der Architekt, der als unmittelbarer Partner der örtlichen Organe den Prozeß der Umgestaltung im Territorium, am konkreten Ort, konzipiert und koordiniert. Das ist der Architekt in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung.

■ Der Architekt, der innerhalb der Bauproduktion – ausgehend von den spezifischen bautechnischen, bautechnologischen und arbeitsorganisatorischen Erfordernissen – zur Ausreifung und Verifizierung architektonischer Konzeptionen beiträgt.[5]

Abgesehen von dieser Tendenz zur Spezialisierung, die nicht etwa nur in verschiedenen Spezialkenntnissen der Architekten zum Ausdruck kommt, sondern in einer unterschiedlichen Anbindung an die einzelnen, für den architektonischen Schaffensprozeß relevanten Elemente des Gesamtsystems der Gesellschaft und in einer unterschiedlichen Einordnung in den architektonischen Schaffensprozeß, muß noch eine weitere Entwicklung angemerkt werden. Mit der zunehmenden Größenordnung und Komplexität der Aufgabe und der eingesetzten volkswirtschaftlichen Mittel werden die Beherrschung der kooperativen Verflechtungen des architektonischen Schaffensprozesses, seine wissenschaftliche Fundierung und optimale Gestaltung durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden zu entscheidenden Kriterien. Diese Entwicklung führt offensichtlich zu zwei weiteren neuen Profilen des Architekten:

■ dem Architektur-Wissenschaftler,
der die unmittelbaren wissenschaftlichen Voraussetzungen für den optimalen Ablauf und die optimalen Ergebnisse des Schaffensprozesses zu erarbeiten hat (in enger Zusammenarbeit mit Hygienikern, Soziologen, Psychologen, u. a., aber nicht durch sie ersetzbar), und

■ dem Prozeß-Organisator,
der für den optimalen Ablauf des konkreten Schaffensprozesses selbst zu sorgen hat.

Diese fünf speziellen Profile zerstören nicht das ideelle Leitbild des Architekten in unserer Gesellschaft, sondern machen es erst real. Die Vorstellung von einem universellen Architekten dagegen hat nur noch Wahrscheinlichkeit in der Sphäre des Entwurfs von Sommerhäuschen und ähnlichen Aufgaben, die nicht mehr den Zielen des vollendeten Sozialismus entsprechen dürften.

Mit diesen Überlegungen sollten in groben Zügen einige Probleme der Ausarbeitung eines neuen, wissenschaftlich fundierten Leitbildes des Architekten in der sozialistischen Gesellschaft umrissen werden. Vorerst scheint es erforderlich, zwei Problemkreise näher zu präzisieren:

■ Die aus einer Prognose der g e s a m t e n gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR abzuleitende Struktur künftiger architektonischer Aufgaben

■ Die Struktur des architektonischen Schaffensprozesses im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus

Nun zur zweiten Frage, die wir am Anfang stellten:

Wie vollzieht sich der Prozeß der Gestaltung gebauter räumlicher Umwelt?

Die notwendigerweise zu erreichende optimale Regelung des architektonischen Schaffensprozesses als des Prozesses, der zur architektonischen Gestaltung der Umwelt führt und der die Steuerung und Regelung des Bauprozesses zum Ziel hat, setzt die Aufdeckung seiner logischen Struktur voraus.

Das kann nur auf der Grundlage der Überzeugung geschehen, daß es prinzipiell möglich ist, mit wissenschaftlichen Mitteln an seine Analyse heranzugehen.

Für den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Durchdringung des Schaffensprozesses scheint es charakteristisch zu sein, daß mit Hilfe der Netzplantechnik, der Methode des kritischen Weges, der Katalog- und Fotoprojektierung sowie des Einsatzes von Computern organisatorische, statische, technologische und ökonomische Probleme gelöst werden. Dagegen stehen solche Teilaufgaben wie die Ermittlung optimaler Raumstrukturen, von ersten Erfolgen in der Standortoptimierung eventuell abgesehen, offensichtlich noch unzureichend im Mittelpunkt der Architekturforschung.[6] Natürlich setzt das eine Konzentration auf die Erforschung einer Reihe von Grundfragen und das In-Frage-Stellen bisher üblicher Verfahren voraus. Alle diese neuen Verfahren und Methoden ersetzen die schöpferische Arbeit des Architekten nicht, sie qualifizieren sie und setzen sie voraus. Ihre isolierte Entwicklung, das heißt die Mißachtung des Systemzusammenhanges im Schaffensprozeß selbst, führt dazu, daß es so aussieht, als ob Architektur automatisch aus einer Vielzahl vorgegebener Elemente und Parameter entstehen könnte, die man entsprechend der Aufgabe – diese wird dann außerhalb des Schaffensprozesses gesehen – zusammenstellt. Diese so entstehende „automatische Architektur" ist allein Ausdruck eines nicht beherrschten architektonischen Schaffensprozesses. Durch die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen wurde die Möglichkeit für die Erarbeitung des entscheidenden Lösungsansatzes, der architektonischen Konzeption, immer mehr an den Anfang des gesamten Prozesses geschoben. Demnach wäre die Überlegung, wie die architektonische Leistung erhöht werden kann, vor allem in den Anfangsphasen des architektonischen Schaffensprozesses zu stellen, da es sonst zu einer Reduzierung der Architektur auf „Styling", auf „Fassadenkosmetik" kommt.

Die außerordentliche Kompliziertheit und Vielgestaltigkeit des Schaffensprozesses, das Wirksamwerden unterschiedlichster Einflüsse, die Wiederholung einzelner und ganzer Folgen von Teilprozessen auf immer höherer Ebene erfordern als erstes eine Annäherung durch ein möglichst einfaches, übersichtliches Modell, das einen zweckentsprechenden Allgemeinheitsgrad hat und der Struktur des Prozesses adäquat ist.

Bei der Erforschung der Struktur des architektonischen Schaffensprozesses geht es nicht darum, w a s, sondern w i e geregelt werden muß. Deshalb kann von allem Inhaltlichen abstrahiert werden. Daraus folgt, daß ein erstes Modell nicht nur auf den architektonischen Schaffensprozeß, sondern auf Entwurfsprozesse allgemein anwendbar ist. Dies findet nicht zuletzt seine Begründung in dem einheitlichen Grundcharakter allen Entwerfens, das auf die Konzipierung von Leitbildern ausgeht, nach denen der Mensch seine produktive Tätigkeit einrichtet, um ein erkanntes Bedürfnis zweckentsprechend und auf ökonomische Weise zu befriedigen. „Entwerfen" wird hier also als ein dritter Bereich menschlichen Tuns neben dem Produzieren und der wissenschaftlichen Tätigkeit verstanden. Damit soll gleichzeitig die Überzeugung ausgedrückt werden, daß die Erforschung der Grundprobleme des architektonischen „Entwerfens" nur in Zusammenarbeit mit der Theorie der bildenden Kunst, mit der Theorie der industriellen Gestaltung, der Konstruktionswissenschaft und anderen erfolgen kann.

Methoden zur wissenschaftlichen Annäherung an den architektonischen Schaffensprozeß ergeben sich – abgesehen von der Anwendung der marxistischen Erkenntnistheorie, der Logik sowie der Kybernetik im allgemeinen – speziell aus der Informationstheorie, der Entscheidungstheorie, der Problem-Lösungs-Theorie und ähnlichem. Es muß aber bewußt bleiben, daß derartige Annäherungen immer einseitig bleiben und noch keine Aussage über die Komplexität des Gesamtprozesses und insbesondere über seine psychischen und sozialen Komponenten zulassen.

[1] Die Aufgabe, den architektonischen Schaffensprozeß zu erforschen, wurde vom Verfasser in „Beiträge zur architekturtheoretischen Forschung", Kap. IX, Deutsche Bauakademie, Manuskriptdruck, 1967, abgeleitet.

[2] Leon Battista Alberti, De re aedificatoria libri decem, herausgegeben von Max Theuer, Wien und Leipzig 1912, Vorrede, S. 9 bis 13 (gekürzt)

[3] W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 93; vgl. auch ebenda S. 82, 86, 130

[4] Von der Vorstellung, daß es möglich und notwendig sei, einen universellen Architekten auszubilden, geht das „Berufsbild des Dipl.-Ing. für Architektur" aus, Manuskriptdruck, Leipzig, August 1965

[5] Doxiadis vertritt zum Beispiel die Notwendigkeit von zwei unterschiedlichen Architekten, einem „Umweltgestalter" und einem „Baugestalter" (Architektur im Wandel, Düsseldorf und Wien 1965, S. 44); vgl. auch: H. Schmidt, Die Situation der Architektur und die Bedingungen der Ausübung des Architektenberufes, in: „Deutsche Architektur" 12/1965, S. 701 f.; Zusammenfassung eines Arbeitskreisleiters der RG-Bau, in: „Architekt und Ingenieur" 12/1966

[6] Vgl. G. Eras, Internationaler Stand und Perspektive der Optimalprojektierung, in: Mitteilungen für den bautechnischen Projektanten, Ministerium für Bauwesen, 3/1966, S. 5; Moseley, A rational design theory . . ., in: „The Architect's Journal", 11. 9. 1963, S. 525 ff.; Barnett, The Computer Revolution, in: „Architectural Record", July 1966, S. 168 ff.

Modell des architektonischen Schaffensprozesses

A Aufgabenstellung
Aufgabe im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten sowie der konkreten örtlichen Bedingungen

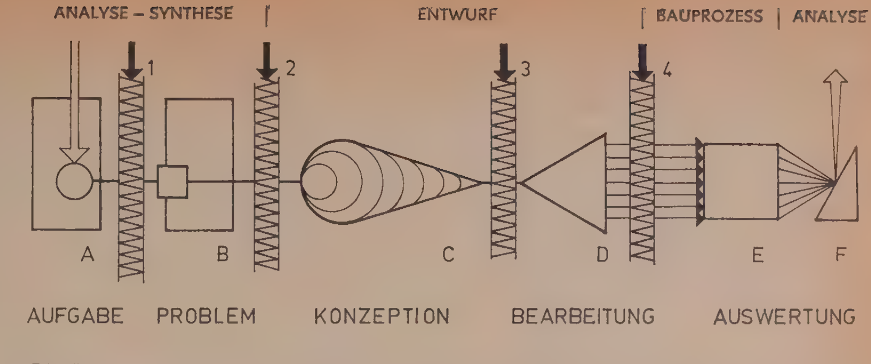
B Problemerfassung
Analytisch-synthetische Durchdringung der Aufgabe bis zur Erarbeitung begrifflicher und graphischer Bestimmungen der gesuchten Lösung

C Konzeption
Konzipierung einer räumlichen Lösung der Aufgabe

D Bearbeitung
Verifizierung der Konzeption bis zu ihrer Realisierbarkeit und Umcodierung in die „Sprache" der Bauproduktion

E Bauprozeß

F Auswertung
Vergleichende Analyse zwischen dem Erreichten und der Aufgabenstellung unter Anwendung wissenschaftlich fundierter Kriterien



„Filter" 1···4
Kopplungsstellen des Schaffensprozesses mit von außen kommenden Kräften, die Prozeßverlauf und Ergebnis wesentlich beeinflussen (Verteidigungen, Bestätigungsverfahren, Koordinierungen u. ä.)

Als ein erster Versuch, zu einem Modell des architektonischen Schaffensprozesses zu kommen, auf dessen Grundlage eine ins einzelne gehende Untersuchung erfolgen könnte, ist das in Abbildung 2 dargestellte Schema zu betrachten.[7] Die hier ausgewiesenen einzelnen Phasen können wie folgt beschrieben werden:

A: Aufgabenstellung[8]

Die auf eine konkrete, den jeweiligen gesellschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechende Umgestaltung der gebauten räumlichen Umwelt gerichtete Aufgabe ist in den Gesamtzusammenhang der generellen gesellschaftlichen Bedürfnisse, der örtlichen Bedingungen und der ökonomischen wie bautechnischen Realisierungsmöglichkeiten zu stellen. Es geht hier um die Erfassung des Systemzusammenhanges, in dem die realisierte Lösung der Aufgabe wirksam werden soll.

B: Problemerfassung

Um von der aus dem gesamten gesellschaftlichen und räumlichen Kontext heraus formulierten Aufgabe zum Ansatz ihrer Lösung zu kommen, das heißt vom explizit zum implizit Gegebenen, um die Struktur der Aufgabe zu erkennen und die in ihr verborgenen Elemente der Lösung herauszufinden, ist die Analyse der Situation und des zu erreichenden Zieles notwendig. Die Situationsanalyse erfaßt die Analyse des „Konflikts", das heißt die zu erfüllenden gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse auf der einen Seite und die Analyse des gegebenen „Materials" auf der anderen, das heißt die Analyse der vorhandenen Kenntnisse, Erfahrungen und so weiter, die zur Lösung erforderlich sind. Beide Seiten der Situationsanalyse erfahren durch die Lösung eine Veränderung. Gleichlaufend mit ihr ist die Analyse der Zielsetzung erforderlich, durch die eine Konzentration des Lösungsprozesses auf das Erforderliche gewährleistet wird. Der gesamte Analyseprozeß, der realiter einen Prozeß der Umstrukturierung der Aufgabenstellung und damit zugleich eine Synthese darstellt, erfaßt naturgemäß alle Kategorien von Elementen der architektonischen Aufgabe, also die funktionellen Anforderungen, die bautechnischen und technologischen Erfordernisse und Gegebenheiten, aber auch die ästhetischen und künstlerischen Anforderungen und Zielsetzungen, also eine „Aufgabenmatrix", die weder listenmäßig noch verbal vollkommen erfaßt werden kann. Das Ergebnis dieses Teilprozesses ist eine Anzahl von Lösungsprinzipien, von begrifflichen und graphischen Bestimmungen der gesuchten Lösung, die selbst noch nicht Form sind, aber deren Vorstellung provozieren.

Der gesamte architektonische Schaffensprozeß kann auch als ein Prozeß der Beschaffung, Speicherung, Auswertung und Transformation von Informationen (im Sinne der Informationstheorie) aufgefaßt werden. Ein wesentliches Charakteristikum der Phasen A und B stellen dabei die Beschaffung und Auswertung einer ausreichenden Anzahl möglichst lückenloser und im Hinblick auf die Aufgabe relevanter Informationen dar. Das Problem hierbei liegt nicht darin, möglichst viele Informationen zu erhalten, sondern in ihrer Relevanz für die Lösung der Aufgabe und in ihrer Geordnetheit. Von hier aus ergibt sich ein Ansatz für die genauere Untersuchung des Informationsflusses in unserer gegenwärtigen Planung und Projektierung einschließlich der Möglichkeiten und Bedingungen der Zentralisierung der Informationsquellen. Die Bewältigung der Informationen setzt allerdings auch ein von der Aufgabe bestimmtes System von Kriterien voraus, das aus den obenerwähnten Analysen zu gewinnen ist.

C: Architektonische Konzeption

Die Herausarbeitung der architektonischen Konzeption stellt den charakteristischen Teilprozeß dar. Er macht das Wesen der Tätigkeit des Architekten aus. Weder sein Wissen noch seine organisatorischen oder wissenschaftlichen Fähigkeiten bestimmen den Inhalt seines Berufes und sind die Grundlagen seiner sozialen Stellung, sondern seine schöpferische Fähigkeit auf der Grundlage seiner Einbildungskraft[9], aus einer nicht mehr übersehbaren Fülle von Informationen über die Aufgabe, die in erheblichem Maße auch widersprüchlichen Charakter tragen können, eindeutige Entscheidungen zu fällen und ihnen eine architektonische Form zu geben. Durch die Umsetzung der Informationen in eine räumlich-körperliche Konzeption der zu gestaltenden Umwelt und deren Realisierung macht der Architekt diese Informationen, die den Stand der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, der Produktionsweise, Kultur, der Beziehungen der Menschen zueinander und so weiter beinhalten, für die gesamte Gesellschaft erlebbar und damit auch emotional wirksam. Er reduziert in diesem Prozeß die Flut der Informationen auf einen bestimmten Relevanzbereich auf der einen Seite, auf der anderen überbrückt er „Fehlstellen", da seine konzeptionelle, bildhafte Vorstellung immer ganzheitlichen Charakter trägt.

D: Entwurfsbearbeitung

Die architektonische Konzeption stellt die bildhafte Antizipation der gesuchten Lösung dar. In der Phase der Bearbeitung der Ausführungsunterlagen wird die architektonische Konzeption nicht nur in die „Sprache" der Bauproduktion übertragen, es wird gleichzeitig die antizipierte Lösung verifiziert und damit auch verändert. Deshalb kann diese Phase nicht oberflächlicherweise nur als ein technischer Prozeß aufgefaßt werden, der eventuell auch ohne Architekt funktionieren könnte. Ihr Ergebnis ist eine zweckentsprechende Zusammenstellung von „Signalen" zur Steuerung des Produktionsprozesses.

E: Bauprozeß

Je mehr das Bauen zu einem industriellen Prozeß wird, um so mehr müssen die Ausführungsunterlagen für seine Steuerung hinreichend sein. Eine operative Beeinflussung des Bauprozesses durch den Architekten wird darum immer weniger notwendig.

F: Auswertung

Je mehr sich die Bauproduktion als industrielle Serienproduktion auf der Grundlage von Typenprojekten entwickelt und je weniger der Architekt unmittelbar in das Baugeschehen regulierend und korrigierend eingreifen kann, um so bedeutsamer wird die Auswertung des Gebauten. Sie kann als Vergleichsuntersuchung zwischen real Bewirktem und als Aufgabe Gegebenem aufgefaßt werden. Diese Auswertung wird ausschließlich durch die Anwendung wissenschaftlicher Analysenmethoden bestimmt. Ihre Ergebnisse fließen auf höherer Stufe in die Phasen A und B des Schaffensprozesses ein. Diese Rückkopplung ist die elementare Voraussetzung dafür, daß der architektonische Schaffensprozeß im Sinne eines selbstregulierenden kybernetischen Systems funktionieren kann. Der Vergleich zwischen dieser Notwendigkeit und dem erreichten Stand in der wissenschaftlichen Architekturanalyse macht den schnellstens aufzuholenden Rückstand deutlich.

In dem dargestellten Schema sind zwischen den einzelnen Phasen „Filter" (1···4) eingetragen, welche die von außen auf den Schaffensprozeß einwirkenden Kräfte symbolisieren. Das Ordnen dieser Kräfte und die Bestimmung ihrer Auswirkungen sind nicht nur im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Entscheidungsprozesses in den übergeordneten Leitungen, sondern vor allem hinsichtlich der weiteren Demokratisierung des Schaffensprozesses, das heißt der aktiven Beteiligung der Bevölkerung an der Gestaltung ihrer Umwelt, von besonderer Bedeutung.

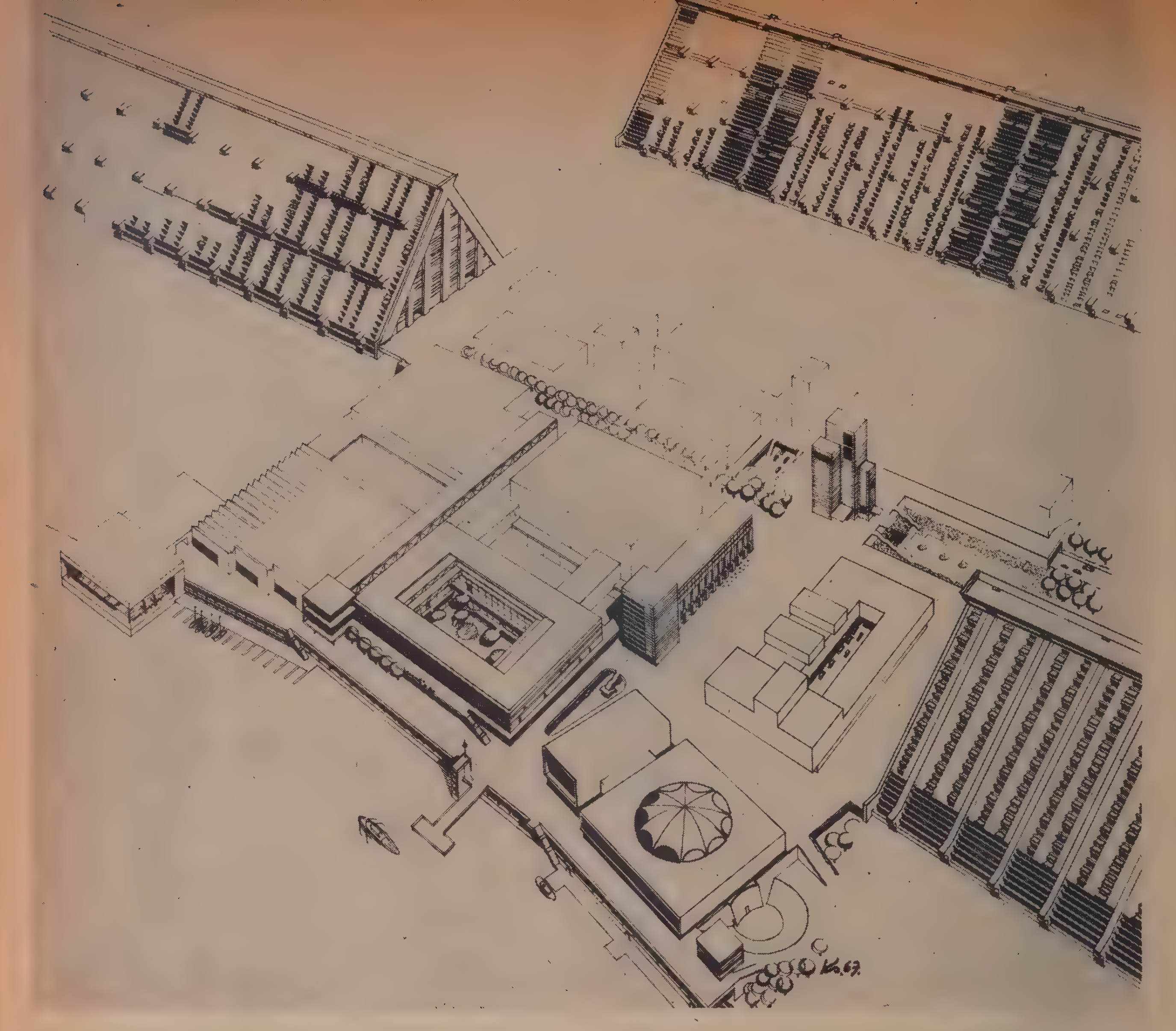
Von der Aufgabenstellung an ist das Suchen der architektonischen Lösung stets mit einer Kette vielfältigster Entscheidungen unter sich stetig verändernden Bedingungen verbunden. Diese Entscheidungen trifft der Architekt auf der Grundlage des ihm eigenen Systems innerer Wertmaßstäbe. Es kann im Sinne der Kybernetik als der seine Verhaltensweise als Architekt bestimmende Kern seines „internen Modells" von der Umwelt bezeichnet werden. Dieses „interne Modell" ist sowohl individuell-konkret als auch sozial determiniert. Indem der Architekt seine Wertvorstellungen zur Grundlage seines Schaffens macht, formt er sie im Lösungsprozeß selbst um und macht sie erlebbar. Die Beziehung Architekt – Gesellschaft, die in der Architektur mittelbar ihren Ausdruck findet, muß im Zusammenhang mit der Herausbildung des Wertsystems des Architekten gesehen werden. Insofern beginnt der Schaffensprozeß bereits vor der Stellung der architektonischen Aufgabe, er beginnt im Leben des Architekten, mit dem Erleben der gesellschaftlichen Wirklichkeit und mit dem Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Verantwortung.

Die hier gegebene Skizze will lediglich mit ersten Problemstellungen und theoretischen Ansätzen für die weitere Erforschung des architektonischen Schaffensprozesses bekannt machen. Sie will zugleich deutlich machen, daß die Erforschung des architektonischen Schaffensprozesses sowohl von der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und ihren Gesetzmäßigkeiten, von den grundlegenden Ergebnissen der marxistischen Philosophie, der Strukturwissenschaften und der Psychologie als auch von der Analyse der gegenwärtigen Architekturpraxis, in der sich der Entwicklungsprozeß in Form konkreter Erfahrungen und angewendeter Prinzipien und Verfahren darstellt, ausgehen muß. Damit sei zugleich die für eine fruchtbare architekturtheoretische Forschung unabdingbare Voraussetzung betont: die enge Zusammenarbeit zwischen Praktikern und Wissenschaftlern mit dem Ziel, die wissenschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Prozeß optimal geregelt werden kann und daß seine Ergebnisse immer besser den Erfordernissen der sozialistischen Gesellschaft entsprechen.

[7] Es handelt sich um eine Überarbeitung eines Modells von H. Elder (The Vancouver Experiment, in: „AIA-Journal", August 1966, S. 71 ff.)

[8] Der Terminus „Aufgabenstellung" wird hier in seiner ursprünglichen Bedeutung und nicht im Sinne der Investitionsverordnung angewendet

[9] Vgl. S. L. Rubinstein, Grundlagen der allgemeinen Psychologie, Berlin 1959, S. 407 ff.



Sozialistische Stadt als Modellfall

Ein Vorschlag zur Erneuerung des Städtebaus

Unter dem nebenstehenden Titel hat die hier aufgeführte Arbeitsgemeinschaft ein umfangreiches Material ausgearbeitet. Nachstehend bringen wir zur Vorinformation Auszüge aus dem Teil der Arbeit, den Dipl.-Ing. Josef Kaiser verfaßt hat. In einem der nächsten Hefte ist beabsichtigt, ausführlich über diese Arbeit zu berichten. red.

Arbeitsgemeinschaft
Entwurf und Koordinierung:
Dipl.-Ing. Josef Kaiser, Architekt BDA
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin
Korrespondierendes Mitglied
der Deutschen Bauakademie
Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Günter Queck,
Chefingenieur für Statik
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin
Bau- und Ausführungstechnologie:
Bauingenieur Günter Mann,
Haupttechnologe
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin
Haustechnik:
Ingenieur Günter Linde,
Chefingenieur für Haustechnik
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin
Industrielle Funktion:
Dipl.-Ing. Karl Schmidt,
Abteilungsleiter für Industriewerke
im Institut für Industriebau
der Deutschen Bauakademie
Kennziffernplanung Zentrum:
Dipl.-Ing. Klaus Andrä, Architekt BDA,
Berlin
Verkehrsplanung:
Bauingenieur Hans Günter Kupsch,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
im Institut für Städtebau und Architektur
der Deutschen Bauakademie
Stadttechnik:
Dipl.-Ing. Rudolf Randolf,
Technischer Direktor
VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung
Berlin
Kostenschätzung:
Bauingenieur Alfred Staffeldt
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin

... Der hier zur Diskussion gestellte Vorschlag ist speziell auf die realen Verhältnisse und Möglichkeiten der DDR hin konzipiert und zeigt einen Weg auf, der sich sowohl zur Rekonstruktion und allmählichen Umgestaltung bestehender Städte in eine neue harmonische Stadtstruktur als auch zum Bau neuer Stadtschöpfungen eignet; beides mit bisher nicht erreichter Wirtschaftlichkeit in Bauausführung und Nutzung ...

Im vorliegenden Modellfall liegt das Stadtzentrum unmittelbar am Fuße der Wohn- und Arbeitsstätten. Die weiteste Entfernung eines Bewohners zum Mittelpunkt des Zentrums beträgt 1½ km. Und selbst in einer Großstadt von einer halben Million Einwohnern braucht die maximale Entfernung zum Zentrum 2 km nicht zu übersteigen. Das Straßen-, Leitungs-, Beleuchtungs-, Nachrichtennetz und so weiter schrumpfen in Erstellung, Nutzung und Instandhaltung auf 25 bis 10 Prozent der gebräuchlichen Werte zusammen. Auch Großstädte bleiben fußläufig ...

Monotonie ist weitestgehend ein Ergebnis der großen Anzahl gleicher oder verwandter Einzelelemente. Deshalb müssen alle Bemühungen, der Monotonie des Massenwohnungsbaus durch Individualisierung (neuerdings gibt es derartige Tendenzen) beizukommen, im großen und ganzen erfolglos bleiben. Hingegen: Die Pyramiden Ägyptens wirken trotz ihres ungegliederten, gewaltigen Ausmaßes nicht monoton. Zerteilt in hundert kleine Einzelpyramiden begänne jedoch auch ihr Anblick zu langweilen. Was also im Städtebau noch fehlt, ist, die Vielzahl gleichartiger Gebäude zu verringern. Dieser Gedanke ist im vorliegenden Modellfall dargestellt, wo jedes Großhügelhaus 20 000 Bewohner und 10 000 Produktionskräfte faßt. Der Entwurf vertritt die Tendenz konsequentester Typisierung der Wohnstätten, Produktionsstätten, allgemeinen Schulen und Kindergärten bei im Gegensatz hierzu weitgehender Individualisierung der Bauten des gesellschaftlichen Zentrums.

Das Großhügelhaus

Es beinhaltet Wohnungen, Nahversorgungseinrichtungen und Garagen für 20 000 bis 22 000 Bewohner und Produktionsbetriebe mit 10 000 Arbeitsplätzen sowie 64 000 m² Bürofläche. Diese Gebäudeform wird unter allen denkbaren Möglichkeiten für den erforderlichen Zweck auf Grund folgender Vorzüge als optimal eingeschätzt:

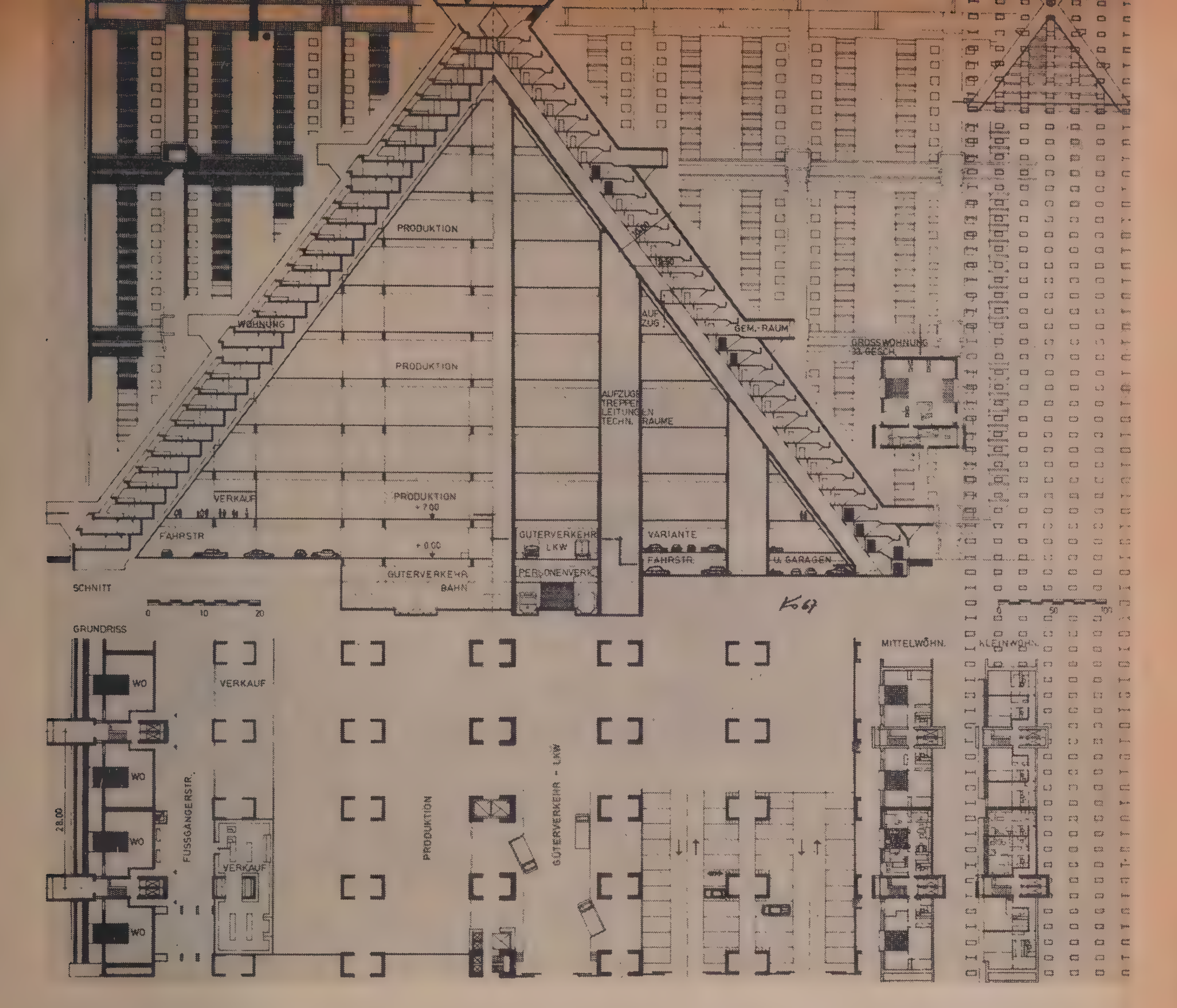
■ Das an den Längsseiten gleich einem besonnten und begrünten Hang unter 53° (Gebäudehöhe : Seitenhöhe : Gebäudetiefe = 4 : 5 : 6) aufsteigende Gebäude wirft weniger Schatten und wirkt freundlicher als die kalte Bedrohlichkeit senkrecht aufsteigender Wände überdimensionalen Ausmaßes.

■ Die von Geschoß zu Geschoß zurückspringenden Wohnterrassen fangen einen größeren Sonnenkreis ein. Sie lassen die Sonne um 2,10 m tiefer in die Räume eindringen und ermöglichen für jede Terrasse einen nicht überdachten Freiteil ...

■ Die Dreieckform bietet statische, konstruktive und bautechnologische Vorteile.

Einige Daten

Gebäudelänge: 1000 m
Gebäudetiefe: 150 m
Gebäudehöhe: 100 m
Anzahl der Wohnungen: 5390
20 000 m² Verkaufsfläche und Dienstleistungen
137 000 m² Fahrstraßen und Stellflächen für 5600 PKW
536 000 m² Produktionsflächen, Lager- und Transportflächen



Die Schalen des Wohntraktes und der Kern des Produktionstraktes sind durch Luftpolster voneinander getrennt und berühren sich konstruktiv nur an den Auflagern der Stützen. Schall- und Erschütterungsübertragungen auf den Wohntrakt sind isolierbar. An einigen Stellen wird das Industriegebäude zweckmäßigerweise zur Gewinnung von Tages- und Pausenräumen bis an die Außenhaut durchstoßen. Auch in ihren Funktionen sind Wohn- und Produktionstrakt voneinander getrennt.

Der Schienenverkehr erschließt das Gebäude unter Terrain, der Straßenverkehr erschließt das Gebäude auf Terrainniveau (± 0), der Fußgängerverkehr von der Fußgängerebene des Stadtzentrums her auf 7 m über Terrain.

Längs der Fußgängerstraße im Gebäude reihen sich kernseitig die Nahversorgungsläden und Dienstleistungseinrichtungen, außenseitig die Zugänge zu den Wohnungsaufzügen.

Die Wohnungen

Der Bewohner betritt vom Aufzugspaar her seine Wohnung, die als Kleinwohnungen im Vierspänner-, als Mittel- und Großwohnungen im Zweispännersystem angeordnet sind. Die Wohnungsinnenwände sind nicht gebäudetragend und daher beliebig anzuordnen (theoretisch ist jede Wohnung als großer wand- und stützenfreier Raum denkbar) . . .

Ich vertrete jedoch die Auffassung, daß die Gepflogenheit, in getrennten Einzelräumen zu wohnen, auch in Zukunft die im allgemeinen zweckmäßigste bleibt.

Die Kleinwohnungen verfügen außer über Bad und Küche über einen Abstell- oder Bastelraum und ein Loggia.

Die Mittelwohnungen verfügen über einen Bastel- und Abstellraum (unterteilbar) von 10 m² und eine Freiterrasse von 15 m². Die drei Hauptwohnräume sind um die Terrasse angeordnet. Als zusätzliches grünes Zimmer kann sie bepflanzt werden. Die 1 m breite Terrassenbrüstung verhindert den Blick auf darunter- und darüberliegende Terrassen wie überhaupt auf das Gebäude selbst.

Die Großwohnungen im obersten Geschoß sind nach beiden Gebäudefronten gerichtet.

Die Belichtung aller vierten Zimmer erfolgt durch Atelierfenster hinter Schrägfassade. WC, Bad, Küche, Bastel- und Abstellräume sind in allen Wohnungen innenliegend.

Gemeinschaftsverpflegung außerhalb der Wohnungen, aber innerhalb des Gebäudes ist möglich.

Der Dachgarten ist für die Hausbewohner über die Senkrechtaufzüge im Gebäudekern, für Hausfremde von der Stadt her über Sonderaufzüge an den Giebelseiten erreichbar.

Das gesellschaftliche Zentrum

Infolge der unmittelbaren Nähe des Stadtzentrums kann in der sozialistischen Stadt auf Komplexzentren verzichtet werden. Da jedes Großhügelhaus vier sechszügige oder sechs vierzügige Schulen auslastet, sind lediglich diese Allgemeinschulen sowie die entsprechende Anzahl von Kinderkrippen, Kindergärten, Spiel- und Sportplätzen beiderseits der Hügelhäuser angeordnet. Alle anderen gesellschaftlichen Einrichtungen befinden sich im Stadtzentrum. Das Terrain (± 0) des Zentrums ist dem Fahrverkehr sowie der Zu- und Ablieferung vorbehalten, während die Fußgängerstadt auf 7 m emporgehoben ist. Zwischen Fahrterrain und Fußgängerplateau sind Treppen und Fahrtreppen angeordnet, so daß die Fahrzeuge jeweils direkt bis zum Zielpunkt (Warenhaus, Stadthalle, Hotel usw.) herangeführt und dort wettergeschützt abgestellt werden können. Infolge der Doppelstöckigkeit des Verkehrs und der Verbannung des Wohn- und Industriebaus ordnet sich das Zentrum auf engstem Raume an. Im Gegensatz zur strengen Typung des Wohnungs-, Industrie- und Schulbaus sollte im Zentrum jede Stadt ein individuelles Gesicht herausbilden. Infolge der leichten Erreichbarkeit des Stadtzentrums und der hinzugewonnenen Freizeit wird sich dort ein intensiveres, differenziertes und qualifizierteres gesellschaftliches Leben entwickeln können, als man es zur Zeit kennt . . .

Die Rekonstruktion der Städte

Neue Stadtschöpfungen sind selten. Vielmehr wurde dieser Modellfall konzipiert, um ein Leitbild zu schaffen, in das die traditionelle Stadt allmählich hinüberwachsen muß, um die verlorengegangene Harmonie städtischen Zusammenlebens wiederzugewinnen. Gegenwärtig bedeutet jeder Neubau, der die alten Wohndichten unterschreitet, einen Schritt weg vom Ziel und einen weiteren Verlust an wertvollem Grund und Boden . . .

Wirtschaftlichkeit

Für das Großhügelhaus sind als bauverteuernde Faktoren die Höhe des Bauwerkes und die Klimatisierung des Kompaktkernes erkennbar. Demgegenüber stehen als verbilligende Faktoren, bezogen auf 100 Prozent Gesamtbaukosten, folgende Einsparungen: Bauland 13 Prozent, Versorgungserschließung 3 Prozent, Straßenbau 1,8 Prozent, Außenhaut 13,6 Prozent, Gebäudelänge 7 Prozent. Das ergibt insgesamt 38,4 Prozent Baukosteneinsparung. Ihnen stehen gegenüber eine Verteuerung der Haustechnik um 1 Prozent, des Aufzugbaus um 1 Prozent. Es verbleiben also 36,4 Prozent an Einsparungen, um die Baukostenerhöhung der übrigen Gewerke als Folge einer mittleren Gebäudehöhe von 50 m aufzufangen. Das Großhügelhaus ist also im Vergleich zur zehngeschossigen Bebauung in der Bauausführung wirtschaftlich.

Der eigentliche und entscheidende wirtschaftliche Vorteil der neuen Stadtstruktur wird jedoch erst in der Nutzung spürbar: Da das gesamte Netz der Stadttechnik, des Verkehrs, der Straßenbeleuchtung, des Nachrichtenwesens und so weiter durchschnittlich auf 20 Prozent der traditionellen Werte einschrumpft, sinken die Aufwendungen für die Nutzung, den Betrieb und die Instandhaltung dieser Einrichtungen nebst der dazu notwendigen Transportmittel, Fahrzeuge, Treibstoffe, Löhne, Gehälter und so weiter ebenfalls auf 20 Prozent der entsprechenden traditionellen Aufwendungen.

Es könnte das Zukunftsziel des Städtebaus werden, das Weichbild großer Städte auf ein Fünftel bis ein Zehntel ihrer heutigen Ausdehnung bei gleicher Bevölkerungsanzahl einschrumpfen zu lassen . . .

Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Bauing. Georg Böhncke, Wismar,
1. Januar 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Konrad Bee, Dresden,
3. Januar 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Gartenarchitekt Friedrich-Karl Evert, Rostock-Gehlsdorf,
4. Januar 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Karl Stützel, Potsdam,
11. Januar 1883, zum 85. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Kurt Nowotny, Coswig,
12. Januar 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Erich Seeling, Hohndorf,
14. Januar 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Friedrich Ihlenfeldt, Erfurt,
15. Januar 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Andreas Hartwig, Niederndodeleben,
15. Januar 1888, zum 80. Geburtstag

Architekt BDA Johannes Pahlitzsch, Stralsund,
16. Januar 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Gerhard Bönicke, Bergholz-Rehbrücke,
16. Januar 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Fritz Hüfner, Leipzig,
18. Januar 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Herbert Schneider, Dresden,
21. Januar 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Udo Kowatz, Coswig,
25. Januar 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Hugo Gogola, Cröbern,
28. Januar 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Friedrich Schauer, Berlin,
29. Januar 1913, zum 55. Geburtstag

Architektur in der Sowjetunion

Zu diesem Thema veranstaltete die Fachgruppe Städtebau der BDA-Bezirksgruppe Erfurt im Oktober 1967 eine Vortragsveranstaltung, die in ihrer Thematik zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eine besondere Bedeutung erhielt. Als Referent konnte Prof. Dr.-Ing. habil. Schädlich, Inhaber des Lehrstuhles für Baugeschichte an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, gewonnen werden, der es verstand, die drei Hauptetappen des sowjetischen Städtebaus und der Architektur in gewohnter Sachkenntnis zu erläutern. Insbesondere ist das Bemühen Professor Schädlichs anzuerkennen, die politischen, ideologischen wie auch ökonomischen Gegebenheiten der einzelnen Entwicklungsetappen zu charakterisieren, um damit gleichfalls zu beweisen, daß die architektonische Ausdrucksform Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

Mit dem Vortrag, der sich im wesentlichen an Beispielen aus den Städten Moskau und Leningrad hielt, wurde den Mitgliedern der Fachgruppe so recht bewußt, daß es in der Sowjetunion gelungen ist, die Architektur in den Dienst des Volkes zu stellen. Zugleich überraschten Bauobjekte aus den letzten Jahren durch ihre Kühnheit, Einfachheit und funktionell-sachliche Gestaltung.

In der folgenden Diskussion zeigte sich, daß es bislang noch ungenügend gelungen ist, die Erfolge sowjetischer Architekten zu popularisieren, wobei die Sprachschwierigkeiten sich hemmend auswirken. Es wurde der Wunsch geäußert,

- die „Deutsche Architektur" möge in größerem Umfange sowjetische Neubauten veröffentlichen und

- die sowjetische Architekturzeitschrift „Architektura SSSR" solle durch deutschsprachige Zusammenfassungen der einzelnen Artikel ergänzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion befaßte sich mit der Prägung einer eigenständigen Architektur in den Städten und Gebieten unserer Republik.

Diese bedeutsame Frage steht im Mittelpunkt der Generalbebauungspläne und der Maßnahmen zur Rekonstruktion großer Städte. Vom Referenten wie auch von den Fachgruppenmitgliedern wurde anerkannt, daß das Suchen nach differenzierten Ausdrucksformen richtig ist, weil damit der einmalige Charakter unserer Städte erhalten und bereichert und zugleich der Monotonie im Städtebau entgegengewirkt wird. Noch stehen wir am Anfang dieser Aufgabe, für die es keine Rezepte geben kann, und mit dem Wunsch, sich in diesem Prozeß öfter mit Professor Schädlich gedanklich auszutauschen, schloß die gelungene Veranstaltung. Kurt Weinrich

Wohnkomplex Greifswald Süd II

Mit dem Aufbau des Kernkraftwerkes Nord ist der Bau eines neuen Wohnkomplexes für etwa 22 000 Einwohner in Greifswald geplant.
Um kurzfristig mehrere Varianten für die städtebauliche Lösung zu erhalten, wurde auf der Grundlage der bisherigen Untersuchungen des Büros für Territorialplanung Rostock sowie des Büros für Städtebau Rostock ein engerer bezirklicher Wettbewerb ausgeschrieben.
Folgende Kollektive reichten hierzu eine Arbeit ein:

Büro für Städtebau Rostock,
Brigade Wismar
Büro für Städtebau Rostock,
Brigade Stralsund
VEB Industrieprojektierung Stralsund
VEB Hochbauprojektierung Rostock,
Brigade Greifswald
VEB Hochbauprojektierung Rostock,
Betriebsteil Lütten Klein

Am 29. Juni 1967 fand sich beim Bezirksbauamt Rostock die Fachgruppe Städtebau der BDA Bezirksgruppe Rostock zu einer ersten Diskussion über die Wettbewerbsergebnisse zusammen, um neben der Auswertung durch die Jury auch ihrerseits Empfehlungen für die weitere Arbeit zu geben.
Es wurde allgemein anerkannt, daß in allen Arbeiten nach neuen Wegen im Städtebau gesucht wurde.
In diesem Zusammenhang zeigt zum Beispiel die Arbeit des VEB Hochbauprojektierung Rostock durch die Anwendung von dreigeschossigen Würfelhäusern mit einem speziellen Wohnungssortiment oder die Anwendung von Stufenhochhäusern neue Möglichkeiten in der städtebaulichen Ensemblebildung.
Gegenwärtig werden in Anlehnung an die städtebauliche Direktive auf der Grundlage dieser Arbeit der Bebauungsplan und die städtebauliche TÖZ angefertigt.
In einer weiteren Veranstaltung in Greifswald soll dann der endgültige Entwurf vorgestellt werden. R. Lasch

Modellfoto der Wettbewerbsarbeit des Kollektivs Dr. Lasch, Bengelsdorf, Grebin, Fischer



Tagungen

Informationstag „Leichte Geschoßbauweise"

Vom VEB Cottbus-Projekt wurde im Auftrage des WTZ beim Ministerium für Bauwesen Berlin, Komplexer Wohnungs- und Gesellschaftsbau, in Verbindung mit dem VEB Wohnungskombinat Cottbus das Forschungsthema „Leichte Geschoßbauweise" im Rahmen eines Informationstages dargelegt.
Direktor König vom VEB Cottbus-Projekt führte in seinem Referat aus, daß die leichte Geschoßbauweise eine industrielle Montagebauweise im Baukastensystem ist, die relativ geringe Flächenmassen aufweist und die Decken-, Wand- und Skelettkonstruktion zu einem Bausystem vereinigt. Die geometrische Systematik zur Einordnung der Bauelemente in den Raster gewährleistet eine weitreichende Flexibilität und vielseitige Anwendbarkeit der Formgebungsmittel.
Der Technische Direktor des Wohnungskombinates Cottbus, Herr Ulbrich, erläuterte das Bauteilsortiment und wies nach, daß durch Verlagerung der Produktion in den Betonwerken der Transport und die Zwischenlagerung der Fertigteile optimal gestaltet wurden.
Mit der experimentellen Erprobung neuer Entwurfslösungen in dieser Bauweise (Schülergaststätten, Stadtambulatorien, Dienstleistungsgebäude, Gaststätten, Kaufhallen, polytechnische Oberschulen, Heimbauten und Bauten für die Hühnerintensivhaltung und Schweinemastanlagen) wurden Institute der Technischen Universität Dresden und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar beauftragt. Dieser Weg der Bearbeitung von Forschungsthemen sollte auch anderen Kollektiven empfohlen werden.
Im Rahmen dieses Informationstages wurde auch der in dieser Bauweise errichtete Muster- und Experimentalbau für eine Kinderkrippe - Kindergarten - Kombination (64/144 Plätze) im Wohnkomplex IV in Cottbus besichtigt, der sich durch seine exakte und saubere Bauausführung auszeichnet.

Es liegt nach Auswertung dieses Experimentalbaus ein Wiederverwendungsprojekt dafür vor, das von den anderen Bezirken übernommen werden kann, wie überhaupt die Ergebnisse der „Leichten Geschoßbauweise" nachgenutzt werden können. Die in einem gesonderten Forschungsauftrag untersuchten Probleme der Kompaktbauweise bilden hierzu eine wesentliche Ergänzung für im Raster 6 m × 12 m stützenfreie Kompaktbauten.

Claus Weidner

Rat für Gestaltung Mitglied des ICSID

Vom 11. bis 12. September 1967 tagte in Ottawa (Kanada) die 5. Generalversammlung des International Council of Societies of Industrial Design (ICSID) — Internationaler Rat der Verbände und Organisationen für Industrieformgestaltung. In dieser Generalversammlung wurde die DDR — vertreten durch das Zentralinstitut für Gestaltung des DAMW — als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen.
Der ICSID ist ein beratendes Organ der UNESCO zur Förderung und Entwicklung der Industrieformgestaltung in aller Welt.

Die Mitgliedschaft der DDR im ICSID bietet die Möglichkeit, internationale Erfahrungen auf dem Gebiet der Industrieformgestaltung für die DDR auszuwerten sowie die DDR auf diesem Fachgebiet international zu repräsentieren.
Verbunden mit der Generalversammlung fand vom 13. bis 15. September 1967 in Montreal der 5. Kongreß des ICSID mit dem Thema „Der Mensch und seine Welt" statt, an dem Vertreter des Rates für Gestaltung beim DAMW teilnahmen.

Bücher

■

Emil Kovarik

Industriebau, Band I: Industriewerke

Übersetzung aus dem Tschechischen
Deutsche Bearbeitung
von Prof. Dr.-Ing. habil. Hans Lahnert
252 Seiten mit 189 Abb. und 75 Tafeln
Format 29 cm × 20,5 cm
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1967
Ganzleinen 39,50 M

Mit dem vorliegenden Werk ist ein Fachbuch erschienen, das erstmalig die Planung, die Typisierung und die neuen Bauweisen unter sozialistischen Produktionsverhältnissen berücksichtigt. Insbesondere werden dabei die Erfahrungen aus der ČSSR behandelt. Darüber hinaus sind technisch-ökonomische Vergleiche der Konstruktionen aus der Volksrepublik Polen, der DDR und Westdeutschland wertvolle Maßstäbe für die weitere Entwicklung der Gebäude für die Industrie.

In dem vorliegenden Band I gehen die Verfasser von den grundsätzlichen Einflüssen beim Aufbau neuer Industriebetriebe aus und behandeln ausführlich die Fragen der Stadt- und Gebietsplanung. Die richtungweisenden Gebietsentwicklungsprogramme, die Generalbebauungspläne der Bezirke und Städte sind die Voraussetzung für die ökonomische Lösung der Industrieplanung. Die in diesem Zusammenhang angegebenen Werte sind sowohl für den Städteplaner und den Architekten als auch für die Ingenieure von Interesse, die die Ausrüstung oder den Bauteil planen.
Der vorliegende Band umfaßt 12 Abschnitte und ein Literaturverzeichnis sowie das oft gebrauchte Sachwortverzeichnis.

Im Abschnitt 1 werden die besonderen Merkmale des Industriebaus sowie die profilbestimmenden Einflußfaktoren, die durch die Volkswirtschaftspläne festgelegt sind, erläutert.
Der Abschnitt 2 behandelt die Grundsätze für den Aufbau neuer sozialistischer Betriebe und ihre Beziehungen zur Stadt, während im Zusammenhang hiermit der Abschnitt 3 die Projektierung beinhaltet.

In den Abschnitten 4 und 5 ist der Schwerpunkt auf geologische und ökonomische Standortfragen gerichtet.
Gesamtbebauungspläne werden in ihrer besonderen Charakteristik sehr anschaulich, umfangreich und allgemeinverständlich mittels Lageplänen und Vogelperspektiven erläutert (Abschnitt 6).
Der Abschnitt 7 befaßt sich mit technisch-ökonomischen Kennzahlen zum Abschnitt 6. Hierdurch ist das Fachbuch auch für die Ausrüstung planenden Ingenieure (Technologen) ein wertvoller Ratgeber.
Die Modulkoordinierung, Typisierung und die daraus resultierenden Universalgebäude umfassen die Abschnitte 8 und 9.

Im Abschnitt 10 wird dargelegt, daß im modernen Industriebau die monolithische Bauweise nur noch für einige Spezialbauwerke berechtigt ist. Es sind vorwiegend Stahlbetonfertigteil- und Stahlbaukonstruktionen aus mitteleuropäischen Ländern erläutert. Besondere Beachtung finden hierbei die dem Weltstand entsprechenden, in der ČSSR patentierten Girlandenbinder von 9,0 bis 72,0 m Spannweite. Baumaterialien und spezielle Details der Industriebauwerke vervollständigen diesen Abschnitt.

Der Abschnitt 11 behandelt die Grundsätze des innerbetrieblichen Verkehrs, die an Lösungsbeispielen ausreichend erläutert sind.
Abschnitt 12 kann nur das Grundsätzliche aller Versorgungsnetze enthalten, da die Vielfalt und der Umfang der Versorgungsnetze immer spezifische Unterschiede aufweisen werden.

Der zu erwartende Band II soll die weiteren Probleme der Projektierung und der Typenprojektierung, die eng damit zusammenhängenden Fragen der Gestaltung und Konstruktion von Industriebauten sowie die hygienischen, physiologischen und psychologischen Gesichtspunkte der Arbeitsplatzgestaltung behandeln.
Das vorliegende Fachbuch wird wegen seiner systematischen Gliederung und Übersichtlichkeit des gesamten Industriebaus allen an der Industrieplanung Arbeitenden empfohlen. Wegen des pädagogisch-akademischen Wertes wird es insbesondere solchen Studenten empfohlen, die sich in ihrer beruflichen Laufbahn für den Industriebau entschieden haben.

Ingo Schönrock

■

Jan Zachwatowicz

Polnische Architektur

540 Seiten mit 346 Fotos und 179 Strichzeichnungen
VEB E. A. Seemann Buch- und Kunstverlag Leipzig
und Verlag Arkady, Warszawa 1966
Ganzleinen 50,— M

Das als Gemeinschaftsausgabe vom Seemann Verlag und vom Verlag Arkady im Tiefdruck herausgekommene Buch ist nicht nur ein umfassendes Standardwerk über die polnische Baugeschichte vom Beginn des polnischen Staates bis in die Neuzeit, sondern eine der fundiertesten Architekturpublikationen sozialistischer Verlage überhaupt. Das Buch wird von vielen am Verständnis der architektonischen Entwicklung Interessierten freudig begrüßt werden, denn es gibt einen großartigen Überblick über die Architekturströmungen und künstlerischen Persönlichkeiten in der baulichen Entwicklung unseres östlichen Nachbarlandes, dessen nationale Geschichte oft zu engen Berührungen mit unserer eigenen Geschichte und damit auch zu Kontakten deutscher und polnischer Architekten führte. Besonders wirksam wird dies zur Zeit der Wettiner im Wirken von Knöffel, Chiaveri, Longuelune, Pöppelmann und Naumann. Unter dem kunstverständigen König Stanislaus August triumphierte der italienisch und französisch beeinflußte Klassizismus in der Residenz Warschau und wirkte noch lange bis in das 19. Jahrhundert hinein. Die noch heute den Glanz der polnischen Hauptstadt bildende Perlenkette der Stadtpaläste des polnischen Hochadels ist geprägt von der Eleganz dieses Stils. Corazzi, Merlini, Zug und Kammsetzer sind die großen stilbildenden Architekten des polnischen Klassizismus.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verwendet schon neue industrielle Baustoffe für traditionelle Aufgaben.
Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden wie im übrigen Europa die neuen Bauaufgaben für Lehre und Forschung, Unterhaltung, Verwaltung und Wirtschaft im Stile des historisierenden Eklektizismus gelöst, nur im österreichischen Galizien kommen unter dem Einfluß des Krakauer Künstlerkreises interessante nationale Strömungen zum Durchbruch, die anknüpfen an die Volksbauweise der Geralen und heute noch dem Tatrakurort Zakopane den eigenen Stil geben.
In der Zeit der bürgerlichen Republik muß man zwei Perioden unterscheiden, die Zeit unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg und die Zeit nach der in Polen sehr schweren Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre.

Zachwatowicz charakterisiert die Bestrebungen der ersten Periode als eine Anlehnung an die historische Romantik, die einerseits auf Formen der altpolnischen Gutshäuser zurückgreift, andererseits den polnischen Klassizismus nachahmt oder sich auf Elemente der „Goldenen Zeit" Polens, auf die Renaissance, in Einzelformen bezieht.
Nach 1930 setzen sich in Polen konstruktivistische Bestrebungen immer stärker

durch. In diesen Jahren erreichen polnische Architekten wie Korngold, Brukalski, Lachert und Gutt im bürgerlichen Wohnungsbau Leistungen von internationalem Rang. In dieser Zeit baut auch Pniewski seine eleganten Wohnhäuser und andere Bauten mit den in Warschau beliebten dünnen Alabasterformen in seiner geschmeidigen Architektursprache. Besonderen Rang gewinnen in dieser Periode die Bauten des Zentralinstituts für Leibesübungen in Bielany von Edgar Norwert.

Die Architektur der Gegenwart analysiert Zachatowicz nach drei Epochen:

die Periode des Wiederaufbaus 1944 bis 1949,

die Periode von 1950 bis 1955 und

die Periode ab 1956,

die gewisse Irrtümer der vorangegangenen Zeit korrigierte und in einem kulturell blühenden und wirtschaftlich das bürgerliche Polen weit überflügelnde Volkspolen eine differenziert abgestufte Skala vielseitiger Architektenpersönlichkeiten zur Verfügung hat.

Auch den Nichtlandeskundigen gibt die wertende und kritische Schreibweise des Autors Belehrung, da trotz nationaler Eigentümlichkeiten das Typische internationale Geltung hat. Fritz Rothstein

■

Wohnung und Wohngebiet

Reihe Architekturwettbewerbe, Ausgabe 46
140 Seiten mit 195 Abb., 2 Falttafeln
Format 22,5 cm × 29,7 cm
Karl Krämer Verlag, Stuttgart/Bern 1966

Zunächst verrät einen uns besonders interessierenden Aspekt der Titel „Wohnung und Wohngebiet". Geht doch aus dem gleichberechtigten Nebeneinander von Wohnung und Wohngebiet eine Zusammengehörigkeit hervor. Die in dem Heft enthaltenen Beiträge und dargestellten Wettbewerbsergebnisse, letztere fast ohne Ausnahme in einem Bearbeitungsrahmen vom Grundriß im Maßstab 1 : 200 bis zum Lageplan im Maßstab 1 : 1000, lassen keinen Zweifel zu, es lohnt, den untrennbaren Zusammenhang zwischen diesen zwei Gestaltungsaufgaben zu erkennen und seine Überlegungen darauf einzustellen.

Die Ergebnisse vermögen recht zu überzeugen. Dieser Meinung sind auch die Redakteure der Zeitschrift. Ihre einleitenden Ausführungen geben offenbar der vorhandenen Ernüchterung, Unsicherheit und einem gewissen Unbehagen gegenüber den bis dato heiligen Grundsätzen des Wohnungsbaus in der Bundesrepublik Ausdruck.

Ideal und Wirklichkeit stimmen nicht überein!

Dazu ein Zitat aus einem Gutachten für das Wohngebiet Lyngsberg (Bad Godesberg 1965) zur ideellen Aufgabenstellung: „Die reizvolle landschaftliche Lage von Bad Godesberg wird durch die notwendigen städtebaulichen Erweiterungen nicht beeinträchtigt, wenn das individuelle Wohnbedürfnis einer verantwortlichen Stadtplanung untergeordnet wird. Das freistehende Einfamilienhaus hat keine Berechtigung mehr, wenn es als Schema einer einfallslosen Planordnung an den Rändern unserer Städte und Dörfer wuchert oder wenn der Besitzanspruch vermögender Einzelbauherrn die notwendigen Räume für das gemeinsame Erleben echter Stadtlandschaften spart."

Auf welch neue Art lösen nun die Wettbewerbsentwürfe den Widerspruch zwischen individuellen Wohnwünschen vermögender Einzelbauherrn und der verantwortlichen Stadtplanung?

Hier kurz skizziert die Tendenzen:

■ Mischung unterschiedlichster Wohnformen. Einfamilienwinkel- oder -atriumhaus. Terrassierte Einfamilienbebauung am Hang. Verketten und Verflechten von mehrgeschossiger und vielgeschossiger Wohnbebauung durch variationsreiche Grundrißkombinationen.

■ Vorsichtige Verdichtung der Bebauung durch Verschmelzen der Wohnform des Einfamilienhauses mit der des Mehrfamilienhauses zu Hügel- und Terrassenhäusern oder Wohnlandschaften.

■ Immer noch sind städtebauliche Gruppierungen (Ansätze zu Hofbildungen) unter dem Aspekt der Trennung von Fahr- und Fußgängerverkehr auf die riesigen Grünweiden ausgerichtet.

Fast alle Beispiele mühen sich im Rahmen ihrer Programme und Zielsetzungen um eine etwas konzentriertere, städtischere Bebauung, doch zeigen die Lösungen nur wenige wirksame Verdichtungen der Baumasse, aber dafür in ausreichendem Maße weite Grünöden, die den Bewohnern wohl kaum die Kontakte erleichtern werden. Übertriebene „Qualitätsforderungen" für die Wohnung als Einzelzelle, wie etwa geringste Ein- aber größte Ausblicksmöglichkeit bei bester Besonnung, blockieren die Entwicklung weiterführender Vorstellungsbilder für neue Wohngebiete.

Kein Gedanke zur Erweiterung der Programmvorstellungen für Wohngebiete mit dem Ziel einer stärkeren Integration städtischer Funktionen.

Nun könnten besonders Objektive einwenden: „Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen." Zweifellos weiß spätestens seit der IV. Baukonferenz unser letzter Architekt, daß unsere Wohngebiete nicht gerade Musterbeispiele an städtischer Vielfalt und Abwechslung sind.

Doch waren wir ja seitdem nicht ganz untätig. Das beweisen die Ergebnisse des Entwurfskolloquiums Leipzig zur Umgestaltung der inneren Westvorstadt, die den Gedanken präzisierte, die Stadt in der Stadt zu bauen.

Zum Schluß noch einige ausführlichere Darstellungen eines soziologischen Beitrages von Norbert Schmidt-Relenberg, der drei Voraussetzungen für gut funktionierende Wohngebiete formuliert:

„Als erstes wäre zu nennen das emotional-ästhetische Raumbewußtsein. Der Bewohner liebt sein Wohngebiet, er empfindet es als Heimat, er empfindet es als schön, er fühlt sich mit ihm verwachsen oder er spürt, wie er mit ihm verwächst.

Das zweite Merkmal ist die habituelle Raumbildung, die Gewöhnung an ein bestimmtes Gebiet und die Gewohnheit, wenn man eine gewisse Zeit darin lebt.

Das dritte Bestimmungsmerkmal ist das Gruppenbewußtsein, genauer gesagt das Schichtenbewußtsein. Gruppenbewußtsein bezieht sich auf den das Wohngebiet übergreifenden Raum: wir Hamburger, wir Stuttgarter usw. Das Schichtenbewußtsein bezieht sich auf das Wohngebiet, zumindest besteht grundsätzlich die Tendenz, das Wohngebiet mit einer bestimmten Schicht zu identifizieren. Während man in die Bezeichnung wir Hamburger ohne weiteres alle Schichten einbezieht, verbindet man mit dem Begriff Blankenese die Vorstellung von einer besonderen Schicht, in diesem Falle der Oberschicht. Gleicherweise wird der Begriff Barmbek mit Arbeiterviertel identifiziert. Die Homogenität der Schichtung eines Wohngebietes erweist sich demnach als eine wesentliche soziale Konstituente. Je einheitlicher die Schichtung eines Wohngebietes, das heißt, je größer der Anteil der Mitbewohner der gleichen Schicht ist, desto mehr fühlt sich der einzelne in seinem Gebiet aufgehoben."

Diese letzte Forderung nach sozialer Homogenität der Wohngebiete zeigt uns, wie weit doch die Entwicklungen in beiden deutschen Staaten auseinandergehen, und sollte Anlaß für uns sein, auf dem Weg zu neuen Vorstellungen zum Wohnen in der Stadt dort zu beginnen, wo offensichtlich gesellschaftliches Statusdenken einer überholten Gesellschaftsordnung nicht mehr in der Lage ist, einen weiterführenden Beitrag zur Entwicklung zu leisten.

Siegfried Klügel

Vertrag zwischen
VE WBK Berlin und VVB Bauglas Dresden

Sechs Unterschriften besiegeln seit dem 21. September 1967 ein bedeutsames Dokument: den Vertrag zwischen dem VE Wohnungsbaukombinat Berlin und der VVB Bauglas Dresden über eine wirkungsvolle Zusammenarbeit bei der Neugestaltung des Berliner Stadtzentrums. Als verantwortliche Vertreter zeichnen für die VVB Bauglas Kollege Eichler, Anwendungsingenieur, und für das WBK Berlin die Kollegen Radke und Groffunder (beide Abteilungsleiter). Die Vertragspartner sind sich bewußt, daß dem Wiederaufbau und der Neugestaltung des Stadtzentrums unserer Hauptstadt größte politische Bedeutung zukommt. Ein für das Gesamtbild wesentlicher Abschnitt ist dabei die um den Berliner Fernsehturm und das Ringcafé vorgesehene Bebauung an der Rathausstraße, Liebknechtstraße und Spandauer Straße mit neun- und vierzehngeschossigen Wohnhäusern sowie der Bau eines fünfundzwanziggeschossigen Wohnhochhauses an der Spandauer Brücke. Der Einsatz gläserner Bauelemente erhält bei diesen Bauvorhaben in technologischer und gestalterischer Hinsicht ein besonderes Gewicht. Der Vertrag dient, außer der Sicherung der architektonischen Konzeption der Architektur, auch der Lösung aller anderen Fragen, die sich bei der Verwendung von Bauglas in der Innen- und Außengestaltung ergeben. Zum Beispiel verpflichtet sich die VVB Bauglas als Auftragnehmer, Informationen und Muster des Fertigungsprogrammes ihrer Betriebe an den Auftraggeber, das Wohnungsbaukombinat, zu geben und die Anwendungsmöglichkeiten mitzuteilen. Weiterhin hat die VVB Bauglas Sonderfertigungen zu beraten und herzustellen, Lieferbedingungen und Importe zu klären und bis Jahresende 1967 in enger Zusammenarbeit mit den bautechnischen Projektanten des WBK Berlin eine Studie zu erarbeiten, in der für die Einzelvorhaben alle Vorschläge zusammengefaßt sind, die den Einsatz von Bauglaserzeugnissen betreffen (einschließlich der dazugehörigen konstruktiven und gestalterischen Lösungen, Materialbedarfsermittlungen, Liefernachweise, Preisangebote und technischen Kennziffern als Grundlage für die Projektbearbeitung und für die vorvertragliche Bindung der Lieferbetriebe).

Das WBK Berlin liefert dazu die funktionellen und konstruktiven Arbeitsunterlagen sowie die bautechnischen, nutzungsbedingten und aufwandsbestimmenden Angaben. Es trifft die für die Ausarbeitung der Studie erforderlichen Entscheidungen über die aufzunehmenden Lösungsvorschläge, Varianten und Aufgliederung in Teilobjekte unter Berücksichtigung des ökonomisch günstigsten Einsatzes von Material und finanziellen Mitteln. I. Kottwitz

Standardisierung

Zur Anwendung empfohlen wird die TGL 11462 Blatt 11 **Baugrundmechanik**; Prüfungen an Lockergesteinsproben im Laboratorium, Bestimmung der Wasserdurchlässigkeit in der Ausgabe März 1967. Nach allgemeinen Festlegungen folgen die Regelungen bei Prüfverfahren für nichtbindige und für bindige Erdstoffe. Der Standard gilt für die Bestimmung der Wasserdurchlässigkeit von Erdstoffen im Falle laminarer Wasserströmung nach dem Darcyschen Gesetz. Für Durchlässigkeitsversuche in Ödometern gilt er nicht.

In der Ausgabe März 1967 wurde die TGL 117–0377 **Leichtzuschlagstoff-Schaumbeton** am 1. Juli 1967 verbindlich. Zunächst werden vier Begriffe erklärt. Weitere Einzelheiten betreffen die Be-

zeichnung, Herstellung, Prüfung und technische Forderungen.

In der Ausgabe vom November 1966 wurde die TGL 118–0504 **Schalung für den Zementbetonstraßenbau**; Hauptkennwerte, Anwendung am 1. Juli 1967 verbindlich.

In der Ausgabe März 1967 wurde die TGL 118–0775 Blatt 2 **Spannbeton-Druckrohrleitungen, erdverlegt**, Prüfung am 1. Juli 1967 verbindlich. Nach den Grundsätzen folgen die Festlegungen zur Vorbereitung, Ausrüstung und Durchführung der Prüfung. Im Standard ist das Muster eines Prüfprotokolls enthalten.

Der Fachbereichstandard TGL 118–0802 Blatt 1 **Lastaufnahmemittel für das Bauwesen; Einzelteile**, Auswahl wurde in der Ausgabe März 1967 am 1. Juli 1967 verbindlich. Der Standard enthält acht verschiedene Schemaskizzen mit dazugehörigen Benennungen und Größen.

In der Ausgabe September 1966 gelten die folgenden Fachbereichstandards der VVB Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinen. Die TGL 22–171 **Freifallmischer; Kipptrommelmischer** besteht aus Blatt 1 Hauptkennwerte und Blatt 2 Technische Lieferbedingungen. Die Einzelheiten im Blatt 2 betreffen die Bedienung, Bestellangaben, den Lieferumfang, die Kennzeichnung, Montage, Prüfung, technische Forderungen, den Transport, die Verpackung und Wartung. Der Standard wurde mit beiden Blättern ab 1. Januar 1967 verbindlich. – Am 1. Juni 1967 wurde die TGL 22–212 **Vordrucke und Schriftfelder für Konstruktionsunterlagen** verbindlich.

Von der VVB Armaturen und Hydraulik sollen hier ebenfalls einige Fachbereichstandards angezeigt werden. Die TGL 25–01176 **Ordnung der Standards**, Systematik, Ordnungsnummer wurde in der Ausgabe März 1966 ab 1. August 1966 verbindlich. – In der Ausgabe November 1965 erlangte die TGL 25–08703 **Farbauftraggeräte; Langrohrspritzköpfe** am 1. Juli 1966 Verbindlichkeit. – Am 1. November 1966 wurde die TGL 25–13106 **Farbkennzeichnung für Rohrleitungen** in der Ausgabe Mai 1966 verbindlich. – Am wichtigsten dürfte die TGL 25–10505 **Korrosionsschutz; Anstriche** sein, die in der Ausgabe Mai 1966 am 1. Oktober 1966 verbindlich wurde. Sie regelt die Vorbehandlung des Untergrundes, die Herstellung der Anstriche, das Ablösen unbrauchbarer Anstriche und die Eintragung in Arbeitsunterlagen. Ferner werden die Anstrichsysteme und die Lagerung der Anstrichstoffe erläutert.

Aus der VVB Eisen-, Blech- und Metallwaren wurden weitere Fachbereichstandards der **Beschläge für das Bauwesen** verbindlich. – In der Ausgabe Mai 1966 erlangte die TGL 48–31241 **Flügelauflaufblech und Schleifstifte** und die TGL 48–31264 **Sternnägel** am 1. Januar 1967 Verbindlichkeit. – In der Ausgabe November 1966 wurden die TGL 48–31212 **Verbundband für Holz-Aluminium-Fenster** und die TGL 48–31279 **Fensterausstellstange** am 1. Juli 1967 verbindlich.

Die VVB Energieversorgung bestätigte die TGL 78–10110 **Wandler-Zähler-Meßsätze**, Auslegung, Einbau in der Ausgabe Mai 1967, die am 1. Januar 1968 verbindlich wurde. Auf 27 Seiten sind zahlreiche Festlegungen getroffen worden, die durch 41 Bilder erläutert werden.

Von der VVB Stahl- und Walzwerke wurde die TGL 101–014 **Sonderhochbaustähle**, Technische Lieferbedingungen in der Ausgabe April 1966 bestätigt. Die Verbindlichkeit erfolgte ab 1. September 1966.

Die Zentralstelle für Standardisierung Komplexer Wohnungsbau beauftragte das Institut für Stahlbeton mit der Erarbeitung der TGL 21094 **Prüfung des erhärteten Betons**, Ermittlung von Formänderungswerten, deren Entwurf seit Dezember 1966 vorliegt. Außer Begriffserklärungen enthält der Standardentwurf Festlegungen zur Bestimmung der kurzzeitigen und langzeitigen Formänderungen.

–er.

Rechtsnormen

Nach dem Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die **Weiterentwicklung der Haushalts- und Finanzwirtschaft der Städte und Gemeinden** vom 15. September 1967 (GBl. I Nr. 14 S. 111) können die örtlichen Volksvertretungen Mittel ihres Rücklagenfonds aus Städten und Gemeinden außerhalb ihres Territoriums zur Durchführung von komplexen Aufgaben wie für das Naherholungswesen zur Verfügung stellen. – Durch die Erschließung von Reserven an Baustoffen erreichen die Städte und Gemeinden eine Mehrproduktion an Baumaterialien und eröffnen der Haushalts- und Finanzwirtschaft zusätzliche Einnahmequellen.

Auf den VEB Projektierung Wasserwirtschaft Halle (Saale), die dem Ministerium für Bauwesen unterstehenden volkseigenen bautechnischen Projektierungsbetriebe, die den Bauämtern unterstehenden volkseigenen bautechnischen Projektierungsbetriebe und den VEB Baugrund Berlin wurde die Anordnung über das **einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik in der volkseigenen Industrie** durch die Anordnung Nr. 1 über die Erweiterung des Geltungsbereiches vom 18. Februar 1967 (GBl. II Nr. 20 S. 120) ausgedehnt. Die Norm trat am 7. März 1967 in Kraft. – Seit dem 11. August 1967 gilt die Anordnung Nr. 2 über die Erweiterung des Geltungsbereiches der Anordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik in der volkseigenen Industrie vom 13. Juli 1967 (GBl. III Nr. 8 S. 51) auch für den VEB Forstprojektierung Potsdam.

Am 9. März 1967 trat die Verordnung über die **Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes** vom 9. Februar 1967 (GBl. II Nr. 21 S. 121) in Kraft, die auch im Bauwesen Gültigkeit hat. Hiernach wird der volkseigene Produktionsbetrieb als wichtigste gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtlich selbständige Einheit der materiellen Produktion, als ein Kollektiv sozialistischer Werktätiger staatsrechtlich fixiert. Aus der Stellung des volkseigenen Produktionsbetriebes leiten sich die Hauptaufgaben her, zu denen die Verpflichtung gehört, die Zustimmung der örtlichen Staatsorgane bei der Planung der Standorte für Investitionen, die Inanspruchnahme von Boden und anderes mehr herbeizuführen. Die Rechte und Pflichten des Betriebes bei der Planung und Leitung des betrieblichen Reproduktionsprozesses umfassen die Planung, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die komplexe sozialistische Rationalisierung und Investitionen, Arbeitskräfte und Arbeitsökonomie, Materialwirtschaft und Absatz, betriebliche Fonds, Finanzen und Preise. Weitere Regelungen betreffen die Leitung und Organisation des Betriebes, seine Vertretung im Rechtsverkehr, das Statut und die Eintragung in das Register der volkseigenen Wirtschaft. Auch zur Gründung, Zusammenlegung, Teilung und Auflösung eines Betriebes sind Festlegungen in dieser bedeutenden Norm getroffen worden.

Am 1. April 1967 trat die Anordnung über die **Nachnutzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse** innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. März 1967 (GBl. II Nr. 32 S. 197) in Kraft, die die Ergebnisse der angewandten Forschung und Entwicklung, aber auch nicht patentierte wissenschaftlich-technische Lösungen, wie Projektierungs- und Konstruktionsleistungen, ohne Wiederverwendungsprojekte sowie Neuerervorschläge und -methoden erfaßt.

Am 1. März 1967 trat die Anordnung über das **Statut des Instituts zur Ausbildung von Ingenieurpädagogen** auf den Gebieten der chemischen Industrie und **des Bauwesens** vom 10. Juli 1967 (GBl. III Nr. 8 S. 49) in Kraft. Das Institut hat seinen Sitz in Magdeburg.

Am 15. April 1967 trat die Verfügung über **zusätzliche Arbeitsschutz- und sicherheitstechnische Maßnahmen beim Überschneiden des öffentlichen Verkehrsraumes (einschließlich bewohnter bzw. öffentlicher Gebäude) mit dem Arbeitsbereich von Kranen** vom 14. März 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 3/4 S. 33) in Kraft.

Gleichzeitig trat die Verfügung über die **Verwendung von Hohlblocksteinen aus Schwerbeton** vom 14. März 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 3/4 S. 35) in Kraft, die an Stelle von Hohlblocksteinen aus Leichtbeton für nicht wärmedämmendes Mauerwerk verwendet werden können.

–er.

Kurzfassung	Содержание

■ Städtebauwettbewerbe 1967 — 4

■ Конкурсы в области градостроительства

KB 323.7.06 — DK 711.52:625.712.4(430.2-2.18)

Zentraler Platz Halle-Neustadt — 4

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, S. 4 bis 11, 30 Abb.

Der Wettbewerb diente zur Erlangung von Entwürfen für die städtebauliche, funktionelle und gestalterische Lösung des Bereiches um den zentralen Platz der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt, einschließlich der Umgebung des Bruchsees, sowie von Vorschlägen für die Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst in das Ensemble. In das Ensemble des zentralen Platzes waren die Stadthalle mit Restaurants, das Gebäude des Rates der Stadt und der gesellschaftlichen Organisationen mit Sparkasse und Banken, die Stadtbibliothek und ein Erweiterungsbau für das Rechenzentrum der chemischen Industrie einzuordnen. Das zum Ensemble gehörende Hochhaus der Chemie, das Warenhaus, das Empfangsgebäude des unterirdischen Bahnhofs und das Ledigenheim waren standort- und baukörpermäßig festgelegt. Das Café am Bruchsee war an dem ausgewiesenen Standort zu gestalten.
Insgesamt wurden 9 Arbeiten eingereicht, die 4 ausgezeichneten Arbeiten werden vorgestellt.

УДК 711.52:625.712.4(430.2—2.18)

Центральная площадь в г. Галле-Нойштадт

Дойче Архитектур, Берлин 17 (1968) 1, стр. 4 до 11, 30 рис.

Целью конкурса явилось получение проектов для градостроительного, функционального и оформляющего решения территории вокруг центральной площади города химрабочих — Галле-Нойштадт. Проект должен был включить также окружность озера Брухзее и компоновку предметов изобразительных искусств в ансамбль. Требовалось включить в ансамбль центральной площади: Городской дом с ресторанами, здание городского совета и общественных организаций со сберегательной кассой и банками, городскую библиотеку и дополнительное здание для вычислительного центра химической промышленности. Местоположения и особенности строительства высотного дома химии, универмага, приемного здания подземной станции, дома холостых и кафетерии на берегу озера Брухзее были заранее установлены.
Всего подано 9 работ. Представлены 4 премированной работы.

KB 323.1.06 — DK 711.523(430.2-2.75)

Umgestaltung Innenstadt Erfurt — 12

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, S. 12 bis 21, 35 Abb., 1 Tab.

Die Altstadt von Erfurt ist eine der größten mittelalterlichen Stadtkernanlagen, die nach den Zerstörungen im zweiten Weltkrieg erhalten geblieben ist; die meisten Gebäude der stark überbauten Innenstadt befinden sich jedoch in schlechtem baulichem Zustand. Die Aufgabe bestand darin, unter Wahrung des Charakters und der Besonderheiten der Stadt und bei Belassung aller ihrer historisch wertvollen Gebäude und Ensembles die Struktur und Erscheinungsform der Innenstadt entsprechend den sozialistischen Lebensbedingungen zu verbessern und in einzelnen Teilen neu zu ordnen. Dabei waren die räumlich differenzierten Plätze des Stadtzentrums durch Zuordnung verschiedenartiger Funktionen so zu gestalten, daß sie als ständige gesellschaftliche Kontaktzone fungieren. Das vorgegebene Raumprogramm sah außer dem Wohnungsbau die Unterbringung von Verwaltungsgebäuden, Hotels, kulturellen Einrichtungen, Bildungsstätten und Gaststätten vor.
Von den insgesamt 18 eingeladenen Kollektiven beteiligten sich 15 Kollektive. Die 6 ausgezeichneten Arbeiten und 4 nicht prämiierte Entwürfe werden vorgestellt.

УДК 711.523(430.2—2.75)

Преобразование центра города Эрфурта

Дойче Архитектур, Берлин 17 (1968) 1, стр. 12 до 21, 35 рис., 1 табл.

Старый город Эрфурта является одним из крупнейших средневековых городских сердечников сохраненных после разрушений второй мировой войны; множество зданий сильно застроенного центра города, однако, в плохом строительном состоянии. Задача конкурса заключалась в том, чтобы структура и внешняя форма центра города были улучшены в соответствии с социалистическими условиями жизни при сохранении всех исторически ценных зданий и ансамблей. При этом следовало оформить пространственно дифференцированные места центра города включением различных функций так, чтобы они могли действовать в качестве постоянной зоны общественных контактов. В заданной пространственной программе предусмотрено, кроме жилищного строительства, сооружение административных зданий, гостиниц, культурных устройств, школ и ресторанов.
Приглашено 18 коллективов, из которых участвовало в конкурсе 15. Представляются 6 премированных работ и 4 не премированных проекта.

KB 323.7.06 — DK 711.523(430.2-2.17)

Elbufergestaltung Magdeburg — 22

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, S. 22 bis 28, 16 Abb.

Die Hauptaufgabe des Wettbewerbs bestand darin, die Stadt Magdeburg wieder enger mit der Elbe zu verbinden. Dazu waren im Zuge der Ost-West-Magistrale der Stadt der westliche Brückenkopf der Strombrücke als östliche Begrenzung des zentralen Platzes und Eingangssituation zum Zentrum der Stadt sowie der östliche Brückenkopf als organische Verbindung zum dortigen Stadtteil besonders zu gestalten. Neue Bauten waren so einzuordnen, daß sie sich harmonisch in die historische Stadtsilhouette einfügen. Außerdem wurden Vorschläge zur Gestaltung der Elbinsel als Sport- und Erholungsgebiet erwartet.
Von den insgesamt 13 eingereichten Wettbewerbsentwürfen werden die 5 ausgezeichneten Arbeiten vorgestellt.

УДК 711.523(430.2—2.17)

Оформление берег реки Эльбе в г. Магдебурге

Дойче Архитектур, Берлин 17 (1968) 1, стр. 22 до 28, 16 рис.

Главной задачей конкурса явилось усиление связей города Магдебурга с рекой Эльбе. С этой точки зрения потребовалось особое оформление западного конца речного моста как восточного ограничения центральной площади и восточного конца моста как органической связи к окружающей его части города. Новостройки должны дать единую картину с историческим силуэтом города. Кроме того ожидали предложения для преобразования озера в район спорта и отдыха.
Представлены 5 премированных из 13 поданных работ.

KB 323.1.06 — DK 711.523(430.2-2.125)

Innenstadt Prenzlau — 29

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, S. 29 bis 34, 29 Abb.

Prenzlau ist Kreisstadt im sich zum Agrar-Industriegebiet entwickelnden Bezirk Neubrandenburg. Die Stadt wird bis 1980 durch die Entwicklung der Lebensmittelindustrie und des Armaturenwerkes einen Strukturwandel erfahren. Das Wettbewerbsgebiet umfaßt im wesentlichen den im Kriege zu 85 Prozent zerstörten Altstadtkern innerhalb der Stadtmauer. Gefordert war, im Wettbewerbsgebiet, in dem bisher vorwiegend Wohnungen gebaut wurden, unter Einbeziehung der erhaltenen historischen Bausubstanz zentrale Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, Kultur-, Bildungs-, Gesundheits- und Handelseinrichtungen so zu konzentrieren, daß das Stadtzentrum zum politischen, geistigen und kulturellen Mittelpunkt der Stadt wird.
Insgesamt wurden 25 Wettbewerbsarbeiten eingereicht, die 8 ausgezeichneten Arbeiten werden vorgestellt.

УДК 711.523(430.2—2.125)

Центр города Пренцлау

Дойче Архитектур, Берлин 17 (1968) 1, стр. 29 до 34, 29 рис.

Пренцлау — окружной центр района Нойбранденбург, развивающегося в аграрно-промышленную область. До 1980 г. город будет получать новую структуру, обусловленную развитием продовольственной промышленности и сооружением арматурного завода. Область конкурса по существу включает разрушенный во войне на 85 % старый город. Требуется сосредоточить в этой области — в которой до сих пор преимущественно построили квартиры — центральные устройства торговли и обслуживания населения, культуры, обучения и здоровья так, чтобы эта область становилась политическим, умственным и культурным центром города.
Всего подано 25 работ. Представлено 8 премированных работ.

Summary

■ Urban Renewal Competitions in 1967

DK 711.52:625.712.4(430.2–2.18)

Central Square of Halle-Neustadt

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) No. 1, pp. 4–11, 30 figs.

The intention of this competition was the achievement of designs for the city design, functional, and artistic solution of the Central Square area in the Chemical Workers' City of Halle-Neustadt, including the surroundings of Bruchsee, as well as of proposals for the inclusion of fine art works into this ensemble. A public hall with restaurants, a building to accommodate the city council, the offices of a number of social organisations, a saving bank and a number of other banks, the city library, and an annex holding the computing centre of the chemical industries were also to be integrated into the ensemble of the Central Square. Both the sites and structures of the Chemistry Skyscraper, the department store, the reception part of the underground station, and a bachelors' hostel had been decided in advance. The coffee-house at Bruchsee was to be completed on a site also given beforehand.
Nine entries were submitted to the board, while the four that were granted awards are introduced in this paper.

DK 711.523(430.2–2.75)

Renewal of the Centre of Erfurt City

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) No. 1, pp. 12–21, 35 figs., 1 table

The Old Town of Erfurt is one of the biggest medieval town cores that have survived the second world war. However, most of the buildings found in the densely occupied centre are in bad structural conditions. The goals of the project were to preserve the nature and peculiarities of the town together with its buildings and ensembles of historic value, but to improve, or to some extent conditions. The existing squares of the centre which differed spatially from one another were to be rearranged, by adding different functions to them, to the effect that they serve as permanent social contact zones. The program of space distribution provided not only for housing, but also for office buildings, hotels, cultural facilities, centres of education, and restaurants.
Fifteen out of 18 invited teams cooperated for this project. The six entries that were granted awards as well as four non-awarded designs are introduced in this article.

DK 711.523(430.2–2.17)

Elbe River Bank Design at Magdeburg

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) No. 1, pp. 22–28, 16 figs.

The major task in this competition was to restore the closer connection between the city of Magdeburg and the Elbe River. This required, in combination with the design of the East-West artery of the city, a special arrangement for the Western bridgehead of the Strombrücke as Eastern limitation of the Central Square and entry to the city centre as well as for the Eastern bridgehead as an organic link to the adjacent quarter. New buildings were to be integrated harmonically into the historic silhouette of the city. Proposals were also expected for the arrangement of the Elbe River island as a sport and recreation area.
Thirteen designs were entered for this competition, with five of them which had been granted awards being introduced in this article.

DK 711.523(430.2–2.125)

Centre of Prenzlau City

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) No. 1, pp. 29–34, 29 figs.

Prenzlau is one of the district capitals in the county of Neubrandenburg which is going to develop into an agro-industrial area. This city will undergo a structural change by 1980 due to the development of local foodstuff industries and of an instrument outfit factory. The competition area includes mainly the core of the Old Town inside the town wall which had been destroyed by 85 per cent, during the war. The requirements set forth for the competition area, where housing had been the major approach in the past, included the concentration of retail trade, service, cultural, educational, health service, and commercial buildings and facilities, under the concept of preserving the historic building stock, in order to make the centre the political, intellectual, and cultural focus of the city.
Twenty-five entries were submitted, with eight awarded designs being introduced in this article.

Résumé

4 ■ Concours d'urbanisme 1967

DK 711.52:625.712.4(430.2–2.18)

4 **Place centrale à Halle-Neustadt**

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, p. 4–11, 30 ill.

Le concours visait à obtenir des projets concernant l'aspect urbanistique, la disposition fonctionelle et l'aménagement de la zone entourant la place centrale de Halle-Neustadt, ville des ouvriers de l'industrie chimique, y compris les environs du Bruchsee, et à recueillir des propositions sur l'incorporation dans l'ensemble d'ouvrages des arts plastiques. Il fallait disposer dans l'ensemble de la place centrale le Hall municipal avec restaurants, l'édifice du Conseil municipal et des organisations sociales logeant aussi la caisse d'épargne et les banques, la bibliothèque municipale et un bâtiment supplémentaire du centre électronique de l'industrie chimique. L'emplacement et le type d'ouvrage du Building de la chimie, du grand magasin, du bâtiment de réception de la gare souterraine et l'immeuble pour célibataires avaient été fixés auparavant. Le café sur le Bruchsee était à ériger sur l'emplacement prévu.
9 ouvrages au total ont été présentés, dont les 4 ouvrages primés sont traités.

DK 711.523(430.2–2.75)

12 **Réorganisation des quartiers centraux d'Erfurt**

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, p. 12–21, 35 ill., 1 tabl.

Les vieux quartiers d'Erfurt forment un des plus grands noyaux urbains médiévaux subsistant après les destructions subies pendant la Seconde Guerre Mondiale. La plupart des bâtiments du centre étroitement bâti de la ville sont, cependant, en mauvais état. La tâche à résoudre consistait à corriger et réorganiser en partie la structure et l'aspect des quartiers centraux suivant les conditions de vie socialistes en respectant le caractère et les particularités de la ville et en conservant tous ses bâtiments et ensembles de valeur historique. Ce faisant, il fallait disposer les places à aménagement différencié du centre de la ville, en leur conférant des fonctions différentes, de façon qu'elles fassent fonction de zones de contact sociales permanentes.
Le programme d'aménagement préétabri prévoyait, à côté de la construction des habitations, l'incorporation d'immeubles administratifs, d'hôtels, d'établissements culturels, de centres d'éducation et de restaurants. 15 groupes des 18 groupes invités ont participé. Les 6 ouvrages primés et 4 projets non primés sont présentés.

DK 711.523(430.2–2.17)

22 **Aménagement des rives de l'Elbe à Magdebourg**

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, p. 22–28, 16 ill.

La tâche principale du concours consistait à resserrer les liens entre la ville de Magdebourg et l'Elbe. Dans le cadre de l'axe est-ouest de la ville il fallait aménager d'une façon particulière l'extrémité occidentale du pont enjambant le fleuve en tant que limite orientale de la place centrale ainsi que l'extrémité orientale en tant que liaison organique vers le quartier situé de ce côté. Les bâtiments étaient à disposer de façon qu'ils s'adaptent harmonieusement à la silhouette historique de la ville. De surcroît, on s'attendait à recevoir des propositions concernant l'aménagement de l'île dans l'Elbe comme centre de repos et des sports.
Parmi les 13 projets présentés on traite les 5 ouvrages primés.

DK 711.523(430.2–2.125)

29 **Quartiers centraux de Prenzlau**

Deutsche Architektur, Berlin 17 (1968) 1, p. 29–34, 29 ill.

Prenzlau est un chef-lieu d'arrondissement dans le district de Neubrandenburg qui est en voie de transformation en district agro-industriel. D'ici 1980 cette ville subira des modifications structurales en raison de l'évolution de l'industrie alimentaire et de l'usine de robinetterie. La zone faisant l'objet du concours comprend essentiellement le vieux noyau urbain détruit à 85 % pendant la guerre et situé au dedans des murs de la ville. Il était demandé de concentrer dans la zone en question, où jusqu'à présent on construisit surtout des habitations, des établissements centraux du commerce, des services, de la culture, de l'éducation et de la santé, en incorporant les bâtiments historiques conservés, de manière que le centre de la ville devienne le centre politique, intellectuel et culturel de cette agglomération.
25 ouvrages de concours ont été présentés, dont les 8 projets primés sont traités.

verbitekt

Bautenschutzstoffe

Bitumen-Erzeugnisse mit hohen Qualitätsmerkmalen

Dachklebestoffe
für Papp-, Glasvlies- und Dämmdächer

Abdichtungsklebestoffe
gegen Erdfeuchtigkeit, Sicker- und Druckwasser

Fugenvergußstoffe
als Beton-, Pflaster- und Spezialverguß

Abdichtungsspachtelstoff
kalt spachtelbar auf Holz, Eisen, Beton, Dachpappe usw.

Dachanstrichstoff
kalt streichbar, zum universellen Einsatz. Regeneriert Dachpappe und schützt vor Witterungseinflüssen.

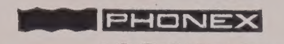
Flächenvoranstrichstoff
zur Vorbehandlung aller Flächen, z. B. Beton, die mit Bitumen-Klebe- oder Vergußstoffen weiterbearbeitet werden.

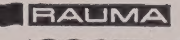


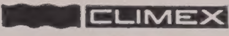
Bitumen — Verarbeitungswerk

KG mit staatlicher Beteiligung
6509 Wünschendorf (Thüringen)











lärmbekämpfung · bau- und raumakustik · horst f. r. meyer kg
112 berlin-weißensee, max-steinke-str. 5/6 tel. 563188 · 560186



Ruboplastic-Spannteppich DDRP

der neuzeitliche Fußbodenbelag für Wohnungen, Büros, Hotels, Krankenhäuser usw.
Verlegfirmen in allen Kreisen der DDR

Auskunft erteilt:
Architikt Herbert Oehmichen
703 Leipzig 3, Däumlingsweg 21
Ruf 3 57 91

Spezial-Fußböden Marke „KÖHLIT"



als schwimmende Estriche in verschiedenen Ausführungen mit besten schall- und wärmedämmenden Eigenschaften sowie Industrie-Fußböden, Linoleumestriche und Kunststoffbeläge verlegt
STEINHOLZ-KÖHLER KG (mit staatlicher Beteiligung)
111 Berlin-Niederschönhausen, Wackenbergstraße 70–76
Telefon 48 55 87 und 48 38 23



HEMATECT-WERK-HERMSDORF/TH.



CHEMISCHE BAUSTOFFE
W. HEGEMANN UND SÖHNE KG
653 HERMSDORF (THURINGEN)
TELEFON 5 05 – 5 06

Haben Sie Abdichtungsprobleme bei der Montagebauweise, dann verwenden Sie

HEMATECT

Dichtungsband
Vielseitige Profilgebung

Bei allen Systemen von Fertigbauten mit den verschiedensten Konstruktionen und Fugenausbildungen bietet die Anwendung von HEMATECT-Dichtungsband durch jeweils angepaßte Profilgebung Gewähr für sichere Bauabdichtung.
HEMATECT-Dichtungsband ist ein Kompositionsprodukt auf bituminöser Basis mit plastifizierenden und stabilisierenden Zusätzen.

Anfertigung von Sonderprofilen entsprechend Ihren Wünschen nach vorheriger Absprache möglich.

Wir beraten Sie in allen Fragen der Anwendung und Ausführung.

Besuchen Sie uns zur Technischen Messe Leipzig im Frühjahr 1968 auf Freifläche C V West.

Index 31 409